

POLITIK

NATO-Tagung: Die USA stehen Plänen zu besonderen Initiativen des Westens zur Wiederbelebung der Genfer INF-Verhandlungen ablehnend gegenüber. Sie lehnen es auch ab, Moskau, das die Verhandlungen abgebrochen habe, mit neuen Konzessionen „zu belohnen“, erläuterte vor dem Ministerratstraf der NATO in Brüssel.

Lambert: Die SPD wird möglicherweise in dieser Woche die Entlassung des Bundesministers für Inneres, Lambert, gegen den die Anklage wegen Besessenen erhoben werden soll, teile mit, er denke derzeit nicht an einen Rücktritt. (S. 8)

Berliner CDU: Zum neuen Landesvorsitzenden wurde der Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Diepgen, gewählt. Samstag wird sich entscheiden, ob Diepgen oder Schulsenatorin Lauren Nachfolger des Regierenden Bürgermeisters von Weizsäcker wird. (S. 1 und 4)

Europa-Wahl: Spitzenkandidat der CSU für die Europa-Wahl '84 ist Sozialminister Fritz Pirkel (58). CSU-Chef Strauß geht davon aus, daß die SPD die Europa-Wahl zur bundesweiten Testwahl gegen die Bonner Regierungskoalition machen will. (S. 4)

Polizei vorbereitet: In Erwartung von Unruhen anlässlich des zweiten Jahrestages der Verhängung des Kriegsverurteilten sind in Polen die Sicherheitsmaßnahmen erheblich verschärft worden. (S. 1)

ZITAT DES TAGES



„Europa muß aus dieser Sackgasse heraus, denn sonst droht ihm der Verlust seiner einmaligen geschichtlichen Identität. Das Verdrängen in Hilflosigkeit und Entscheidungslosigkeit eines verurteilten und überhöhten nationalen Denkens und Handelns darf nicht dazu führen, daß unser Erdteil den Wettlauf mit seiner eigenen Zukunft verliert.“

CSU-Chef Franz Josef Strauß auf dem Wahlkampfplakat zur Europa-Wahl (S. 4)
FOTO: INTERPRES

WIRTSCHAFT

„Santana“ in Brasilien: Volkswagen will in den kommenden drei Jahren fast 2,2 Milliarden DM in Brasilien investieren, davon rund 675 Millionen für die Produktion des „Santana“, meldete die brasilianische Wirtschaftspress.

„Jahr der Wende“: 1983 hat nach Ansicht von BDI-Präsident Rodenstock die konjunkturelle Wende gebracht. Als Indikatoren nannte er die Entwicklung der Autoindustrie, der Chemie, der konsumnahen Wirtschaftsbereiche, der Nachrichtentechnik und der Elektronik.

US-Arbeitsmarkt: Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im November um 740 000 auf 102,7 Millionen. Die Arbeitslosenquote sank um 0,4 auf 8,4 Prozent. (S. 10)

KULTUR

„Kulturtote“: Auf Kulturschock führen US-Wissenschaftler den Tod von rund 50 Südländern zurück, die zwischen 1977 und 1982 kurz nach ihrer Einwanderung starben. Alle waren nachts im Schlaf erstickt, obwohl sie jung waren.

SPORT

Alpiner Skisport: Mit einem österreichischen Doppelsieg endete die erste Weltcup-Abfahrt. Erwin Resch gewann in Schladming vor Weltmeister Harti Weirather. (S. 14)

Volleyball: Der SV Lohof, deutscher Meister der Damen, gewann sein Europapokalspiel beim CSSR-Vertreter Slavia Pilsen mit 3:0. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Sorgen des FBI: Eine neue Form des organisierten Verbrechens macht Amerikas Strafverfolgung zu schaffen. Immer mehr Mafia-Bosse stecken illegal erworbene Kapital in legale Geschäfte und werden Teilhaber seriöser Unternehmen. (S. 16)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Mehrmehr: Gruß von Bonaparte Carl Gustav Ström über die Situation im Kriml S. 2
- Karen: Nach dem warmen Regen eine kalte Dusche für die Bäder: eine Branche in der Krise S. 3
- Professor Affemann: Die Friedensbewegung verkennt die Natur des Menschen S. 4
- Frag: Charta 77 will frei über Frieden reden; Protest gegen Verfolgung S. 5
- Schweden: Computer-Schnur für Moskau? Der Zoll prüft beschlagnahmte Container S. 6
- Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6
- Fernsehen: „Die goldenen Schuhe“, flummeiger TV-Film nach dem Roman von Vicki Baum S. 7
- Deutscher Sportbund: Streit zwischen Willi Weyer und Innenminister Zimmermann S. 13
- Pankraz: Über den Versuch, den Kommunismus als Satire der Weltgeschichte zu betrachten S. 15
- Gemeinschaft: Große Wunden der kleinen Tiere; Konkurrenz-kampf Firmen-Forscher S. 16

Washington: Unklug, Sowjets mit neuen Konzessionen zu belohnen

Keine neuen Initiativen in Genf / Skepsis gegenüber Genschers Plänen

THOMAS KIELINGER, Washington
Die Abrüstungsexperten Präsident Reagans erwägen keine neuen Positionen, mit denen man die Sowjetunion an den Tisch der INF-Verhandlungen gleichsam zurücklocken könnte. Das ist die Marschroute, die die amerikanische Seite für die in dieser Woche stattfindenden Ministerratstreffen der NATO in Brüssel mit auf den Weg bekommen hat. „Es wäre höchst unklug, jemanden dafür, daß er die Verhandlungen verlassen hat, mit neuen Konzessionen zu belohnen“, sagte ein Mitglied der Reagan-Administration.

Plänen zu besonderen Initiativen des Westens stehen die USA daher ablehnend gegenüber. Nach Ansicht Washingtons liegt alles auf dem Tisch, was der Westen an möglichen INF-Lösungen anzubieten hätte. Die Skala reicht von wahlweisen Zahlenspielen, auf denen sich die nukleare Gleichgewichte in Europa einpendeln könnten, bis hin zum Angebot des Westens, die global vereinbarte Obergrenze nicht über die europäischen Stationierungstermin auszuheben.

Von der amerikanischen Auffassung in dieser Frage hat sich der neue

Staatssekretär im Bonner Außenministerium, Andreas Meyer-Landrut, bei seinem Antrittsbesuch Ende voriger Woche in Washington überzeugen lassen.

SEITE 3:

Von Absicherung zum Nadelstich?

Können. Es scheint dabei zwischen den verbündeten Hauptstädten auch keine Meinungsunterschiede zu geben.

Verwunderung hat in Washington dagegen die Entscheidung Helmut Kohls ausgelöst, aus dem an ihn gerichteten Andropow-Brief so freizügig zu zitieren. Diplomatische Kreise halten die Vertraulichkeit der kommenden Schritte zwischen Ost und West für die erste Voraussetzung eines Durchbruchs aus der Genfer Sackgasse. Da es im westlichen Interesse liegt, die Sowjets bei der Rückkehr an den Verhandlungstisch das Gesicht wahren zu lassen, sei es kaum zweckmäßig, gerade jetzt jenen Satz aus Andropows Brief öffentlich zu machen, der von möglichem sowjetischem Einlenken spreche. Das

misses geradezu zu neuer Verhärtung führen, wie sie die „Prawda“ nach der Indiskretion Kohls auch prompt vorgeführt habe.

Jenseits der zwischen Bonn und Washington übereinstimmenden Analyse des Status der INF-Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen ist sich die amerikanische Seite aber darüber im klaren, daß ihr mit der Kohl-Regierung ein weiterer herausfordernder Partner entgegentritt, der sich nicht damit begnügt, auf Moskaus diplomatische Schritte einfach zu warten. Der Aufsatz Außenminister Genschers von vergangener Woche (vgl. WELT vom 3. 12.) war ein Signal, das auch in Washington zur Kenntnis genommen wurde.

Genschers strebt offenbar eine Neustrukturierung der Ost-West-Beziehungen nach dem Maßstab des Harrel-Berichts von 1981 an. Demals wurden unter dem Konzept der (nationalen) Sicherheit und der (politischen) Zusammenarbeit alle jene Schritte eingeleitet, die zwischen 1969 und 1975 der Entspannungspolitik ihren Namen gaben. Diese Thematik wird bei den heute beginnenden NA-

Fortsetzung Seite 1

Syrien schießt zwei US-Maschinen ab

Sowjetische Sam 5 in Libanon / Israel dementiert Geheimabkommen mit Amerika

dpa/AF/AF, Beirut/Jerusalem
Bei einem Angriff amerikanischer Kampfflugzeuge auf syrische Stellungen in Zentrallibanon hat die syrische Luftabwehr gestern morgen zwei US-Maschinen abgeschossen. Ein Pilot wurde getötet. Wie Radio Damaskus meldete, seien die abgeschossenen Maschinen von sowjetischen „Sam-5“-Raketen getroffen worden.

Der amerikanische Angriff, an dem über 30 Maschinen der im Mittelmeer operierenden 6. Flotte beteiligt waren, richtete sich gegen syrische Luftabwehrstellungen in der Nähe der Ortschaften Sofar, Bahamund und Hammama an der Fernstraße Beirut-Damaskus. Der US-Angriff war die erste direkte amerikanisch-syrische Konfrontation in Libanon. Das US-Verteidigungsministerium bezeichnete ihn als Vergeltung dafür, daß F-14 „Tomcat“-Maschinen am Vortag bei Aufklärungsflügen von Syrien beschossen worden seien.

Dies sei eine „ernste und vorsätzliche Bedrohung der multinationalen Friedenstruppe“ gewesen. Nach libanesischen Rundfunkberichten war eines der abgeschossenen Flugzeuge in ein Wohnhaus in Nordbeirut gestürzt, wobei mindestens fünf Menschen verletzt worden seien. Der Pilot sei von einem Boot der libanesischen Marine verletzt aus dem Meer geborgen worden. Die zweite Maschine sei bei der Ortschaft Kfar Selwan niedergegegangen. Während der eine Pilot, am Fallschirm hängend, von syrischen Bodentruppen erschossen worden sei, sei der zweite gefangen genommen worden. Radio Damaskus meldete dagegen den Abschuß von insgesamt drei Maschinen.

Am Samstag hatten auch israelische Kampfflugzeuge in demselben Gebiet syrische Stellungen beschossen. Wie der Regierungssprecher in Jerusalem gestern erklärte, war sie von der amerikanischen Aktion jedoch nicht zuvor unterrichtet worden. Auch sehe das geplante bilaterale Abkommen über die strategische Zusammenarbeit eine solche „operationelle Zusammenarbeit“ zwischen Amerikanern und Israelis in Libanon nicht vor.

Zugleich dementierte der Sprecher des israelischen Außenministeriums Berichte über ein Geheimabkommen zwischen Washington und Jerusalem, wonach die USA Israel für die Sojunion im Nahen Osten Unterstützung zugesagt haben soll. Bei ihren Gesprächen in Washington in der vergangenen Woche hätten Präsident Ronald Reagan und der israelische Regierungschef Shamir allerdings die „ganz erhebliche Aufstufung“ Syriens durch die Sojunion als „beunruhigend“ bezeichnet.

AFP, Jerusalem

Die amerikanische Regierung hat einer weiteren Verbesserung ihrer Militärhilfe für Israel zugestimmt. Wie die israelische Zeitung „Jerusalem-Post“ meldete, wird Israel eine Summe von 1,4 Milliarden Dollar erhalten, die erstmals nicht zurückgezahlt zu werden braucht. Innerhalb von drei Jahren wird sich damit der nicht rückzahlbare Anteil der US-Hilfe für Israel auf 44 Prozent im Jahre 1983 über 50 Prozent 1984 auf 100 Prozent für 1985 erhöhen.

Walesa ermuntert Arbeiter zum Kampf

Jaruzelski lehnt Verständigung mit „Solidarität“ ab / Neues Sicherheitskomitee gegründet

AFP/dpa/AP, Warschau
Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat die Bergarbeiter seines Landes aufgefordert, am 16. Dezember durch Niederlegung von Rübengebirgen vor der Zechen Wujek der sieben Bergleute zu gedenken, die vor zwei Jahren kurz vor Verhängung des Kriegsverurteilens in Katowice von der Polizei erschossen worden waren. Aus Anlaß des Tages der heiligen Barbara, der Schutzheiligen der Bergleute, ermunterte Walesa die Kumpel zur Fortsetzung ihres Kampfes für ein „Leben in Würde“ und für das „Recht, mit erhobenem Haupt zu gehen“.

Walesa Frau Danuta hat am Wochenende Paß und Flugschein für sich und ihren 13jährigen Sohn Bogdan für eine Reise nach Norwegen Hauptstadt Oslo erhalten, wo sie am 10. Dezember für ihren Mann den Friedensnobelpreis entgegennehmen soll. Walesa wollte offenbar aus Furcht vor einer Ausbürgerung nicht selbst nach Oslo reisen. An seiner Stelle sollte Tadeusz Mazowiecki, der frühere Chefdeputierte der Gewerkschaftszeitung „Solidarnosc“, in Oslo

die Rede des Preisträgers halten. Mazowiecki erhielt jedoch kein Visum. Polens Partei- und Regierungschef General Jaruzelski hat am Wochenende ebenfalls vor Bergarbeitern in Zabrze, dem früheren Hindenburg, betont, daß es eine „Verständigung“ mit Regimekritikern oder mit der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ nicht geben werde. Jaruzelski versuchte die für den Jahresbeginn geplante Anhebung der Preise zu rechtfertigen und warnte vor einer Verschärfung des gespannten sozialen Klimas. Dabei verurteilte er „überlegte Lohnforderungen“ und fügte hinzu: „Der Wahnsinn der Streiks ist vorbei.“

Im außenpolitischen Teil seiner Rede unterstrich Jaruzelski nochmals die Solidarität Warschaws mit dem sowjetischen Standpunkt zur Raketenfrage: Polen erkenne voll die Bereitschaft der Sojunion an, zum Verhandlungstisch zurückzukehren, wenn der Westen die Situation vor der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen wiederherstelle.

Offenbar um möglichen Unruhen im Dezember und Januar vorzube-

gen, hat die polnische Regierung einen neuen Sicherheitsausschuss gegründet. Dieser „Komitee für die Einhaltung von Gesetz, öffentlicher Ordnung und gesellschaftlicher Disziplin“ ergänzt nach offizieller Darstellung den kürzlich reorganisierten Nationalen Verteidigungsrat unter General Jaruzelski und bildet mit ihm eine Art der Regierung übergeordnete Kommandostruktur. An seiner Spitze steht General Kiszczak, dem als Innenminister die Polizeitruppen und die Geheimpolizei unterstehen. Die Gründung des Komitees erfolgte eine Woche nach dem Warschau-Besuch des sowjetischen KGB-Chefs General Tschernikow.

Die Gewerkschaft „Solidarität“ wird „bei jeder sich bietenden Gelegenheit“ - der Zeitpunkt ist nicht vorzusehen - zu einer Wiedergeburt fähig sein. Diese Auffassung vertritt der untergetauchte Arbeiterführer Jan Litwinski gegenüber dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Die „Solidarität“ finde noch immer eine „unbeschreiblich breite“ und „nicht nur moralische“ Unterstützung bei der Bevölkerung.

Kaum Chancen für EG-Reform in Athen

Vor dem Gipfel gab es Gerangel über die Priorität der Agrarpolitik oder der Finanzen

WILHELM HADLER, Athen
Mit bescheidenen Erwartungen sind die Staats- und Regierungschefs der EG gestern nach Athen gekommen. Der dreitägige Europa-Gipfel wird nach allgemeiner Auffassung zwar einer der wichtigsten in der Geschichte der Gemeinschaft werden, aber bestenfalls Vorentscheidungen über die geplante EG-Reform bringen.

Auch Bundeskanzler Helmut Kohl sieht nur die Chance, „konkrete Leitlinien für die Weiterbehandlung der anstehenden Fragen“ zu verabreden. Denn trotz zahlreicher Sonderkonferenzen haben die zuständigen Fachminister das beim letzten Gipfel in Stuttgart geschnürte Verhandlungspaket nicht auf eine überschaubare Zahl von politischen Optionen reduzieren können. In den Kernfra-

gen der EG-Problematik - der Reform der Agrarpolitik und der künftigen finanziellen Lastenverteilung - ist die Diskussion in den letzten Monaten kaum über die Gegenüberstellung unterschiedlicher nationaler Positionen hinausgekommen. Andererseits drängt die Zeit, weil der EG das Geld ausgeht. So reichen die zur Verfüugung stehenden Mittel mit Sicherheit nicht aus, um den Bauern der EG im Frühjahr eine Aufbesserung ihrer Erzeugerpreise gewähren zu können.

Schon vor Beginn des Gipfels hat es ein heftiges Gerangel über den Ablauf der Beratungen gegeben. Er spiegelt die unterschiedlichen Prioritäten wider, die in den einzelnen Hauptstädten gesetzt werden. Der griechische Premierminister Andreas Papandreu regte in einem Schreiben an die Regierungschefs an, mit

den Agrarproblemen zu beginnen und die Haushaltsfragen einschließlich des Problems des britischen Beitragsausgleichs erst zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln. Demgegenüber machte die britische Premierministerin Margaret Thatcher den Wunsch geltend, die Budgetprobleme auf Punkt eins der Tagesordnung zu setzen und anschließend sofort einer Arbeitsgruppe anzuvertrauen. Konferenzteilnehmer sahen darin ein Anzeichen für die Entschlossenheit von Frau Thatcher, die britischen Interessen auch in Athen hart zu vertreten.

Papandreu deutete bereits an, daß die Regierungschefs noch vor und nach dem Abendessen zu bilateralen Gesprächen zusammenkommen müßten.

Seite 9: Erholung noch langsam

DEUTSCHER KOMMENTAR

Verbündete

ENNO v. LOEWENSTERN

Vor der NATO-Herbsttagung hat die Bundesregierung auf allerlei direkten und indirekten Wegen die Amerikaner ermahnt, den Verbündeten „keine plötzlichen Überraschungen mehr“ zuzumuten. Als da wären: Neutronenwaffen oder „binarische C-Systeme“ (chemische Waffen) in Europa. Wieder einmal versteht es die Bundesregierung, den Eindruck des mäßigenden Partners auf die Regierung der „rhetorischen Exzesse“ in Washington zu verbreiten.

In Washington ist man kummer gewohnt und vermutlich bereit, dem immer etwas aufgelegten Partner die Pose zu gönnen. Aber wenn etwas aus der Lage nach Stationierungsbeginn herauskommen soll, dann nur auf dem Weg, den Washington weist: eine einheitliche Marschroute des Westens, ohne Aufregung, ohne Schuldgefühle, ohne Nachlaufen hinter denjenigen, die Genf ohne sachlichen Grund verlassen haben.

Es sind derzeit nicht die Amerikaner, die Berechenbarkeit und Verzicht auf verbale Exzesse nachzuweisen hätten. Im Bündnis muß sich jeder auf den anderen verlassen können, und die Forderung: Schützt mir den Pelz, aber mach mich nicht naß

- diese Attitüde müßte auf die Dauer auch die geduldigste Führungsmacht irritieren. Dem Sinn nach hat Genschers schon recht, wenn er fordert: „Die sojwjetische Führung muß gerade jetzt wissen, daß zwar die Option eines schwachen und unterwerfungsbereiten Westens ausgeschlossen ist, daß wir aber die Option einer aufrichtigen, fairen, langfristigen Zusammenarbeit anbieten.“ Nur eben: Wann die Europäer - allen voran die Deutschen - ein bißchen mehr Gelassenheit zeigen und nicht bei jeder Gelegenheit zu verstehen geben, wie wichtig ihnen die heimische Straße ist, würden die Sowjets nicht verlockt, auf die erste genannte Option zu setzen.

Es hat eine Stimmung gegeben, den scheinbar schwachen Staat zum Nachgeben zu zwingen. Mit dem Beginn der Stationierung flaut die Bewegung ab. Das begann sogar schon vor dem Höhepunkt der Abstimmung im Bundestag. Es zeigt sich eine Neigung, wieder dem Staate zu geben, was des Staates ist. Die streitbare Demokratie braucht darob nicht zu triumphieren. Sie sollte aber vermeiden, noch nachträglich Beeindrucktheit zu zeigen.

Diepgens Wahl noch keine Vorentscheidung

DW, Berlin

Die Berliner CDU will am kommenden Sonntag darüber entscheiden, wer als Nachfolger Richard von Weizsäckers neuer Regierender Bürgermeister werden wird. Mehrere Delegierte machten auf dem Parteitag am Wochenende deutlich, daß die eindeutige Wahl des Fraktionschefs im Abgeordnetenhaus, Eberhard Diepgen, zum neuen Landesvorsitzenden (mit 310 von 360 abgegebenen Stimmen) noch keine Entscheidung darüber bedeute, daß der 43jährige Rechtsanwalt auch im Regierungsamt Richard von Weizsäcker nachfolge.

Auf dem Parteikongreß hatte die Schatzmeisterin Hanna-Benata Lauren ebenfalls offiziell ihre Kandidatur angemeldet. In zahlreichen Beiträgen wurde von Weizsäckers Wechsel in die Villa Hammerschmidt scharf kritisiert.

Der ehemalige Bundesbauminister Dieter Haack (SPD) hat am Wochenende im Süddeutschen Rundfunk angekündigt, daß die Mehrheit der SPD-Mitglieder in der Bundesversammlung voraussichtlich für von Weizsäcker stimmen werde. Der CSU-Vorstand in München empfahl seinen Delegierten offiziell, den Unions-Kandidaten zu wählen. Aber, so heißt es in dem Beschluß weiter, die CSU gehe aufgrund der „Versicherungen“ der CDU davon aus, daß die Mehrheit in Berlin bei den nächsten Wahlen erhalten bleibe. Der amtierende Generalsekretär Tandler sprach dabei von der „Haftungsfrage“.

Seite 1: Launische Chancen wachsen

Wirtschaft sieht Konjunktur optimistisch

dpa, Bonn/Hamburg

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Rolf Rodenstock, und die Westdeutsche Landesbank (WestLB) haben sich optimistisch zur konjunkturellen Entwicklung in der Bundesrepublik geäußert. Rodenstock erklärte, 1983 sei „wirklich das Jahr der konjunkturellen Wende“. Als wichtigste Faktoren für die verbesserte wirtschaftliche Lage nannte er die Entwicklung in der Autoindustrie, der Chemie, den konsumnahen Wirtschaftsbereichen, der Nachrichtentechnik und der Elektronik.

Dazu meinte jedoch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Wolfgang Roth, das Gerade vom Aufschwung sei ein verhängnisvoller Selbstbetrug. Mit Zweifelsoptimismus allein würden die Arbeitslosen nicht von der Straße gebracht. Die WestLB äußerte, die Chancen zur Fortsetzung der konjunkturellen Erholung im nächsten Jahr stünden gut. Als Risiken sieht das größte deutsche öffentlich-rechtliche Kreditinstitut die nächste Tarifrunde mit Schwerpunkt Arbeitszeiterhöhung, die internationale Schuldenkrise und das außergewöhnlich hohe Realzinsniveau.

Die Unionsparteien wollen mit der Haushaltsdebatte des Bundestages in der nächsten Woche eine breite wirtschafts- und finanzpolitische Offensive einleiten. Als ihr Ziel nannte Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, die Bekämpfung umfassender über die verbesserte Wirtschaftslage zu unterrichten.

In Paris demonstrierten 70 000 gegen den Rassenhaß

Sechs Minister und ein Algerier an der Spitze des Zuges

AUGUST GRAF KAGENECK, Paris
Frankreichs Außenminister Claude Cheysson hatte vor seinem Abflug zum Athenener EG-Gipfel am Samstagabend noch ein Rendezvous besonderer Art: Er marschierte, umgeben von fünf Kabinettskollegen, an der Spitze eines Umzuges von 70 000 Menschen, die auf den Straßen von Paris gegen Rassenhaß und Verunglimpfung der Gastarbeiter und für die Gleichberechtigung der Menschen aller Hautfarben demonstrierten. Die Veranstaltung verlief ohne jeden Zwischenfall und unter großer positiver Anteilnahme der Bevölkerung.

Neben den Ministern an der Spitze des Zuges marschierte ein ungewöhnliches Duo: Toumi Djaidja, ein 25jähriger Algerier, und ein Polizist, der ihn vor vier Monaten im Lyoner Arbeiterrevolt Mignotte, einem der „heißesten“ Viertel Frankreichs, angeschossen hatte. Eine Delegation französischer und eingewandelter Arbeiter wurde anschließend von Präsident Mitterrand im Elysee empfangen, der den Marsch ausdrücklich begrüßte.

Am 15. Oktober waren acht De-

monstranten - vier weiße und vier dunkelhäutige - in Marseille zu dem Marsch für die „Egalité“ aufgebrochen, der durch ganz Frankreich führte und in Paris seinen abschließenden Höhepunkt erreichte. Von Département zu Département schwoh der Zug an. Nirgends kam es zu GegenDemonstrationen, auch nicht in den Gegenden Frankreichs, wo besonders viele Gastarbeiter leben und wo es in letzter Zeit häufig zu Zwischenfällen zwischen Franzosen und Einwanderern kam. Sogar Polizisten nahmen zeitweise an der Demonstration teil.

Toumi Djaidja erklärte nach dem Empfang beim Staatspräsidenten im Elysee-Palast: „Jetzt hat sich die Lage endlich zu unseren Gunsten verändert, es wurde ein Schritt mehr zur Gleichberechtigung der Menschen getan. Von jetzt ab darf man niemals mehr pauschale Verurteilungen aussprechen und nicht mehr behaupten, daß alle Franzosen Rassenisten sind. Da ein Polizist unsere Demonstration beschützt hat, darf ich in Zukunft nicht mehr alle „Polizisten als Schweinehunde beschimpfen.“

Handwritten signature: J. J. J.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ruhestand und Rechtslage

Von Gisela Reiners

Arbeitsminister Norbert Blum kommt in die Klemme zwischen dem, was politisch durchsetzbar ist, und dem, was juristisch machbar ist. Nachdem er einem Finanzminister, der beiden Wirtschaftsminister die Vorruhestandsregelung trotzt hat, machen ihm die Mittelständler in der FDP-Fraktion und der FDP das Leben schwer.

Gerade beginnen die Arbeitgeber, sich mit der Arbeitszeitverkürzung anzufreunden, und fünf Tage die Woche geben sich umgänglicher. Da wird es schon, wenn der Minister den Rücken stärkt. Doch die politischen Fraktionen, die die Richtschnur und signalisieren Verhandlungsbereitschaft. Doch was nützt es, wenn rechtliche Fragen von den Mittelständlern abgeworfen werden, die nahezu unlösbar scheinen?

Schwerwiegend ist die Frage, wie die Freiwilligkeit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Streitfall zu regeln ist. Nicht minder verzwickelt ist auch die Frage, ob nicht gegen das Gleichbehandlungsgebot verstoßen wird, wenn der Staat sich am vorgezogenen Ruhestand nur einer Gruppe von Arbeitnehmern beteiligt.

Sicher ist: Wenn es Blum nicht gelingt, eine Vorruhestandsregelung vorzulegen, die den Interessen der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und des Staates gerecht wird, dann findet er bald seine „Pünkt Getreuen“ an der Seite derjenigen, die für die 35-Stunden-Woche in den Arbeitskampf ziehen.

Castro irrt nie

Von Günter Friedländer

Kolumbiens seit mehr als zwanzig Jahren von Castro inspiriert, „Heer der nationalen Befreiung“ (ELN) lehnte die Amnestie ab, mit der Präsident Betancur das Land befrieden wollte, aber nicht konnte. Aber nachdem es Belisarios Bruder Jaime entführt hat – womit dieser das Schicksal von mindestens zweihundert Kolumbianern teilt, die sich gegenwärtig in Kolumbien in den Händen ihrer Entführer befinden, fand sich für Don Jaime ein Fürsprecher, den die anderen Entführungsoffer (darunter Frauen und Kinder) nicht haben: Fidel Castro.

Kubas Maximo lider nannte die Entführung einen „schweren Fehler“ der revolutionären Kampfes. Das ELN antwortete: „Der große Fidel Castro erweist sich als widerspruchsvoll angesichts unserer revolutionären Tat.“ Es droht mit der Ermordung Jaime Betancurs, wenn es keine Antwort auf im wesentlichen lohnpolitische Forderungen erhält, die sich mit Forderungen der Gewerkschaften decken.

Fidel Castro widerspruchsvoll? Nicht im Fall der Brüder Betancur. Gewiß, Castro rührte keinen Finger – Kolumbiens Regierung übergab auch nicht – als 1976 der bereits vergessene höchste Gewerkschaftsführer José Raquel Mercado von der Guerrilla entführt und ermordet wurde. Mercado war der einzige Neger, der je in Kolumbien eine so prominente Stellung erreichte. Die nie bestrafte Schandtate paßte in die Strategie des Bürgerkrieges, Gewerkschaftsführer zu zwingen, sich aus Angst für ihr Leben der Revolution anzuschließen. Gelungen ist das freilich nicht.

Heute ist es anders: Präsident Betancur hat der Guerrilla mit der Amnestie und dem „Dialog“ einen politischen Status gegeben, ohne daß sie deshalb ihren bewaffneten Kampf auch nur einschränken mußte. Er ist der König auf dem Schachbrett der Guerrilla: hilflos, ohne Bewegungsfreiheit. Er muß das bleiben.

In der Karibik heißt es, daß Castro die Ermordung Bishops in Grenada anordnete und dann betrauerte. Surinams Diktator Desi Bouterse warf deshalb nach der Grenada-Aktion die Kubaner hinaus. Er ist selbst ein mit Blut befleckter „Chef der Revolution“ seines Landes. Und er weiß, daß Revolutionäre nicht widerspruchsvoll sind, auch wenn strategische oder auch nur taktische Erwägungen sie so erscheinen lassen.

Dichtung und Wahrheit

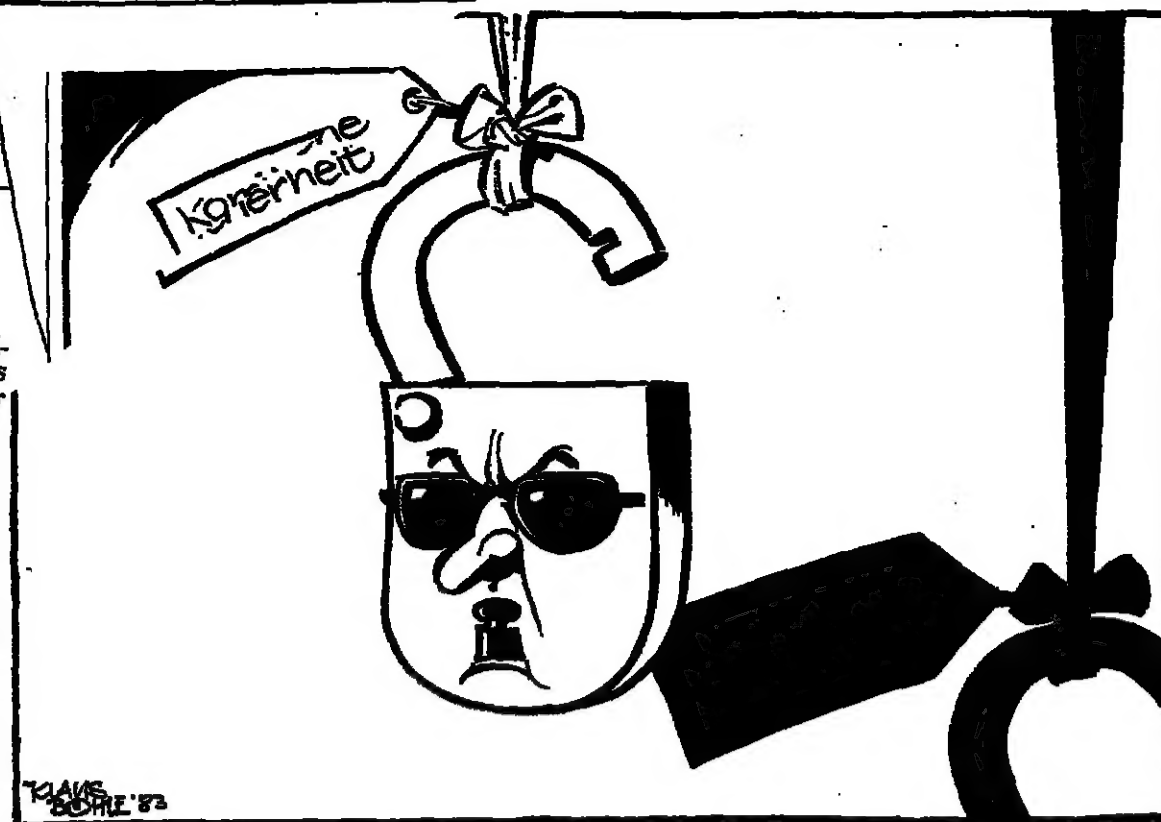
Von Lothar Schmidt-Mühlisch

Nach und nach kommt es heraus, in welchem Maß dieser „heiße Herbst“ eine Theater-Inszenierung fernab aller Deckung durch die Realität gewesen ist. Angebliche Bundeswehrsoldaten demonstrierten in Uniformen für den Frieden. Nur, daß die Uniformen aus der Kleiderkammer politischer Kostümverleiher stammten. Angebliche Mütter demonstrierten mit ihren Kindern. Nur, daß die Kinder von nichtsahnenden Eltern stammten, die ihre Jüngsten in der Obhut eines zuverlässigen Babysitters wählten. Angebliche Krieger demonstrierten. Nur, daß so manche von ihnen gar keine Opfer waren.

In Hamburg zog beispielsweise am 22. Oktober eine ältere Dame mit einem Transparent durch die Stadt, worauf zu lesen stand, ihr Vater sei vor Verdun verblutet, ihr Mann bei Stalingrad erfroren. Nun wolle sie ihre Kinder und Enkel nicht im nächsten Krieg verlieren. Kein Wort davon ist wahr. Die Dame gibt es selbst zu: Der Vater erlitt nur eine Armverletzung bei Verdun, der Mann lebt heute noch, bei bester Gesundheit im Alter von 83 Jahren. Als Begründung gab die Demonstrantin zu Protokoll, um der höheren Wahrheit willen sei ihre „Dichtung“ erlaubt. Sie hätte ja durchaus geschehen können. Symbolisch genommen, sei diese Geschichte ja wahr.

Die Dame scheint bei unseren Klassikern in die Schule gegangen zu sein. Schiller sah in der Tat eine Aufgabe des Theaters darin, die Menschen vor einer Verschlimmerung ihres inneren Zustands zu bewahren. Und insofern hat bei ihm die „Wahrheit“ durchaus symbolischen Charakter.

Sind wir also dahin gekommen, Demonstrationen nun auch schon als Dichtung zu verstehen? Ängste als ästhetisches Phänomen? Raketen vielleicht gar als dramaturgische Erfindung? Wer so denkt und handelt, begibt sich auf eine Rutschbahn. Das Bewußtsein einer solchmaßen angesprochenen Öffentlichkeit wird geradezu dazu erzo-gen, die ohnehin immer komplizierter und unwirklicher werdende Realität nicht mehr ernst zu nehmen. Die Ästhetisierung der Macht und des Politischen führt nicht nur zum Verfall der politischen Moral. Sie kann auch real tödlich sein.



Neu im Weihnachtsangebot

ZEICHNUNG: KLAUS SCHÖLE

Gruß von Bonaparte

Von Carl Gustaf Ströhm

Befindet sich die Sowjetunion während der weltweiten Raketenkrise in einem Zustand politischer Führungslosigkeit? Auf diese Frage werden wir am 28. Dezember vielleicht eine Antwort erhalten. An diesem Datum tritt der Oberste Sowjet in Moskau zusammen. Vorher findet üblicherweise eine Sitzung des ZK der KPdSU statt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wird man erfahren, ob Andropow wieder im Amt und ob er bewegungs- und damit handlungsfähig ist. Sein monatelanges Fehlen auf der Moskauer politischen Bühne, sein Fernbleiben von den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Oktoberrevolution (seit Lenins Tagen war noch nie ein sowjetischer Parteichef an diesem Datum abwesend) haben die wildesten Gerüchte aufkommen lassen.

Bereits beim Besuch des finnischen Staatspräsidenten Koivisto mußte Andropow mühsam gestützt werden; als kurz darauf Bundeskanzler Kohl Moskau besuchte, ließ die sowjetische Seite ein Gespräch zwischen Andropow und Kohl kurzfristig aus „humanitären Gründen“ absagen. Schon daraus ergibt sich, daß es nicht nur die offiziell vorgeschobene „Erkältung“ war, die den sowjetischen Parteichef von der Tribüne des Roten Platzes am 7. November fernhielt.

Selbst wenn man die wilden Gerüchte um Andropow beiseite läßt – die Tatsache allein, daß sie verbreitet werden und daß von sowjetischer Seite nichts Ernsthaftes erfolgt, um ihnen entgegenzutreten (obwohl die sowjetische Führung gerade jetzt innen- und außenpolitisch großes Interesse haben mußte, glaubwürdig präsent zu sein): Das alles läßt eigentlich nur einen Schluß zu: Andropow ist im gegenwärtigen Augenblick nicht mehr Herr des sowjetischen Apparats und der Moskauer politischen Szene.

Daß der Generalsekretär in der für Moskau ungemein wichtigen Raketenentscheidung persönlich keinen Augenblick lang sichtbar und hörbar wurde, daß statt seiner Verteidigungsminister Marschall Ustinow und allenfalls noch Außenminister Gromyko das Wort ergaben, ist ein bedenkliches Zeichen. Briefe Andropows an den deutschen Bundeskanzler und an andere westeuropäische Regie-



Krankheitszustand, führungslos: Staat: Andropow

FOTO: DPA

Zwei Jahre reformieren und dann in Ewigkeit zahlen

Der Eifer der französischen Sozialisten kostet immer neue Milliarden / Von Joachim Schaufuß

Die Schulden des französischen Staates werden immer größer. Wohl hat die sozialistische Regierung im März einen rigorosen Austeritätskurs eingeschlagen. Aber die von ihr zuvor für die Finanzierung ihrer ambitionierten Sozialpolitik aufgenommenen Kredite waren so gewaltig, daß Verzinsung und Amortisierung den Staatshaushalt immer stärker belasten.

Die jetzt zur Zeichnung aufgelegte neue Staatsanleihe von zwölf Milliarden Franc oder vier Milliarden DM liefert dafür einen neuen Beweis. Es ist die dritte dieses Jahres, die zur Finanzierung des Budgetdefizits aufgenommen wurde. Mit zusammen 47 Milliarden Franc wird damit langfristig aber noch nicht einmal die Hälfte des gegenwärtig auf 119 Milliarden Franc veranschlagten Fehlbetrags abgedeckt. Der Rest muß durch kurzfristige Geldbeschaffung und damit letztlich durch die Notenpresse aufgebracht werden.

Demgegenüber hatte die frühere Regierung sehr viel niedrigeren Budgetdefizite in erheblichem Maße in solch inflationä-

schier Weise finanziert. Auch wurden von der derzeitigen Regierung trotz anders lautender Bekundungen die Finanzierungsmethoden noch nicht verbessert. Ständen doch im letzten Jahr einem Budgetdefizit von 96 Milliarden Franc Staatsanleihen von 40 Milliarden Franc gegenüber, was etwa dem gleichen Verhältnis entspricht.

Allerdings mußte im letzten Sommer von den Franzosen eine Zwangsanleihe von vierzehn Milliarden Franc zur Abdeckung des Sozialversicherungsdefizits gezeichnet werden. Dadurch wurde zusätzliche Kaufkraft abgeschöpft, was sich preisdämpfend ausgewirkt hat, zumal da gleichzeitig die Steuern kräftig erhöht wurden.

Auch hat der Staat den Kapitalmarkt prozentual nicht stärker belastet als im letzten Jahr. Denn allein bis Ende September konnten dort 176 Milliarden Franc für Neuemissionen untergebracht werden. Das waren vierzig Milliarden Franc mehr als in den ersten neun Monaten von 1982. Um so stärker aber wurde dieser Zuwachs von den Staatsunternehmen zum Nachteil der privaten Wirtschaft absorbiert.

IM GESPRÄCH Edouard Saouma

Der Stellenvermehrter

Von Manfred Neuber

Ein etwas selbsterhellender Feldherr führt den Kampf gegen Hunger und Unterernährung in der Welt. Edouard Saouma (57), Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation der Vereinten Nationen (FAO) mit Sitz in Rom.

In dem häßlichen FAO-Gebäude aus dem Mussolini-Ära, gegenüber dem „Circus Maximus“, schadet kritischer Nachfragen der Karriere; fremde Kritik an der Bürokratie der FAO wurde bisher selbstgerecht ignoriert. Nun hielt der Westen den Daumen auf das Budget, und das verhalf zu mehr Sparsamkeit.

Ich habe vierzig Planstellen gestrichen und 7,5 Millionen Dollar an Verwaltungskosten in diesem Jahr eingespart“, verkündete Saouma stolz. Die Personalkosten werden von 1976, als ich mein Amt antrat, bis 1984 von 77 auf 57 Prozent zurückgehen. Diese Zahlen sprechen für sich.“

Allerdings hatte Saouma schon gleich nach seiner Wahl zum FAO-Generaldirektor am 1. Januar 1976 eine „Schlankheitskur“ für die heute mit fast zehntausend Mitarbeitern im Innen- und Außendienst operierende Organisation verordnet – und dann doch im Zeitraum von vier Jahren den Stellenplan von damals noch mit 7800 Posten um ein knappes Drittel aufblühen.

Saouma setzte auch eine Statuten-Änderung durch, so daß die Mehrheit der Entwicklungsländer im FAO-Rat den Libanesen vor zwei Jahren für eine zweite Amtszeit wählen konnte. Ohnehin mit großem Ermessungsspielraum ausgestattet, entzog er mit dem sogenannten „Feuerwehrröhr“ die Finanzpolitik der FAO weithin der Kontrolle durch die westlichen Staaten, die am meisten einzahlen.

Von der Dürre in Afrika werden nach seinen Angaben gegenwärtig mehr als 150 Millionen Menschen in 23 Ländern betroffen. Zur Linderung des Hungers rief die FAO zu internationaler Not-Hilfe auf. Wie Saouma in



Jetzt sieht er auch die andere Seite: FAO-Generaldirektor Saouma

FOTO: DIE WELT

einem Interview mitteilte, nahmen an den dringlichen Beratungen weder Opec-Staaten noch solche des kommunistischen Blocks teil. Die Sowjetunion ist nicht einmal Mitglied der FAO.

Als Ausweg aus der Misere in den Entwicklungsländern, die nicht genügend Nahrungsmittel produzieren können und von Naturkatastrophen heimgesucht werden, sieht Saouma nur einen verstärkten Handel. Sein Credo lautet: „Handel hilft fünfmal mehr als Unterstützung.“

Der gelernte Agraringenieur, ein memonistischer Christ, war früher Landwirtschaftsminister in Libanon, bevor er auf regionaler Ebene in die Dienste der FAO trat, der mittlerweile größten UN-Sonderorganisation. Er ist verheiratet und hat zwei Töchter und einen Sohn.

Solange die Industrienationen zahlen und schwiegen, blies Saouma kräftig in das Horn der Habenichtse, die für ihre Helfer nur Undank aufbrachten. Neuerdings findet er aber wohlwollende Worte für den Westen und schaut sich nicht, auch auf Mißstände in der Dritten Welt hinzuweisen. Kasse macht nachdenklich.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE OBSERVER

In der Londoner Zeitung heißt es zum Thema: KRIEG

Der französische Finanzminister Jacques Delors hat vorgeschlagen, daß die Ausgaben der Kontrolle der Finanzminister unterstellt werden sollten, die ein Budget aufstellen und es in regelmäßigen Abständen überprüfen würden. Der französische Vorschlag, so kurz vor der Eröffnung des Treffens in Athen, und das Tempo, mit dem er von Großbritannien und Deutschland willkommen geheißen wurde, deuten einen koordinierten Plan an und haben Hoffnungen entstehen lassen, daß ein solides Abkommen in Athen möglich sein könnte. Mit Sicherheit braucht die Gemeinschaft das, wenn sie einen Schritt nach vorn zur Erweiterung tut.

BERLINER MORGENPOST

Zur Aufführung eines Stückes von Robert Müller im Berliner Schillertheater (siehe auch WELT vom heute, S. 15) heißt es in dem Stück:

Nicht erst seit gestern gilt derjenige als rückständiger Banause, der die Frage aufwirft, ob moralische Anstalten denn partout in Bedürfnisinstanzen unfunktioniert werden müssen. Insofern haben auch jene eine angemessene arrogante Replik verdient, die der jüngsten Szenen-Collage des Herrn Müller im Berliner Schillertheater nicht mit gebührendem Respekt begegnen. Handelt es sich doch bei Müllers Werk um ein Stück Gegenwartsliteratur, die dem Volke vorzustellen zu den fundamentalen und subventionierten Aufgaben unserer Theatermacher gehört. Und wenn dem Publikum bei der Sache übel

wurde, weil nun einmal nicht jeder in der Lage ist, Schauspielern beim Pöbeln und Kotzen völlig unbeteiligt zuzuschauen, so liegt das eben an der Ignoranz, vielleicht auch an der Nervenschwäche einer unreflexen Versammlung von Bildungsbürgern. Diese Bildungsbürger stellen sich indes die Frage, warum Kreationen à la Müller, wenn sie denn schon zur Diskussion gestellt werden müssen, nicht in einem Untergrundtheater aufgeführt werden.

HESSISCHE ALLGEMEINE

In dem Kasseler Blatt heißt es zur „Pravda“-Attacke auf Kohl:

Der Auslegungstreit zwischen Bundeskanzler Kohl und der Moskauer „Pravda“ in Sachen Andropow-Brief hat... groteske Züge. Das offizielle Kremi-Organ bezichtigt der „schamlosen Täuschung“ und Falschaussage. Der standhafte Kanzler läßt sich indes nicht beirren. Er behauptet unverwunden, seine optimistische Deutung sei richtig, möge die „Pravda“ am Ende Andropow doch dagegen halten, was sie wollen. Auf diese Weise holt die Wirklichkeit die Satire ein, und übertrifft sie noch. Es geht um den Satz, wonach die Sowjetunion, die entstandene Situation nicht als unannehmbar betrachten will. Daß Andropow damit die westliche Nachrüstung meinte, hätte auch dann auf der Hand gelegen, wenn es durch die „Pravda“ nicht noch einmal ausdrücklich bestätigt worden wäre. Nachdem es aber so rigoros bestätigt wurde, muß man sich fragen, auf welcher tiefsten Einsicht Kohls Version beruht. Überhaupt auf Einsicht oder dem Prinzip des positiven Mißverstehens?

1983/12/05

هكذا من اجل

Montag, 5. Dezember 1983 - Nr. 283

Nach dem warmen Regen die kalte Dusche für die Bäder

Zwei Jahrzehnte lang erlebten die Kurorte einen Höhenflug - jetzt droht mancherorts der Absturz. Wo einst mittelständische Unternehmen im Sog des Kuren-Booms florierten, zwingt nun die Sparpolitik zum Abspecken. Geben Deutschlands Bäder herbei?

Von PETER JENTSCH

Baron von Mallinckrodt steht das Wasser bis zum Hals. Für die Zukunft seines luxuriösen, eingetragenen Park-Sanatoriums St. Georg in Bad Soden-Salmünster sieht er schwarz. „Wir haben hier Millionen investiert und Anlagen der Versicherungsträger erfüllt. Ob ich aber die Kredite im Dezember noch bezahlen kann, das weiß ich nicht“, sagt er. Exkurs auf Raten, seit die Kurgäste ausbleiben.

Der Bäckermeister in der Nähe des Sanatoriums hackt nur noch „kleine Brötchen“. „Ich mußte sieben Mitarbeiter entlassen“, klagt er. Geschwunden zum Familienbetrieb, weil die Kurgäste fehlen.

Charly Moon, Hammondorganist im Tanzcafé Bad Mergentheim, spielt Evergreens aus den fünfziger Jahren. Fast zögernd gleiten seine schmalen Finger über die Tasten: „Für wen?“ fragt er. Ein Pärchen tanzt, eine Witwe im abgetragenen Persienröckchen - starrt gedankenverloren die Wände an. „Früher“, seufzt Charly Moon, „war's hier proppenvoll, da machte es Spaß zu spielen. Heute...“

Jörg Meiningshaus, Kurarzt in Wiesbaden, hat's an der Leber. „Das ist meine erste Kur“, betont er - „und meine letzte.“ Abend für Abend sitzt er allein in einem tristen Doppelzimmer. Punkt zehn Uhr ist Feierabend, „da läuft nichts mehr“. Auch draußen nicht: „Solte ich später aus dem Kino kommen, stehe ich vor verschlossener Tür. Kur ist Kur, Nacht ist Nacht. Und hier? Ich langweile mich über den Abend mit den restlichen zwölf Kurgästen (in einem 120-Betten-Haus). Wir kommen uns verloren vor.“

Von 275 Beschäftigten wurden 108 entlassen

Kurdirektor Federsien in Bad Salzschlirf weiß auch nicht, wie es weitergehen soll: „1981 haben wir mit unserem Kurbetrieb noch einen Überschuss von 245 000 Mark erwirtschaftet. Ein Jahr darauf hatten wir bereits 800 000 Mark Verlust, in den ersten neun Monaten dieses Jahres schon 600 000 Mark.“ Eine der Folgen: „Von unseren 275 Beschäftigten in der Kurverwaltung haben wir bis heute 108 entlassen müssen.“

In Deutschlands Bädern grüßt Tristesse. Gehen die Bäder baden?

Alfred Dreger, Vorsitzender der ODU/SU-Bundestagsfraktion, machte sich vor Ort ein Bild. Doch Trost zu spenden vermochte er nicht. Den Verantwortlichen in Bad Soden-Salmünster und in Bad Salzschlirf erklärte er: „Die vom Gesetzgeber gewollte Kostendämpfung im Gesundheitswesen hat sich im Bereich der deutschen Heilbäder und Kurorte vor allem wegen der Kumulierung mit konjunkturellen Schwierigkeiten, vom ‚Bremsen‘ zum ‚Schleudern‘ entwickelt. Höhere Arbeitslosigkeit

sei die Folge. Jedoch, so schränkte Dreger ein: „Eine Rücknahme der Zahl der Kuren beeinflussenden gesetzlichen Maßnahmen ist zur Zeit nicht geplant. Der vom Parlament beschlossene Erfahrungsbericht über die Selbstbetriebsmaßnahmen auch im Kurwesen, der Ende 1984 vorgelegt werden soll, soll abgewartet werden.“

Seit 1957 expandiert das Gewerbe. Damals entschlossen sich die Rentenversicherungen, vierwöchige Kuren zu bezahlen, die vorbeugend oder nachbehandelnd, der „Erhaltung der Erwerbsfähigkeit“ dienen. Das traf sich trefflich mit der Absicht von Bund und Ländern, den Nachkriegs-Boom auch in strukturschwache Gebiete zu lenken, in Gebiete also mit wenig Industrie, landschaftlich reizvoll gelegen, mit sauberem Wasser und sauberer Luft. Milliarden wurden in diese Kurorte investiert, langfristige Belegungsverträge zwischen Privatkliniken und Rentenversicherern geschlossen.

Seit 1957 entstanden fast 80 neue Kurorte

Wer damals im Verdacht stand, überflüssiges Geld zu besitzen, dem brachte die Post beinahe täglich Angebote ins Haus, sich am Bau von Kurkliniken als Abschreibungsmodelle zu beteiligen. Folge: Aus den 279 000 Betten in 179 Kurorten im Jahre 1957 wurden 657 000 Betten in 257 Kurorten im Jahre 1981. Mehr noch: All diese Betten füllten sich - ausgelastet zwischen 60 und 80 Prozent, je nach Jahreszeit. Das Geschäft florierte. In diesem Sog investierten die Kurorte Milliardenbeträge. Die angegriffene Gesundheit galt als eine der wenigen wirtschaftlichen Größen, die sichere Geschäfte versprach. Es entstanden neue Badehäuser und Kurmittelgebäude, Paläste aus Glas und Beton, Thermalbäder mit Schleusen zwischen Hallen- und Freilande, und ein bischen alter Baumbestand wurde zum Kurpark hochstilisiert.

In diesem Umfeld gedieh die „Sekundärstruktur“, das Milieu der kleinen mittelständischen, einheimischen Betriebe, entstanden Cafés, Kneipen, Tanzlokale, Reformhäuser, Pensionen, Schönheitssalons, Bäckereien, Boutiquen, Andenkenläden und Schmuckgeschäfte mit dem kleinen Geschenk für den Kurgast.

Doch dann sanken die Umsätze und stiegen die Sorgen. Der Niedergang der Bäder-Provinz begann 1982 mit der Wirksamkeit des zweiten Haushaltstrukturgesetzes und des Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetzes. Seit Anfang 1982 bekommt nur noch eine Kur genehmigt, wer in seiner Erwerbsfähigkeit „erheblich gefährdet“ ist. Die Krankenkassen dürfen zudem 1982 und 1983 für Kuren nicht mehr ausgeben als 1980. Schließlich müssen die Interessenten nun mindestens drei statt, wie zuvor, zwei Jahre warten, bis sie erneut einen Kurantrag stellen dürfen. Speziell die Krankenkassen trifft die weitere Vorschrift, wonach einzelne Kassen höchstens 20 Prozent mehr ausgeben dürfen, als im Schnitt alle Kassen pro Jahr anfallen. Die Angestelltenkassen hatten sich früher großzügiger gezeigt als die Ortskrankenkassen, weil das der Mitgliederwerbung diene.

Um das Ausgabenlimit einzuhalten, einigten sich die Krankenkassen

darauf, offene Badekuren nicht mehr in den Sommermonaten zu gewähren. Es entfällt seither der sogenannte „Kururlaub“, in dem der Versicherte Ort und Unterkunft frei wählen kann, die Fahrtkosten und einen Teil der Unterbringungskosten selbst zahlt und den Rest von der Kasse erstattet bekommt. Prompt ließ denn auch das Interesse nach. Und Otto Weissenberger, Präsident des Deutschen Wirtschaftsverbandes der Heilbäder und Kurorte, rechnet „mit einer Reihe von Kurklinik-Bankrotten“.

Der Mann hat recht. Allein bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) in Berlin ist die Zahl der bewilligten Kuren von 344 000 im Jahre 1981 auf 222 000 im vergangenen Jahr zurückgegangen. Vielen privaten Vertragskäufern wurden die Betten gekündigt. Die BfA und die Landesversicherungsanstalten (LVA) belegen zunächst ihre eigenen Häuser.

Ein Leidtragender ist Baron von Mallinckrodt in Bad Soden-Salmünster. Die LVA Unterfranken belegte bei ihm 1980 noch 711 Betten, 1983 noch ganze 56. Die LVA Baden bewilligte 1980 in seinem Sanatorium noch 1376 Kuren, 1983 waren es noch ganze 228. Der Umsatz sank von 4,9 Millionen Mark im 1980 auf 771 000 Mark in diesem Jahr. Die Belegungsquote rutschte von 94 Prozent 1980 über 80 Prozent 1982 auf 13 Prozent in diesem Jahr.

Ein sicher schwerer Schlag für Baron von Mallinckrodt und andere Kurklinikbetreiber, zumal diese Entwicklung nicht vorhersehbar war und mit der allgemeinen konjunkturellen Baisse zusammentraf.

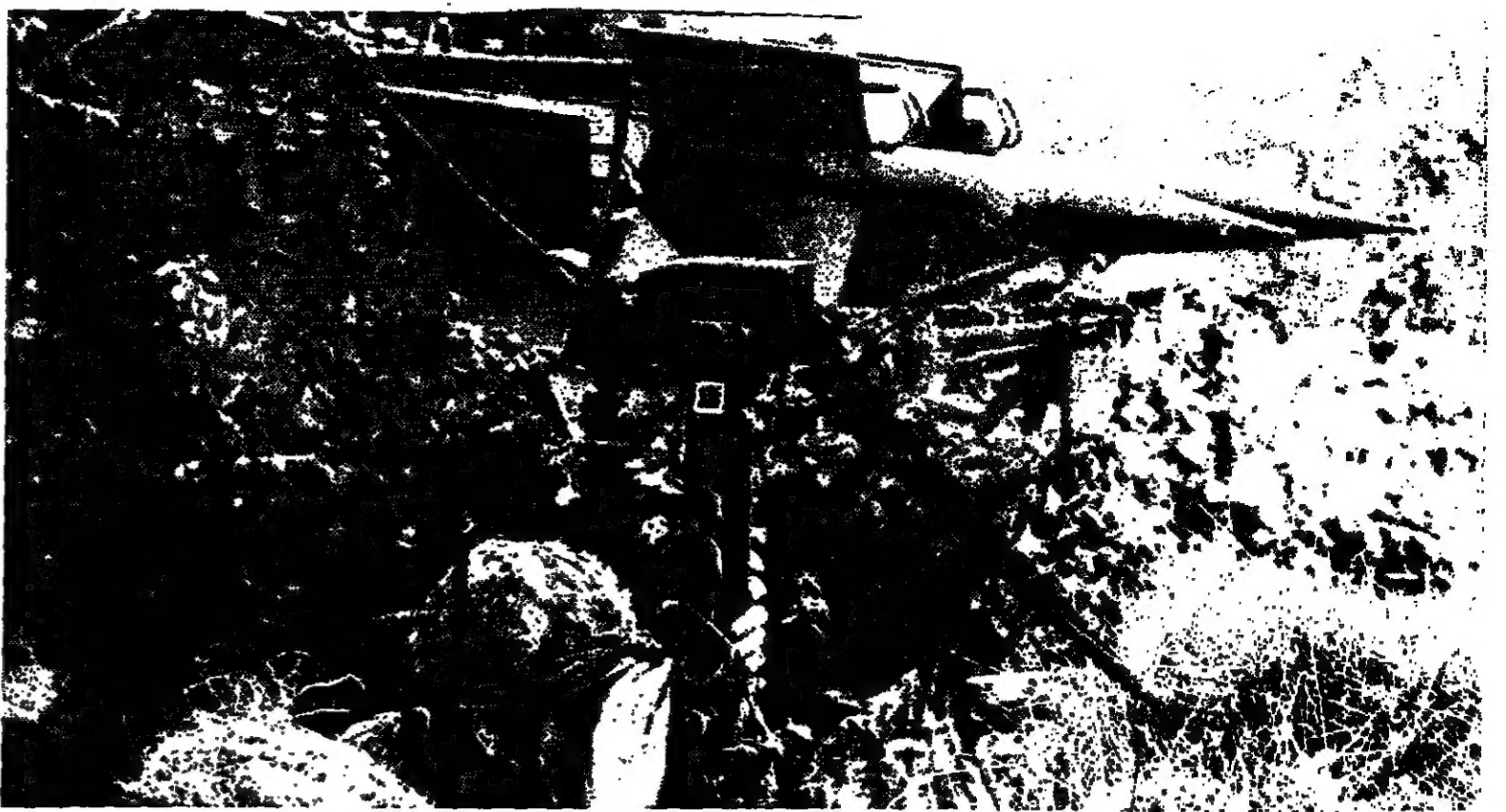
Boom läßt zunächst alles beim alten

Indes, ein Gesundheitsboom auf diesem expandierten Markt scheint notwendig zu sein. Denn daß in luxuriösen Kurkliniken, die durchaus einen Vier-Sterne-Hotel-Standard erreichen, auf Kosten der Sozialversicherung gekürzt werden muß, das ist nun wirklich nicht einzuhaben.

Und auch die Kurorte werden sich mit weiter sinkenden Gewerbesteuererträgen und Schlüsselzuweisungen durch die Landesregierungen begnügen müssen. Allein in Bad Soden-Salmünster ging die Zahl der Übernachtungen um 130 565 auf 717 399 im Jahr 1982 zurück. In diesem Jahr fiel die Zahl auf den Stand von 1975, auf rund 490 000. In diesen beiden Jahren hatte die Gemeinde Mindereinnahmen in Höhe von 22,6 Millionen Mark, Folge des Ausfalls von Kurmitteln, Kurtaxe und des Kaufkraftverlustes.

Die Bundesregierung will zunächst einmal alles beim alten belassen. Alfred Dreger hatte vor Ort nur wenig Tröstliches anzubieten. Er will sich in der Fraktion nur stark machen für die Einführung einer Ausnahmeregelung für Vorbeuge- und Genesungskuren in der Krankenversicherung vor Ablauf von drei Jahren, wenn die vorzeitige Kur medizinisch indiziert ist. Und er plädiert für die Möglichkeit, die Zuzahlungsverpflichtung bei Kuren durch teilweisen Urlaubsvorzicht abzulösen.

Bei allem Verständnis für die Sorgen der Betroffenen, es scheint kein Weg daran vorbeizuführen: Deutschlands Kurprovinz muß abspecken.



Raumverteidigung durch „Nadelstiche“: Mit Lenkkraketen wollen die Verteidiger der „defensiven Verteidigung“ den Angreifer stoppen. FOTO: GÜNTHER OED

Von der Abschreckung zum „Nadelstich“?

„Alternatives Denken“ überall - nun ist auch die Verteidigungsstrategie der NATO im Visier. Heute und morgen diskutiert der Verteidigungsausschuß des Bundestages mit Experten über „Alternative Strategien“. Im Mittelpunkt: die „defensive Verteidigung“.

Von RÜDIGER MONIAC

Horst Afheldt wird die zentrale Figur der Anhörungsserie im Saal 1903 des „Langen Engen“ sein. Der Dr. rer. pol., Jahrgang 1924, Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Sozialwissenschaften in Starnberg, ist seit Jahren der prominenteste Vertreter der „defensiven Verteidigung“. So steht es, über ihn notiert, im Klappentext des gerade erschienenen „revue-aktuell“-Bandes mit gleichlautendem Titel.

Diese „defensive Verteidigung“ soll, heißt es dort weiter, so organisiert sein, daß von ihr keine offensiv Gefährdung anderer Nationen ausgeht, gleichwohl ein Angriff auf das eigene Territorium abgewendet werden kann. Als zentrale Punkte des Konzepts nennt dieser Text eine Umrisstung auf defensive konventionelle Waffen, die intelligente Anwendung moderner und kostensparender Waffentechnik, die dem Gegner keine großen, den atomaren Einsatz lohnenden Ziele bieten.

Damit ist das Stichwort gegeben: keine für den Gegner lohnenden Ziele, vor allem keine für Atomwaffen. Horst Afheldt, früher ein enger Mitarbeiter des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker, hofft einen Weg zu zeigen, der die NATO-Verteidigung vom Einsatz von Kernwaffen unabhängig macht und dem Gegner für seine Kernwaffen keine „militärisch lukrativen Ziele“ bietet. Dann, so Afheldt, „kann man hoffen, mit unverwundbar stationierten Kernwaffen der NATO den Gegner vom Einsatz seiner Kernwaffen abzuschrecken und sowohl den militärischen als auch den politischen Einsatz von Kernwaffen auf beiden Seiten in Europa extrem unwahrscheinlich zu machen“.

Sein Mentor Carl Friedrich von Weizsäcker hat vor Jahren, als in der Allianz die Entscheidung über den

NATO-Doppelbeschuß bevorstand, diese Forderung dahingehend konkretisiert, neue Mittelstreckenwaffen sollten nicht auf Land stehen, sondern auf See, auf U-Booten, wo sie nicht zu treffen seien.

Bis die konventionelle Verteidigung in Europa den von Afheldt geforderten Standard hat, sollen diese Nuklearsysteme auf See auch eine Aufgabe für den Ersteinsatz behalten, allerdings nur „mit ausschließlich politischer Zielsetzung“.

Für die konventionelle Verteidigung der NATO, glaubt Afheldt zu wissen, daß eine strikt defensive Bewaffnung bestimmte günstige politische Wirkungen hätte, die schließlich die Lage in Europa stabilisieren könnten. Sie zwingt den Gegner nicht zum Gegenhalten, was wieder zu mehr Rüstung führe, zum sogenannten Wettrüsten. Überdies, so Afheldt, helfe diese Art defensiver Rüstung, jeden militärischen Vorteil eines präventiven oder präemptiven Angriffs zu beseitigen. Und schließlich trage sie dazu bei, eine Verteidigung auf westlicher Seite aufzubauen, die „nicht selbstmörderisch ist“. Denn einmal, so meint er zur Begründung, „schreckt eine selbstmörderische Verteidigung mehr den Verteidiger als den Angreifer ab... Zum anderen ist eine selbstmörderische Verteidigung selbst im Frieden auf Dauer nicht konsensfähig“.

Klagen über den verlorenen Konsens

Konsens ist der Begriff, der die gegenwärtige öffentliche Debatte über die Sicherheitspolitik und den richtigen Weg der Friedenssicherung immer mehr bestimmt. Um allererst benutzen ihn Sozialdemokraten, um damit zu sagen, daß die gültige NATO-Strategie der Abschreckung weiterentwickelt, gar abgelöst werden müsse. So etwa Helmut Schmidt in seiner Hamburger Rede zum zehnjährigen Bestehen der Hochschule der Bundeswehr. Aber auch „Grüne“, „Alternative“ und andere Bewegungen beklagen den verlorengegangenen Konsens.

Diese Methode, so halten Kritiker entgegen, entspreche dem Bild vom Brandstifter, der „Feuer“ schreit. Schließlich hätten jene Kräfte ja mit-

gehoßen, Mißtrauen, ja Angst vor der NATO-Verteidigung zu schüren, um dann sagen zu können, etwas anderes müsse es ersetzen, was weniger selbstzerstörerisch und damit „selbstabschreckend“ wirke.

Mit seiner Raumverteidigung, die er von anderen Strategiedenkern wie Brösselt und Spannocchi übernommen und weiterentwickelt hat, glaubt Afheldt den „konsensfähigen“ Weg gefunden zu haben. Politisch werden seine Vorschläge gewiß hoch Wirkung haben, denn abgesehen von den „Grünen“ konzentrieren sich starke Kräfte in der SPD darauf, ein Konzept der „alternativen Verteidigung“ zu entwickeln. Der kommende Mai-Parteitag der Sozialdemokratie in einer noch nicht bestimmten Stadt des Ruhrgebiets dürfte von dieser Thematik geprägt werden.

Raumverteidigung, wie sie Afheldt vorschwebt, läßt den heranrückenden Gegner auf seinem eigenen Territorium ungeschoren. Erst wenn seine Panzerverbände die Grenze überschreiten, sollen über das ganze Land bis zum Rhein verteilte „Techno-Kommandos“, die mit selbstzielenden Lenkkraketen bewaffnet sind, die Angriffssäulen „nadelstichartig“ abnutzen und schließlich zum Stehen bringen. Diese Kommandos bestünden aus Jägern (leichten Infanteristen), Artilleristen mit Raketenwaffen, die über Entfernungen bis zu 80 Kilometer wirken, sowie Nachrichtensoldaten, die die „Feindlage“ in ihrem Beobachtungsraum an die eigenen Waffen zu liefern hätten.

In seinem Buch führt Afheldt Berechnungen vor, nach denen der Angreifer auf den 230 Autobahn-Kilometern zwischen „Thüringer Balkon“ und Rhein mehr als 50 Prozent seiner Verbände verlieren haben würde und „allenfalls nach 14 Tagen“ ankäme. Dies müßte die Sowjetunion, die doch alleine als Angreifer in Betracht kommt, nicht ihre osteuropäischen Nachbarn, abschrecken. Mit „hoher Sicherheit“ würde ihr Angriff scheitern, und sie würde, dabei ihre Armee... verlieren. Denn dieser Verlust ist gleichbedeutend mit der Gefahr, daß sie dann auch ihr osteuropäisches Glacis verliert.

Von Fachleuten des Bonner Verteidigungsministeriums wird der Entwurf der „defensiven Verteidigung“ mit vielen Fragezeichen versehen.

Militärische Argumente überwiegen, aber es gibt auch politische. Das wahrscheinlich gewichtigste haben die früheren Generale Schulze, ehemals NATO-Oberbefehlshaber Europa Mitte, und Domrose, früherer Planungschef im Hauptquartier des NATO-Oberbefehlshabers für ganz Europa, vorgetragen. Es lautet: Konzepte wie dieses würden den Krieg auf unserem Kontinent wieder in der Kalkulation des Gegners als führbar erscheinen lassen.

Kritiker warnen: Krieg würde wahrscheinlicher

Beide sagen, was auch der Generalinspekteur der Bundeswehr, Altenburg, in dem soeben erschienenen Buch „Die Atomschwelle heben“ über die besondere Rolle von Nuklearkraften in der militärstrategischen Konzeption der NATO feststellt. Sie basiert auf der Annahme, schreibt Altenburg, „daß im Frieden wie im Krieg die stärkste Abschreckungswirkung durch Nuklearkraften erzielt wird, weil einem Aggressor sein Risiko letztlich nur mit ihrer Einsatzdrohung oder ihrem Einsatz selbst klargemacht werden kann“. Und der General fährt fort: „Der Charakter nuklearer Waffen als potentiell massenvernichtungsmittel und die Gefahren wechselseitiger Eskalation begrenzen die militärische Nutzbarkeit dieser Waffen. Deshalb sind nukleare Waffen vorrangig auf ihren politischen Nutzen hin zu beurteilen und erst in zweiter Linie nach ihrer militärischen Wirkung auf das Kampfgeschehen.“

Auch Manfred Wörner, der Verteidigungsminister, erklärt die Abschreckung „auf absehbare Zeit“ nur durch Atomwaffen für gesichert. Es gebe keinen gleichwertigen konventionellen Ersatz. Dabei denkt Wörner beim Wägen der Möglichkeiten der Entwicklung konventioneller Waffen längst nicht so extrem wie Afheldt. Er wie auch US-General Rogers und andere wollen nicht davon abgehen, was die Anwälte der „defensiven Verteidigung“ vorhaben, nämlich die Sowjetunion selbst, wenn sie denn eine militärische Aggression vom Zaun gebrochen haben sollte, frei zu lassen von jeglichem Risiko der Zerstörung.

Mit dem Krügererrand sind Sie gut bedient. Bei uns sind Sie auch gut beraten.

Denn hinter dem Rat, den Sie von uns bekommen, steht langjährige Erfahrung: 1970 haben wir den Krügererrand in Deutschland eingeführt.

Aufgrund dieser Erfahrung sagen wir Ihnen, wo und in welcher der vier Münzgrößen Sie den Krügererrand kaufen sollten und welchen Teil er in Ihrer Geldanlage insgesamt einnehmen sollte.

Der Krügererrand ist die bekannteste Goldmünze der Welt. In allen unseren Geschäftsstellen leicht zu kaufen und zu verkaufen.



Sprechen Sie mit uns über den Krügererrand - auch wenn Sie kein Konto bei uns haben.

Deutsche Bank



Warschauer Pakt: Ministertreffen in Sofia

AP/rtr, Moskau

Der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Dmitri Ustinow ist gestern nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Tass zu einem Treffen der sieben Verteidigungsminister des Warschauer Paktes nach Sofia gefahren. Der Oberkommandierende der Streitkräfte des Warschauer Paktes, Marschall Kulikow, war bereits am Wochenende in der bulgarischen Hauptstadt eingetroffen.

Es ist das erste Warschauer-Pakt-Treffen auf hoher Ebene seit dem Auszug der Sowjetunion aus den Genfer Verhandlungen. Die Ankündigung des Treffens war mit der Erklärung des sowjetischen Parteichefs Andropow, beschleunigt die Aufstellung atomarer Kurzstreckenraketen in der DDR und in der Tschechoslowakei aufzustellen, einhergegangen.

Westliche Diplomaten erwarten nun eine koordinierte Antwort des östlichen Bündnisses auf die beginnende Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa.

Ugandas Stabschef starb bei Absturz

dpa, Kampala

Der ugandische Armee-Stabschef, Generalmajor David Oyite Ojok, einer der engsten Vertrauten von Staatspräsident Milton Obote, ist beim Absturz eines Hubschraubers ums Leben gekommen. Mit ihm starben noch acht Insassen, darunter der Chef der ugandischen Luftwaffe, Oberstleutnant Alfred Otto, und der Chef des militärischen Geheimdienstes, Major Agwa.

Das Verteidigungsministerium in Kampala bezeichnete gestern Behauptungen von Rebellen als falsch, wonach sie den Hubschrauber abgeschossen hätten. Der amtlichen Darstellung zufolge war der Hubschrauber Sekunden nach dem Start auf dem Kasernengelände von Kasozi (150 Kilometer nördlich Kampalas), abgestürzt und in Brand geraten.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 580 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Es genügt nicht, nett zu den Russen zu sein“

Sicherheitspolitischer Kongress der Süd-West-CDU

XING-HU KUO, Kirchzarten

Die Unionspolitiker sollen in den zu erwartenden Auseinandersetzungen um die Friedensfrage „offensiv“ statt bisher defensiv vorgehen. Dies ist die einmütige Auffassung von 12 Rednern und Teilnehmern des Sicherheitspolitischen Kongresses der CDU in Kirchzarten bei Freiburg am Wochenende.

Starke Beachtung fanden die Ausführungen des namhaften Theologen und Psychotherapeuten Professor Rudolf Afemann (Stuttgart) bei den Kongress-Teilnehmern zum Thema „Die sittliche Rechtfertigung der Verteidigung“. Afemann betonte, die Friedensbewegung gehe von falschen Voraussetzungen bei der Beurteilung der menschlichen Natur aus.

Da viele Christen in dieser Bewegung tätig seien, müsse gerade hier eine Korrektur vorgenommen werden. Nicht wenige engagierte „Friedensfreunde“ verkennen, so Afemann, daß der Mensch von Natur nicht nur gut, sondern nach christlicher und biblischer Auffassung auch ein „Sünder“ sei. Deshalb könne man über die „Nüchternheit“ der Friedensbewegung nur „den Kopf schütteln“. „Sie meinen, wenn der Westen einseitig abstellt, werden die Russen automatisch dasselbe tun. Es genügt, wenn wir nicht zu ihnen sind, dann wirkt dieses Beispiel sofort ansteckend.“ Eigentlich sollten die Friedensfreunde, so der Theologe weiter, in Konsequenz einer solchen Auffassung die Türen zu ihren Wohnungen weit offenhalten, um „Einbrechern die Lust zu nehmen, ihr Handwerk zu betreiben“.

Martin Luthers These

Vielmehr vertritt Afemann die von Martin Luther aufgestellte These, daß der Staat durchaus die Pflicht habe, gegen Gewalttäter notfalls auch Gewalt anzuwenden. Die von Friedens-„Anhängern“ häufig zitierte Bergpredigt ist nach Auffassung des Stuttgarter Bibelkenners keineswegs eine „Anleitung zum Aufbau oder eine Handlungsrezeptur zur Lösung der Welt“. Auch sei die Empfehlung, die andere Wangen hinzuhalten, wenn man auf der einen geschlagen werde, nicht immer aus christlicher Sicht zu vertreten. Afemann unterstrich viel-

mehr, daß das Recht auf Verteidigung ein „Grundrecht“ sei, das „keine sittliche Rechtfertigung“ bedürfe.

Sowohl Afemann als auch die anderen Redner unterstrichen, daß gerade nach christlicher Auffassung der Frieden mehr sei als nur „Nichtkrieg“. Vielmehr sei der Frieden nur dann als solcher aufzufassen, wenn gleichzeitig Freiheit, Menschenwürde und Menschenrechte gesichert seien. Deshalb, so Afemann, müsse auch das, wenn auch geringe Risiko eines atomaren Holocausts hingenommen werden, um einen wirklichen Frieden in Freiheit zu sichern.

Länder nicht einig

Der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Jürgen Todenhöfer, unterstrich, daß die These der Friedensbewegung „falsch“ sei, im Westen würden immer mehr Waffen angehoben. Vielmehr würde die NATO für jeden neuen nuklearen Gefechtskopf fünf andere abziehen. Wenn die Sowjets diesem Beispiel folgen würden, wären wir quantitativ unserem Ziel sehr nahe gekommen, nämlich Frieden schaffen mit weniger Waffen.

Peter Kurt Würzbach, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verteidigung, kritisierte die fehlende Einigkeit unter den Bundesländern, in den Schulen „wenigstens grundlegende Informationen zum Thema Frieden, Freiheit und Sicherheit“ zu vermitteln. Wenn es der Kultusministerkonferenz in den nächsten Monaten nicht gelinge, eine solche bundesweite Regelung zu vereinbaren, so sei dies ein „Armutszeugnis des Föderalismus in unserer Demokratie“, erklärte Würzbach.

Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) erklärte, nach seiner Auffassung sei Moskau auch nach der Unterbrechung der Genfer Verhandlungen an einer Fortsetzung des Ost-West-Dialogs „tiefst interessiert“. Der Stuttgarter Regierungschef betonte, die Reaktionen des Ostblocks auf den Nachrüstungsbeginn in Westeuropa seien eher „pragmatisch und undogmatisch“. Hier sei es deshalb eine „Chance, aus dem Klima ausgeheilter Emotionen und irrationaler Aktionen herauszukommen und in ein ruhiges Fahrwasser diplomatischer Aktivitäten zu gelangen“.

Häfele lehnt Steuerpläne der FDP ab

AP, Baden-Baden

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hansjörg Häfele, hat einer von der FDP geforderten Steuerreform vom 1. Januar 1989 eine Absage erteilt. Im Südwestfunk verwies er darauf, daß „nirgendwo eine Koalitionsvereinbarung da ist, daß das 1989 zu geschehen hat. 1989 wird das auch nicht geschehen können, weil wir ja gemeinsam mit der FDP mit Vorrang die Sanierung der öffentlichen Haushalte betreiben“. Als möglichen Zeitpunkt für das Inkrafttreten einer Steuerreform nannte Häfele statt dessen den 1. Januar 1990. Er warnte: Alle, die auf ein Vorziehen drängen, müßten wissen, daß sie damit möglicherweise eine Mehrwertsteuererhöhung programmierten.

Forderungen für Rußlanddeutsche

dpa, Bonn

Freizügigkeit für die Deutschen in der UdSSR haben mehrere Menschenrechtsorganisationen und der „Verband der Rußlanddeutschen“ gefordert. Nach einer gemeinsamen Tagung in Bonn wurde eine Entscheidung verabschiedet, in der auch das Recht auf Ausreise für die Deutschen aus der Sowjetunion verlangt wird. Außerdem sollten die „staatliche Diskriminierung“ eingestellt und das Recht auf deutsche Sprache und auf Religionsausübung zugestanden werden.

Attentat auf Exilkroaten

dpa, Dillingen

Bei einem bewaffneten Anschlag im Landkreis Dillingen ist in der Nacht zum Sonntag ein Exilkroate lebensgefährlich verletzt worden. Der 35-jährige Gastwirt Luka Kraljevic wurde hinter der Theke seines Lokals von einem Schuß in den Kopf getroffen. Kraljevic war lange Zeit Vorsitzender des Exilkroatischen Nationalkomitees. Bereits im August 1983 war auf ihn ein Mordanschlag verübt worden. Das Attentat in Dillingen ist der zweite Anschlag auf einen Exilkroaten in diesem Jahr. Bayern: Am 27. Juli war der Verleger Durekovic im Keller seines Hauses erschossen worden.

„Enger mit Paris kooperieren“

Strauß fordert neue Schubkraft für Europa / Kritik an EG-Politik der Bundesrepublik

PETER SCHMALZ, München

Nur eine engere politische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik kann die Europäische Gemeinschaft aus ihrer derzeitigen Lähmung herausführen, erklärte der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß am Wochenende in München und schlug ein Europa der zwei Geschwindigkeiten vor. Innerhalb der als lockeren Verbindung bestehenden Gesamtgemeinschaft bildete sich eine zusätzliche enger und stärker verbundene Gemeinschaft auf der Grundlage einer Verbindungslinie zwischen Paris und Bonn.

Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen, meinte Strauß vor den 180 Delegierten, die über die CSU-Kandidaten zum zweiten gewählten Europaparlament abzustimmen hatten, Europa müsse zu einer Geschlossenheit zusammenwachsen, die über die Wirtschaftsgemeinschaft hinausgehe. „Das Fernziel der Vereinigten Staaten von Europa darf auf keinen Fall aus den Augen verloren werden“, mahnte der CSU-Vorsitzende. Die Erweiterung der Gemeinschaft habe eine solche politische Union jedoch in weite Ferne rücken lassen.

Zwei Geschwindigkeiten

Dennoch sieht Strauß keinen Sinn darin, die Gemeinschaft in ihrer jetzigen Größe einzufrieren und die Probleme im großen Rahmen intern zu lösen. Er plädiert dafür, Spanien und Portugal aufzunehmen, da beide Länder ihre kulturelle, wirtschaftliche und politische Heimat in der EG

hätten. Neue Schubkraft aber für eine weitere politische Integration könne nur durch die engere Kooperation weniger Kernländer erwartet werden. Auf dem französischen Hochgeschwindigkeitszug anspielend, meinte Strauß vor dem CSU-Kongress: „Wenn man das europäische Ziel nicht mit dem ‚Train à Grande Vitesse‘ erreichen kann, muß in den ‚Train à deux Vitesse‘ umgestiegen werden.“ Also an Stelle des Zuges der hohen Geschwindigkeit der Zug der zwei Geschwindigkeiten.

Der Bundesrepublik warf er vor, gegenüber den Partnern bisher zu milde aufgetreten zu sein; hier müsse das Verhalten überdacht werden. Strauß wörtlich: „Wir dürfen nicht mehr auftreten wie ein frommer Ministrant, der jedem Bischof dient.“ Der Hebel sei bei den geforderten Erhöhung des Umsatzsteuersatzes der EG über ein Prozent anzusetzen. Die Bundesrepublik dürfe erst dann über eine Zustimmung nachdenken, wenn die Gemeinschaft alle Sperrmöglichkeiten ausgeschöpft hat und wenn künftig unannehmbar, mit dem Geist der Verträge unvereinbare Sonderbelastungen einzelner Mitgliedstaaten vermieden werden.

Nach dieser Strauß-Rede erfüllten sich zumindest die Hoffnungen einiger CSU-Politiker auf sichere Listenplätze fürs Europaparlament. Wie erwartet, wurde das CSU-Spitzen trio ohne Gegenkandidaten nominiert: Fritz Pirkel (bisher Bayerns Sozialminister), Ursula Schleicher (Frauenunion) und Otto von Habsburg. Für Platz 4 kandidierte erstmals der Bundestagsabgeordnete Graf Stauffenberg, unterlag jedoch gegen den Eu-

ropa-Abgeordneten Ingo Friedrich. Für Platz 5 mußten sich Stauffenberg und sein Bundestagskollege Günther Müller vom EG-Parlamentarier Heirich Aigner geschlagen geben.

Reinhold Bocklet, vor fünf Jahren Kandidat der Jungen Union und in Straßburger Parlament der für Bayern wichtige Agrarexperte, durfte Platz 6 ohne Gegenkandidat belegen. Nachdem selbst Strauß ein scherzhaftes Wort für ihn eingelegt hatte: Auch wenn er das kanonische Alter von 35 Jahren überschritten habe, sollte er doch als Kandidat der JU angesehen werden. So kommt der eigentliche JU-Kandidat Gen Müller erst für Platz 7 an, unterlag aber gegenüber dem Grafen Stauffenberg, versuchte es nochmal auf Platz 8, wo jedoch sein Namensvetter Günther Müller erfolgreich blieb, und landete schließlich auf Platz 9.

„Keine Jubelstürme“

In der CSU gelten jedoch nur die ersten sieben Plätze als sicher, weil halb Bayerns JU-Chef Alfred Saute der noch vor der Versammlung Platz 7 reklamiert und andernfalls mit Enttäuschung unter der Parteijugend gedroht hatte. Betroffenheit zeigte „Das ruft keine Jubelstürme hervor. Doch immerhin: Den bald 41-jährigen Bocklet könne er zwar nicht „pausenlos durch Discos schleppen“, aber nun sei er halt doch ein bißchen der Kandidat der Jugend. Und falls die Abgeordneten Stauffenberg und Müller nach Straßburg umziehen bringt auch das der Jungen Union einen Erfolg, denn dann rücken zwei ihrer Leute in den Bundestag nach.“

35-Stunden-Woche auf dem Prüfstand

Experten von Arbeitgebern und Gewerkschaften diskutieren über Arbeitszeitverkürzung

KAREN SÖHLER, Bonn

Der Übergang von der 40- zur 35-Stunden-Woche verursacht 14,3 Prozent mehr Kosten pro Arbeitsstunde, die die Unternehmen nicht ausgleichen könnten, meint die deutsche Wirtschaft. Die Gewerkschaften hingegen vertreten die Auffassung, daß die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich keinen Kostendruck bei den Unternehmen nach sich zöge, schon gar nicht, wenn man sie in einem Stufenplan einführen würde (pro Jahr eine Wochenstunde weniger). Diese beiden Meinungsfronten standen sich gegenüber, als sieben Professoren in Bonn auf Einladung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zu diesem Thema diskutierten.

Die Wissenschaftler bewegten sich allerdings während ihres Streitgesprächs auf einer gemeinsamen Basis. Denn einhellig vertraten sie die Ansicht, daß eine Arbeitszeitverkürzung nur dann möglich ist, wenn die Unternehmen in der Lage wären, die Mehrkosten durch höhere Gewinne abzufedern. Die Geister schieden sich erst an dem Punkt, als es darum

ging zu begründen, wie die Unternehmen denn die erhöhten Lohnkosten ausgleichen könnten. Der Produktivitätsfortschritt, also die steigende Ergiebigkeit der Arbeit, stand im Mittelpunkt der Argumentation.

Der „erliberale“ Professor Armin Gutowski, wie sich der Präsident des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung (Hamburg) selber einstuft, warnte generell davor, die Möglichkeiten einer weiteren Leistungsverbesserung zu überschätzen. Fälschlicherweise gingen die Gewerkschaften davon aus, daß mehr Beschäftigte, die täglich nur noch sieben Stunden arbeiten, in dieser verkürzten Arbeitszeit tatsächlich konzentrierter und damit effektiver arbeiten würden. Denn bei dieser Überlegung sei nicht berücksichtigt, daß die Reserven für eine größere Ergiebigkeit sich schon verkleinert habe, weil weniger qualifizierte Kräfte entlassen worden seien und sich dadurch bereits eine größere Effektivität pro Arbeitsstunde ergeben habe. Eine Lohnkostensenkung müsse, wenn überhaupt, mit einer Arbeitszeitverkürzung einhergehen, erklärte Gutowski.

Da er diese Vorstellung aber nicht für realistisch hält, lehnt der „Erzliberale“ die Arbeitszeitverkürzung grundsätzlich ab. Wie Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff vertritt auch Gutowski die Auffassung, daß die Beschäftigungsprobleme sich vor allem über steigende Investitionen lösen läßt. Produktivitätsfortschritte sollten also zunächst den Unternehmen zugute kommen, um so Luft für Investitionen zu schaffen. Die Gegenposition erläuterte der Berliner Kollege von der Technischen Universität, Professor Jürgen Kromphardt. Er vertrat die These: Mehr Freizeit schafft höhere Bedürfnisse, also mehr Impulse für die Wirtschaft. Und: Die Verkürzung der Arbeitszeit werde einerseits durch die ohnehin erwirtschaftete Leistungsverbesserung von gut fünf Prozent und andererseits durch die effektivere Arbeit des Einzelnen ausgeglichen. Der Bericht von Professor Enil Maria Claassen, Paris, über die traurigen Erfahrungen Frankreichs mit der Arbeitszeitverkürzung, ließ die Überlegenheit Kromphardts allerdings nicht sehr überzeugend wirken.

Auch Koschnick auf hartem Sparkurs

Von WINFR. WESSENDORF

Der alte und neue Präsident des Bremer Senats, Bürgermeister Hans Koschnick (SPD), wird am 8. Dezember seine Regierungserklärung abgeben. Das Programm für die Legislaturperiode bis 1997 verspricht Brisanz. Das geht schon aus einem Papier Koschnicks hervor, das seine „Grundpositionen“ beschreibt. Es wird erwartet, daß die Warnungen des Regierungschefs vor „schmerzlichen Konsequenzen“ noch ausgeprägter als bislang in die Regierungserklärung einfließen werden.

„Unsere Glaubwürdigkeit hängt davon ab, daß jetzt nicht auf einem Wahlpolster ausgerollt, sondern energisch und gemeinsam angepackt wird, was es an Schwierigkeiten zu bewältigen gilt“, schreibt Koschnick an die Genossen. Allerdings liegt er damit nicht auf einer Linie mit der SPD-Fraktion und allen Senatsmitgliedern. Seit der Bürgerschaftswahl am 25. September ist Bremen das Bundesland mit der stärksten SPD-Mehrheit. Die Sozialdemokraten an der Weser vereinigen 51,3 Prozent der Wählerstimmen auf sich.

Die Politik der nächsten Legislaturperiode müsse sich wegen der weiter zuspitzenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt voll auf die Lösung wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Aufgaben konzentrieren, heißt es weiter in dem Papier. Der Präsident: „Dies wird angesichts der schwierigen Finanzlage zwangsläufig einschneidende Konsequenzen für viele, ja nahezu alle anderen Bereiche haben.“ Für den künftigen Senat folge daraus, daß er stärker denn je zuvor zum Handeln als politisches Kollegialorgan verpflichtet sein werde; spezifische Ressortinteressen müßten zurückgesteckt werden gegenüber gemeinsamer politischer Verantwortung. Koschnick hat nach der Landesverfassung keine Richtlinienkompetenz, sondern muß als „Primus inter pares“ regieren.

Die Sozialdemokraten (Regierung und Fraktion) gehen davon aus, daß ihnen in der nächsten Legislaturperiode pro Jahr rund 250 Millionen Mark in der Staatskasse in dem 4,2-Milliarden-Mark-Haushalt fehlen. Die Landesregierung muß sich deshalb bis zum März 1989 – dann wird der Haushalt beraten – Gedanken machen, wie sie diese riesige Summe einsparen will. Koschnick: „1984/85 werden wir deshalb also auch auf einmalig wirkende Sondermaßnahmen zurückgreifen müssen.“

Einen absoluten Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst hat der Senat der abgelaufenen Legislaturperiode schon verfügt. Weitere einschneidende Maßnahmen, wie die Erhöhung von Steuern, Gebüh-

ren und Tarifen stehen den Bremern noch ins Haus. Der Landeschef: „Im Personalbereich wird ein Einstellungsstopp zumindest so lange erforderlich sein, bis konkrete Einsparungskonzepte der Ressorts vorliegen.“ Damit verbunden ist auch ein Beförderungstopp. So soll ein Finanzloch von 30 Millionen DM im Etat '89 noch geschlossen werden. Das Land Bremen beschäftigt fast 40 000 Bedienstete, der Anteil der Personalkosten am Etat beträgt 40 Prozent, das sind 1,73 Milliarden DM.

„Diese Entwicklung führt in eine Katastrophe“, bewertet der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates Gerhard Tilsner den beschlossenen Einstellungsstopp. Die Vertretung der Beamten, Arbeiter und Angestellten im bremischen Staatsdienst befürchtet durch den Stopp eine Verschlechterung des Dienstleistungsangebotes und künftig „unzumutbare Arbeitsbedingungen“.

Laut Koschnick steht auch die Anhebung der Mietobergrenzen an. „Auf eine Anhebung kann nur dann verzichtet werden“, meint der

54-jährige SPD-Politiker, „wenn wir die Neubauprogramme der nächsten Jahre im sozialen Wohnungsbau entsprechend reduzieren“. Im sogenannten Bremen-Plan 1984 bis 1987 der SPD, der auf dem Landesparteitag im Mai vorgelegt wurde und stets eine wesentliche Grundlage der Regierungserklärung bildete, hieß es noch: „Viele Bürger lesen mit Sorge, wie die Mieten überall in der Bundesrepublik steigen, nachdem das Wahlkampfgetöse der CDU um die angebliche Mietendeckelungen ist.“

Politischen Sprengstoff birgt auch eine anstehende Gerichtsentscheidung im Gesundheitswesen, die bundesweit von Bedeutung sein wird. Die Krankenkassen bezahlen seit 1980 nicht mehr die festgesetzten Pflegesätze für kommunale Kliniken in der Hansestadt, weil sie ihnen überhöht erscheinen. Bezahlt werden als Abschlagszahlung von den Krankenkassen nur 298 Mark täglich. Die Differenz beträgt somit pro Tag und Bett 74 Mark. Das gesamte Pflegesatzrisiko beläuft sich Ende dieses Jahres auf weit über 200 Millionen Mark, die der Haushalt möglicherweise verkraften muß.

Die Gutachten zur Vorbereitung der Gerichtsentscheidung lassen indes auf sich warten. Die Gesundheitsministerin der CDU, Marianne Hänecke: „Eine Verzögerung dieser Feststellung bedeutet ein ständig steigendes Risiko für den bremischen Haushalt.“

Koschnick weist auch darauf hin, daß die in der vorjährigen Finanzplanung ausgewiesenen Deckungsschließen sich in der Legislaturperiode auf rund 850 Millionen Mark belaufen. Die entscheidenden Unsicherheiten im Vollzug des Haushalts lägen bei den Ausgaben der Sozialhilfe und bei den Einnahmen aus Steuern und des Landesfinanzausgleichs. SPD-Fraktionschef Klaus Wedemeyer hat bereits angekündigt: „Beim Sparen sind die Sozialhilfe, der öffentliche Wohnungsbau und öffentliche Dienstleistungen tabu.“

HAUT NAT

Das neue vital

Das neue vital ist die erste Zeitschrift, die sich auf einen neuen Frauentyp eingestellt hat. Auf Frauen, die Freude und Genuß an aktivem, bewußtem, gesunden Leben haben. Auf Frauen, die allen Produkten gegenüber aufgedachten sind, die ihrem Lebensgefühl entsprechen. Denn vital hat das gleiche Produktversprechen, wie viele Marken des Marktes Körperpflege und Kosmetik: vital zeigt immer wieder kurzweilig, wie erfolgreich körperliche Fitness sein kann und welche Rolle Frische und Gelächertun dabei spielen. Körperpflege- und Kosmetik-Kampagnen kommen so hautnah an ihre Zielgruppe!



vital. Die hautnahe Verpackung für Ihre Produkte.

SED verschließt sich der Tudeh

Von WERNER KAHL

Ost-Berlin versichert geflüchteten iranischen Genossen unverbrüchliche sozialistische Solidarität. Für ein Dach über dem Kopf und das tägliche Brot soll jedoch das kapitalistische Bonn aufkommen. Wie bekannt wird, sperrt sich die SED-Führung in Absprache mit dem Krenl gegen die Massenflucht von Mitgliedern der kommunistischen Tudeh-Partei aus Iran in die DDR.

An einem geheimgehaltenen Treffpunkt beratscheln deshalb im November auf Anweisung der SED führende Funktionäre der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) mit Vertretern des ratlosen Tudeh-Auslandskomitees über Unterbringungsmöglichkeiten der Flüchtlinge im Westen. Karl Heinz Schröder, Mitglied des DKP-Präsidiums und des Sekretariats des Parteivorstandes in Düsseldorf, wird in einem Bericht des Parteiorgans "Kommunist" (UZ), mit den Worten zitiert, daß "von der Bundesregierung zu fordern sei, daß den Vertriebenen aus Iran unverzüglich Asyl in der Bundesrepublik gewährt wird". Die Tudeh-Partei hat nach inoffiziellen Angaben etwa 10 000 Mitglieder.

Daß die „DDR“-Einheitspartei flüchtenden Mitgliedern der verbotenen Tudeh-Partei jetzt der westlichen Fürsorge empfiehlt und die Genossen in zwei Klassen teilt (wobei nur Spitzenfunktionäre Gastrecht an Speise und Fleische erhalten) hat offenkundig vor allem zwei Gründe:

1. Ost-Berlin will Auseinandersetzungen innerhalb der Tudeh-Partei in Mitteleuropa aus dem Weg gehen; unerhörbar waren in letzter Zeit kritische Stimmen gegenüber der an DKP-Bürgigkeit erinnernden Abhängigkeit von Moskau.

2. Die moderaten Reaktionen des Kreml auf die Verfolgung der Tudeh-Mitglieder und die Ausweisung

Charta 77 will frei über Frieden reden

Protest gegen Verfolgung / CSSR uneinig über Auswirkungen in der Raketenfrage

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Innerhalb der tschechoslowakischen KP-Führung gibt es oftentückliche Meinungsverschiedenheiten über die Auswirkungen der Raketenfrage. Das zeigte sich in diesen Tagen durch widersprüchliche Stellungnahmen hoher CSSR-Funktionäre. Nach relativ massvollen und offenbar auf eine Beruhigung der Gemüter zielenden Erklärungen von Ministerpräsident Lubomir Strougal und Außenminister Bohuslav Choupeck folgte eine ungewöhnlich scharfe Rede von Politbüro-Mitglied Vasil Bilak. Bilak – der als einer der Exponenten des harten, dogmatischen Flügels in Prag gilt, beschuldigte die USA und die NATO, einen atomaren Angriffsschlag gegen die sozialistischen Länder vorzubereiten.

Inzwischen hat die tschechoslowakische Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“ die Prager Regierung aufgefordert, eine freie und offene Diskussion über den Frieden sowohl innerhalb der Tschechoslowakei als auch zwischen der tschechischen Bevölkerung und den westlichen Frie-

von 18 sowjetischen Diplomaten aus Teheran kennzeichnen nach Ansicht politischer Beobachter das Interesse der Sowjetunion an dem Nachbarn Iran, zu dem die politischen Beziehungen keinesfalls abgebrochen werden sollen.

Von 1953 bis zum Sturz des Schah im Jahre 1978 war Leipzig Mittelpunkt im Exil lebender Tudeh-Funktionäre. Tudeh-Anhänger hielten sich aber auch in der Bundesrepublik und in Frankreich auf. Die DDR gewährte den Genossen Aufenthalt gemäß einer mit Moskau vereinbarten Asyl- und Ausbilderungsregelung für die Ostblock-Länder und stellte sie in Teheran in den Dienst der Untergrundkämpfe gegen die Herrschaft des Schah. Bis zu dessen Sturz befanden sich etwa 400 Kader im Ostblock. Der damalige Generalsekretär Kianuri lebte ebenfalls in der „DDR“. Von ihm sagten SED-Funktionäre bewundernd, er spreche ebenso gut Sächsisch wie Arabisch.

Bei der Rückkehr nach Teheran nach 16 Jahren half Ost-Berlin organisatorisch, finanziert wurde auch der Unterhalt der Spitzen der Partei in Iran. Ansonsten legte das SED-Zentralkomitee jedoch stets Wert darauf, im Hintergrund zu bleiben.

Mit Genugtuung konnten Moskau und Ost-Berlin feststellen, daß die unter Khomeini in Iran wieder zugelassene Partei aus den anfänglichen etwa 100 Aktivisten rasch eine Partei mit 1000 Mitgliedern zu verzeichnen hatte. Die Partei wurde als Partei der Arbeiterpartei schuf, in den Parteihochschulen der „DDR“ und der Sowjetunion waren die Kader darauf vorbereitet worden, gleichsam wie ein Regierungspartner Iran mitzuverwalten. Gemäß den Moskauer Direktiven bemühten sich die Funktionäre, „Juniorpartner“ eines geplanten Bündnisses aller demokratischen Kräfte – vergleichbar etwa mit dem von der DKP angestrebten „Minimalkonsens“ in der Bundesrepublik – unter Führung der Khomeini-Bewegung zu werden. Folgerichtig stellte die Partei

die Unterstützung der Politik Khomeinis in den Vordergrund und verurteilte zugleich die Amerikaner.

Innerhalb der Partei kam es allerdings zu tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten. Die Parteiführung versuchte ihren Auftrag zu erfüllen, die iranische Revolution nicht zum Stillstand kommen zu lassen. Das führte schließlich zum Streit mit denjenigen Genossen, die sich gegen weitere Säuberungsprozesse aussprachen und mit den restlichen bürgerlichen Kräften eine Koalition anstrebten. Das Ziel der Tudeh-Partei war in der Perspektive die Etablierung einer – nach außen scheinbar nicht an einen Pakt gebundenen, gleichwohl am sowjetischen Kleiwaser schwimmenden – Volksdemokratie.

Zwischen den Mullahs und den Tudeh-Führern spitzten sich die Spannungen parallel zu den sich verschlechternden Beziehungen Teherans zum Krent so zu, daß Generalsekretär Kianuri und 30 seiner engsten Mitarbeiter am 6. Februar verhaftet wurden.

Im Fernsehen leuchte Kianuri ein vermutlich selbst für die mit den Praktiken von Schauprozessen vertrauten Kremlführer unerwartet enthüllendes Schuldbekenntnis ab. Die Tudeh-Partei habe im Auftrag Moskaus in Iran spioniert und im Offizierskorps ein Agentennetz aufgezogen. Diese systematische Konspiration erschien den Mullahs wie die langjährige Unterwanderung Afghanistans durch Kommunisten – als spätere „Pfadfinder“ der Roten Armee.

Mohsen Rezai, Befehlshaber der iranischen Revolutionswächter, erklärte daraufhin im Mai, das Regime habe keine Eile, die Tudeh-Führer hinzurichten, da diese „noch viel zu gestehen“ hätten. Mit einem Geständnis würden sie „gleichzeitig ihr Todesurteil unterschreiben“.

Vom dem Prozeß vor dem Militärgericht, der morgen beginnen soll, erwarten Diplomaten Anhaltspunkte für die weitere Politik Teherans.

Bundespräsident: Ein Verlust für Berlin, aber ein Gewinn für Deutschland

hrt Berlin
In einer Tischrede bei einem festlichen Abendessen in seinem Berliner Amtssitz, dem Hohenzollernschloß Bellevue, lobte Bundespräsident Karl Carstens jetzt seinen designierten Nachfolger, den Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker und ging zum erstenmal auf die Nachfolge-Diskussion ein. Er nannte von Weizsäcker „einen hervorragenden Mann“. Er könne und schätze seine Fähigkeiten zum „Jahrelanger vertrauensvoller Zusammenarbeit“.

Zwar räumte er ein, daß Weizsäcker Wegung den „Berlinern sehr

schwerfällt, aber er wird für Deutschland ein Gewinn sein". Carstens sprach nach Angaben von Teilnehmern dabei ausdrücklich nicht einschränkend von der Bundesrepublik. „In diesem Sinne bitte ich die Berliner, diesen Vorgang zu bedenken“, sagte er wörtlich. Im übrigen könne es ihm niemand verdenken, „wenn sich ein Bundespräsident für seinen Nachfolger interessiert“.

Zu dem Festessen, das zum erstenmal nicht in der Villa Hammer-schmidt stattfand, hatte das Bundes-präsidentialamt 80 Prominente aus Kunst, Kultur, Politik, Wirtschaft

und dem in Berlin akkreditierten Diplomatischen Corps geladen. Zu den Gästen zählten neben von Weizsäcker auch die Berliner Fraktionschefs und Prinz Louis Ferdinand.

In Berlin wird damit gerechnet, daß Carstens noch vor Ablauf seines Amtszeit - wie alle seine Bundespräsidenten-Vorgänger - mit der Ehrenbürger-Würde der Stadt ausgezeichnet wird. Auf dem CDU-Parteitag am Wochenende machte eine Delegation beim Regierenden Bürgermeister die „überfällige“ Entscheidung des Senats an, auch Carstens rechtzeitig mit dieser Auszeichnung zu bedenken.

Auszüge aus der Rede Richard von Weizsäckers auf dem Landesparteitag:

Unser Bundesvorsitzender, Helmut Kohl, hat mich in Übereinstimmung mit den Mitgliedern des Präsidiums, den Landesvorsitzenden unserer Partei sowie mit Zustimmung des Vorsitzenden der CSU zum Kandidaten der Union für das Amt des Bundespräsidenten nominiert. Nach gründlicher Beratung und Selbstprüfung habe ich mich entschlossen, die Nominierung anzunehmen... Lassen Sie mich Ihnen zu dieser ganzen Entwicklung in offener Weise meine Gedanken vortragen.

Der Weg nach Berlin war für mich eine große Herausforderung. Berlin ist nicht nur die Stadt meiner Jugendzeit. Hier konzentriert sich die nationale Aufgabe der Deutschen, mit der ich von der Bonner parlamentarischen Oppositionsbank aus schon zentral beschäftigt gewesen, aber doch mir recht theoretisch in Beziehung gekommen war. Hier wurde mir zum ersten Mal der Auftrag zuteil, in eigener Verantwortung Wahlkämpfe zu führen und die führende politische Verantwortung im Amt einer Landesregierung zu übernehmen.

Zur Größe der politischen Aufgabe kam etwas anderes, und vielleicht noch wichtigeres hinzu. Die Mitglieder in der Partei und Fraktion, die Kollegen und Mitarbeiter im Senat, vor allem aber auch viele mir namentlich gar nicht bekannte Berliner haben mich mit offenen Armen aufgenommen. Es kam weit über meine Erwartungen hinaus zu Unterstützung.

Bindungen und einer menschlichen Verwurzelung...

Hinzu kommt, etwas anderes. Die Klärung in Bonn erfordert ihre Zeit. Die Betroffenen wurden zum Schweigen verpflichtet. Die Medien aber nahmen sich der Sache an. Neben sachlichen Darstellungen und Bewertungen las man Gerüchte und auch einfach Fälschmeldungen, denen wir nicht in angemessener Weise entgegneten. In der Zone des Schweigens beherrschte aber auch das persönliche Gespräch dort, wo es stets durch Vertrauen und Offenheit gekennzeichnet war, nämlich im engeren Kollegenkreis. Damit ich ich andere belastet, und das schmerzt.

Enttäuschungen habe ich mit meiner Entscheidung ausgelöst. Das ist mir wohl bewußt. Getäuscht aber habe ich nicht. Dies hätte ein Bewußtsein und einen Willen bei mir erfordert, die es nie gab. Auch hierzu erlauben Sie mir ein offenes Wort. Im Wahlkampf 1981 habe ich erklärt, Berlin sei meine Lebensaufgabe, andere Aufgaben würden sich in meinem politischen Leben nicht mehr stellen. Dies entsprach genau meiner eigenen damaligen Überzeugung. Denn als ich 1978 nach Berlin kam und kurz darauf Karl Christe zum Landesparlamenten ernannt und damit gewählt wurde, da war für mich das Wahlergebn ein Zeichen, daß ich schon zweimal (1969 und 1974) in Berührung kam, nach menschlichem Ermessen erledigt, und ich hatte mich innerlich sehr von ihr gelöst.

Nicht diese Frage also, sondern ökonomische Spekulationen, ob ich in eine von der CDU geführte Bundesregierung als Minister eintreten wollte, hatte ich zu beantworten. Dies geschah eindeutig und negativ. Ich habe also aufrichtig und fest damit gerechnet, meine politische Laufbahn eines Tages in Berlin zu beenden, und zwar erst erheblich nach einem, wie ich hoffte, erfolgreichen Wahlkampf 1985.

Überraschenderweise kündigte dann Anfang dieses Jahres der Bundespräsident an, er werde für ein zweites Amtsjahr nicht mehr zur Verfügung stehen. Es war diese neue Lage, die mich und uns vor das Dilemma gestellt hat.

Mehr als einmal habe ich öffentlich erklärt, daß dies das einzige Amt im Staat ist, für das man sich nicht bezieht. Bei dem aber jeder, der vor die Frage seiner Nominierung gestellt wird, dies ernsthaft zu prüfen hat, und zwar auch dann, wenn er in seinem derzeitigen Amt vor einer Selbstverpflichtung steht.

Diese Prüfung habe ich vorgenommen vor meinem Gewissen und im Lichte der Verantwortung, die ich hier in Berlin übernommen habe. Man mag meine Entscheidung für falsch halten und sie kritisieren und von ihr enttäuscht sein. Es liegt mir ganz fern, mich dem zu entziehen. Wer aber Täuschung, Wortbruch oder Pflichtvergessenheit darin sieht, dessen Vorwürfe sind nicht wahr. Er überschreitet die Grenze legitimer Kritik.

**MIT EINER EUROCARD
BEKOMMT MAN SELBST
IM HOHEN NORDEN
KEINE KALTEN FÜSSE.**

Durch die Zusammenarbeit mit Amerika's MasterCard und Access, einer der englischen Top-Cards, bietet Ihnen EUROCARD weltweit 3,3 Millionen Vertragspartner. Eines der dichtesten Kreditkartennetze der Erde, das auch dort noch relativ engmaschig ist, wo die Besiedlung deutlich dünner wird: im Nordwesten Kanadas - um Beispiel

Wer zwischen Hudson Bay und Beaufort Sea die große Urlaubsfreiheit genießt, ist selbst in einsamen Morels, Restaurants und Tankstellen rund um den Great Bear Lake mit EUROCARD genauso willkommen wie hier bei uns, wo die nahezu 30000 deutschen EUROCARD-Vertragspartner wesentlich dichter zusammenliehen.

**Eine EUROCARD bekommen Sie über
Ihre Bank oder Sparkasse, deren Berater in
allen Fragen kompetente Gesprächspartner
sind. Oder über ein Postscheckamt.**



EUROCARD
EUROCARD DEUTSCHLAND

UNITE-P5474807
West Schaefer
5232 1600 0000 0000

1232 EURO D 00-00
KURT SCHNEIDER

KURT SCHERFER

**Ein Service der
deutschen Banken und Sparkassen**

Computer-Schmuggel nach Moskau?

Der schwedische Zoll prüft beschlagnahmte Container / Deutscher in der Affäre verwickelt?

R. GATERMANN, Stockholm
Der Deutsche Richard Müller (41) aus Jenseburg bei Hamburg steht offenbar hinter dem ominösen Computergeschäft mit einem oder zwei Ostblockländern, das die USA veranlaßt, mit Hilfe des deutschen und schwedischen Zolls in Hamburg und Helsingborg sieben Container von Bord des Frachters „Elgaren“ zu holen. In Washington vermutet man eine Schmuggelaffäre; man glaubt einem illegalen Export hochtechnologischer Datenverarbeitungsgüter in die Sowjetunion auf die Spur gekommen zu sein. Angeblich sollen sie dort für militärische Zwecke verwendet werden.

Handlanger Washingtons?

Es ist nicht auszuschließen, daß die Affäre die Regierung in Stockholm in eine außenpolitische Zwischmühle bringt. Kommt der schwedische Kriegsmaterial-Inspektor Carl Almgren zu der Auffassung, daß das „elektronische Gerät“ für die Rüstung gedacht ist, muß die Regierung den Weitertransport in den Osten verbieten. Sie wird dann sicherlich den Vorwurf zu hören bekommen, ein Handlanger Washingtons zu sein. Beurteilt der Inspektor den Container-Inhalt als nicht-militärisch, kann nichts die Lieferung verhindern. Die USA könnten dann mit restriktiveren Exportbestimmungen gegenüber Schweden reagieren, worunter sowohl dessen Militär als auch die Industrie zu leiden hätten.

Der Zoll und die Außenhandelsab-

teilung des Außenministeriums, die für die Affäre zuständig sind, haben bisher nur fragmentarische Informationen preisgegeben. Hinzu kommen etliche „private Aussagen“. Daraus ergibt sich folgendes Bild: Der Inhalt der vier in Helsingborg stehenden Container wurde ursprünglich von der amerikanischen Digital Equipment Company von Boston an das Elektronikunternehmen Optonix nach Südafrika geliefert und von dort nach Schweden an eine Stockholmer Firma verschifft. Daß der endgültige Bestimmungsort ein osteuropäisches Land sein könnte, hält Zollgeneraldirektor Björn Eriksson für „nicht unbegründet“. In der Presse werden die Sowjetunion und die Tschechoslowakei genannt.

Der Containerinhalt alleine – und darin scheinen sich die Experten einig zu sein – kann sowohl zivil als auch militärisch eingesetzt werden. Gemeinsam mit dem Hamburger Fund werde die Angelegenheit aber schon interessanter, meint Eriksson. In Malmö eingetroffene Kisten mit Computerausrüstungen brachten die Fahnder offenbar nicht viel weiter. Aufschlußreicher waren aber einige Sendungen, die per Eisenbahn und Flugzeug nach Stockholm gekommen sind. Es gibt Vermutungen, wonach sie die Software für die Computer enthalten.

Björn Eriksson betont, daß bisher niemand einer kriminellen Handlung verdächtigt werde, der Zoll arbeite lediglich an einer Materialaufstellung. Er räumt jedoch ein, daß man es mit einer etwas ungewöhnlichen

Fracht zu tun habe. So wurden Typenbezeichnungen oder andere gebräuchliche Identifizierungsmerkmale entfernt und Teile so verpackt, daß der Verdacht einer bewußten Irreführung nicht von der Hand zu weisen ist. Die Frachtpapiere stimmen zudem nicht in jedem Punkt mit den Lieferungen überein; schließlich hat der Stockholmer Adressat sämtlicher verdächtiger Sendungen bisher noch nichts von sich hören lassen oder Ansprüche geltend gemacht.

Müller hat viele Wohnsitze

Absender ist die Integrated Time AG mit Sitz in der Schweiz, die das umstrittene elektronische Gerät von der südafrikanischen Optonix gekauft hat. Die Time AG gehört wiederum der Firma Semitronic, die im schweizerischen Zug ansässig war, vor ein paar Tagen wurde jedoch ihr Namensschild abmontiert und das Telefonabonnament gekündigt.

Besitzer dieser drei Unternehmen ist Müller. Wohnsitze hat er viele. Nur anzutreffen ist Herr Müller, verheiratet, zwei Töchter, nirgendwo. Sein Stockholmer Rechtsanwalt „Ich weiß nicht, woher er angerufen hat.“ Die amerikanische Justiz interessiert sich besonders für Müller, denn sie hält seit 1976 einen Haftbefehl wegen des Verdachts bereit, hochtechnologisches Material geschmuggelt zu haben. In Washington ist man auch davon überzeugt, daß Müller KGB-Agent ist, mit der besonderen Aufgabe, Moskau begünstigtes Rüstungsmaterial zu beschaffen.

ger keine gute Figur. Ihr Beschluß, die streikenden Drucker auszusperren bis sie eine Garantie für künftiges Wohlverhalten abgaben, blieb nicht einmal 24 Stunden gültig.

Diese Uneinigkeit auf der Verlegerseite zeigt, warum die Druckergewerkschaft NGA in den letzten Jahren eine so starke Position in Fleet Street bekommen konnte. Wie selbstherrlich diese Druckergewerkschaft von dieser starken Position Gebrauch macht, wurde gestern offenbar, als die Massen-Zeitung „News of the World“ (Gesamtauflage 4,2 Millionen Exemplare) auf ihrer Meinungseite mit weißem Raum erscheinen mußte.

Auf diesem Platz sollte eigentlich ein Artikel ihres Kolonnenisten Woodrow Wyatt erscheinen, der sich kritisch mit den Gewerkschaften auseinandersetzt. Die NGA weigerte sich, diesen Beitrag zu drucken. Ein auf der gleichen Seite erscheinender Kommentar des Labour-Schatministers Kaufman, der Wohlwollen gegenüber den Gewerkschaften zeigte, durfte dagegen gedruckt werden.

Eine Meinungsumfrage der „Sunday Times“ ergab, daß die überwiegende Mehrheit der britischen Öffentlichkeit das Verhalten der Gewerkschaften in diesem Konflikt ablehnt. Danach stehen 51 Prozent der Befragten hinter dem bestreikten Drucker und 21 Prozent hinter der Gewerkschaft NGA. 65 Prozent lehnen darüber hinaus das Prinzip eines „Closed Shops“, also des Gewerkschaftsmitgliedszwangs, ab, während nur 22 Prozent es befürworten.

Illegale Belagerung

Die NGA belagerte daraufhin den Betrieb mit Streikposten, was nach den neuen Gewerkschaftsgesetzen der Regierung Thatcher illegal ist. Shah ging deshalb vor Gericht, das die Gewerkschaften zu einer Geldstrafe von insgesamt umgerechnet 600 000 Mark verurteilte. Die Gewerkschaft weigerte sich zu zahlen und dehnte statt dessen den Streik auf Fleet Street aus, wo am letzten Wochenende für zwei Tage alle Zeitungen stillgelegt wurden.

Bei der Eskalation dieses Streiks nach Fleet Street machten die Verle-

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Falsches „Feindbild“

Die Abkehr von Schmidt und die SPD: WELT vom 21. November

Sehr geehrte Redaktion,
Helmut Schmidt hat in den Tagen der Diskussion über die Nachrüstung gemeint, daß die SPD noch lange an diesen Tag zurückdenken wird. Sie wird voraussichtlich nicht nur an diesen Tag, sondern an dieses gesamte Jahr zurückdenken, denn es ist im Jahre 1983 etwas deutlich geworden, was für diese Partei charakteristisch ist, nämlich einmal die Tatsache, daß man in dieser Partei nicht mit den Finanzen, mit dem Geld umzugehen versteht. Die Folge ist unsere hohe Staatsverschuldung, die zum Kanzlerwechsel führte. – In der Nachrüstungsdebatte ist deutlich geworden, daß man in dieser Partei keine Vaterlandsliebe kennt, sondern bereit ist, das Vaterland für ein Linsen-gericht zu verkaufen, um dem Internationalismus zu dienen. Willy Brandt hat das deutlicher als je zuvor gezeigt – und man muß hohen Respekt vor Helmut Schmidt haben, der da nicht mehr mitmachte und eine eigene Position bezog, die glaubwürdig ist, weil sie aus der Kenntnis der Details getragen wird. – Ob diese Abkehr von Schmidt die SPD eint, wage ich zu bezweifeln. Auf die Dauer ist die SPD eine Partei, die sich immer wieder spalten wird, weil sie von ihrem Wesen her dazu neigt. Es werden immer wieder in ihr Leute zu sein, die Wohlstand wollen, weil hier die Gefolgschafts- und Beutepraxis in besonderer Weise betrieben wurde und wird. Diese Leute neigen dazu, sich den bürgerlichen Vorstellungen zuzuneigen. Beispiele dafür gibt es früher wie heute. Man denke heute an Jochen Steffen oder Wiedmann, die alle bei guter Pension ein auskömmliches bürgerliches Dasein führen. Im übrigen begreift man in der SPD nicht, daß Sozialismus nur auf den Fundamenten des Kapitalismus bestehen kann, daß die Arbeit nur etwas bedeuten kann, wenn sie den einen Partner hat, der bereit ist, mit allem Risiko etwas zu unternehmen und der Arbeiter nur etwas ist,

wenn er einen „Unternehmer“ zum Partner hat. Diese Erkenntnis kommt vielen Genossen erst, wenn sie selbst zu Wohlstand gekommen sind und damit was zu verlieren haben. – Es wird nicht in der SPD und auch in den nahestehenden Gewerkschaften erkannt, daß sie immer wieder ausgehebelt wird durch die ständig wachsende und von ihr hochgepeppte Bürokratie auf allen Stufen vor allem des Staates. So wird sich die SPD niemals auf lange Sicht einigen können. Sie wird immer uneins sein, weil sie ein völlig falsches „Feindbild“ hat, das sie in ihrer verhängnisvollen Ignoranz weiterhin vor sich herträgt wie einen Fetisch. Ihm folgen die Genossen in „Solidarität“, um aus verlebten wirklichkeitsfremden Ideologien immer wieder Programme zu machen, die wirklichkeitsnahe Menschen ablehnen müssen.

Mit freundlichem Gruß
Dr. H. Steincke,
Michelbach/Bitz

Unabhängig

„Das Geschick“: WELT vom 25. November

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,
sehr geehrter Herr Dr. Kremp,
die Schlussfrage der SPD-Wende kann jetzt nur noch lauten: Wozu brauchen wir eigentlich die NATO? Dies ist bedrückend. Nur – was hat diese Behirische Drehung mit der Zugehörigkeit von Abgeordneten zum öffentlichen Dienst zu tun? Wer ist eigentlich unabhängiger als ein dem Parlament angehörender und in den einseitigen Ruhestand versetzter Beamter? Wird er nicht wiedergewählt, so steht ihm die Rückkehr in seine ehemalige Amtstellung offen. Diese Sicherheit mag ihn bevorzugen – sie stärkt aber gerade seine politische Unabhängigkeit. Sind Funktionäre und sonstige Lobbyisten wohl genauso unabhängig?

Mit freundlichem Gruß
Erwin Marschewski, MdB
Bonn 1

Auf Finger klopfen

„Angst und Hoffnung“: WELT vom 23. November

Sehr geehrte Herren,
wie wahr, was Herbert Kremp schreibt!

Wenn die Tagesschau-Redakteure, doch wie man meinen sollte verantwortungsvolle Fernseh-Leute, sich vor der Tagesschau die Frage gestellt hätten, wenn sie damit dienen würden, eine Kolonne amerikanischer Trucks nachts auf dem Wege zum Stützpunkt Mutlangen zu zeigen, hätten sie sich objektiv die Antwort geben müssen: Mit Sicherheit nicht den Ängstlichen, noch den Hoffungsvollen!

Wenn aber dann? Meines Erachtens nur einer Minderheit, bestimmt jedoch den Radikalen! Man könnte manchmal verzweifeln, mit welchem Fingerspitzen-Gefühl Verantwortliche unserer öffentlich-rechtlichen Anstalten ihr Handwerk betreiben. Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, schon einmal im Deutschen Fernsehen gesehen zu haben, welche Waffen wann und wo und wie gelagert werden. Wenn es Nachlässigkeit war, sei ihnen verziehen, sollte es jedoch Böswilligkeit gewesen sein, sollte man ihnen „auf die Finger klopfen“!

Hellmuth Fehling,
Hamburg 52

2 mal 2 ist vier!

Sehr geehrte Herren,
die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist nicht finanzierbar, sagen alle Besonnenen. Gewerkschaftsführer haben ein „unverfängliches“ Gegenargument: sie „erinnern sich nicht, daß jemals eine Tarifhöhung finanzierbar war“. Doch eben diese unfinanzierbaren Erhöhungen wurden immer wieder durchgesetzt und führten zu Inflation und Arbeitslosigkeit. – Heißt man Krankheiten durch Erneuerung und Vermehrung ihrer Ursachen? Ich halte es mit Peter Gillies (WELT vom 25. November): „Wirtschaftspolitik heißt leider

Gottes auch, jeden Tag aufs neue offensiv zu erneuern, daß zweimal zwei nicht mehr als vier ist, daß Wasser nicht bergauf fließt und daß Pharo seinem Joseph glauben muß, wenn dieser ihm rät, die sieben fetten Kühe nicht fressen zu lassen.“

Mit freundlichen Grüßen

Pfr. F. J. Kieder,
Frankfurt 78

Nur Verbalinjurien?

„Goethe-Institut“: Bonn bemut „Fame“: WELT vom 22. November

Wenn das Auswärtige Amt hervorhebt, bei 2300 Wortveranstaltungen der Goethe-Institute wären nur drei Entgleisungen festgestellt worden – dabei wäre es zu Verbalbeleidigungen gekommen – so steht damit sicher noch nicht fest, daß die übrigen Veranstaltungen von unserer Bundesrepublik ein einigermaßen wirklichkeitsnahes Bild vermittelt haben. Oder liegen Entgleisungen nur vor, wenn es zu Verbalinjurien kommt, weil der Inhalt der Veranstaltungen gar keine Rolle mehr spielt?

Helmut-Dietrich Ortloff,
Hamburg 52

Wort des Tages

„Die Vermeidung unnötiger Lärms und unnötiger Schwierigkeiten im Verkehr ist offenbar nicht nur eine Frage der Technik, sondern der inneren Haltung des Menschen.“
Zur Liebe zum Nächsten sind wir nicht nur gefordert, wenn wir einmal für eine Sammlung etwas geben, sondern auch im Straßenverkehr.“

Hermann Ehlers, dt. Politiker
(1904-1984)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntypisch zu kürzen. Je kürzer die Zeile, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

GEBURTSTAGE

Rechtsanwalt Dr. Herbert Kessler, in Mannheim geboren und auch dort heute ansässig, feiert am 8. Dezember seinen 65. Geburtstag. Der Jurist ist Träger der Schiller-Plakette der Stadt Mannheim. Herbert Kessler ist mit fast 20 Werken als philosophischer Schriftsteller bekannt geworden und hat sich auch als Romancier einen Namen gemacht. In diesem Jahr erschien von ihm das philosophische Werk „Bauformen der Esoterik“, ein Grundlagenwerk, das auf Verinnerlichung zielt und die analytischen Möglichkeiten der Existenzforschung erarbeitet. Fast zum gleichen Zeitpunkt veröffentlichte er den Kriminal- und Zeitroman „Tödliche Anstöße“, in dem erstmals die Studentenrevolution bis zur Ermordung des früheren Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer literarisch behandelt werden. Dr. Kessler ist auch Herausgeber und Schriftleiter von zwei akademischen Verbandszeitschriften und seit 1950 mit dem „Convent Deutscher Akademikerverbände“, CDA, dessen Beirat er noch heute angehört, eng verbunden. 20 Jahre war er im CDA-Mitglied

Personalien

des Vorstandes, vier Jahre Vorsitzender. Große Bedeutung erlangte die von ihm 1962 gegründete Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Bildung, die er jetzt mehr als 23 Jahre als Vorstandsvorsitzender leitet. Der aus dieser Institution hervorgegangene Sokratische Gesell-

schaft e. V. gehörte als zweiter Vorsitzender an.

Der frühere Generalstaatsanwalt Erich Helmeshoff, ehemaliger langjähriger Präsident des Verbandes der Heimkehrer Deutschlands und Vizepräsident der Internationalen Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, feiert am 7. Dezember seinen 75. Geburtstag. Der Jurist ging, nachdem er 1950 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft kam, zur Justiz zurück und wurde 1956 in das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen berufen. 1964 wurde er Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Hamm und blieb es bis 1974. Präsident des Verbandes der Heimkehrer war er von 1960 bis 1978, heute ist er Ehrenpräsident. Zu den vielen Schwerpunkten seiner Tätigkeit im Verband gehörten sein Einsatz für die Freilassung deutscher Kriegsgefangener und sein Bemühen um die Eingliederung der Heimkehrer in Staat und Gesellschaft.

Der Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kaufmann Wolfgang Kraus, früherer Präsident der Wirtschaftsprüferkammer Düsseldorf, wird am 7. Dezember 70 Jahre alt. Wolfgang Kraus, der seit 1971 dem Vorstand der Wirtschaftsprüferkammer angehört, hatte dort von 1975 bis 1978 das Amt des Präsidenten übernommen. Anschließend bis 1981 hatte er den Vorsitz im Beirat der Kammer.



Kunst und Mode unter einem Dach bei Walter und Anna May in ihrem Kölner Kunst- und Einrichtungshaus. Zwischen Antiquitäten führten Corinna (links) und Patrizia Wiedemeyer vor allem Moden vor. Gäste waren auch die Botschafterinnen Molly Taylor (England) und Magda Nowikow (Soudi-Arabien). FOTO: K&L

REGIERUNG UNTER

DRUCK



Ein der Bestechlichkeit angeklagter Wirtschaftsminister, eine angeschlagene FDP, ein hilfloser Kanzler – Blößen der Regierung, die Franz Josef Strauß zielstrebig ausnützt, bis nichts mehr geht ohne ihn.

In dieser Woche im SPIEGEL

Montag, 5. Dezember 1983 - Nr. 283 - DIE WELT



Katja Milenkovic (Claudia Auger) wird die Titelfigur der Sappho-Inszenierung. Sie sitzt in der Arbeit. FOTO: TELEBUN

„Die Welt der Vicki Baum“ – Reihe der ARD Lieblingwunsch: Tänzerin

Ich bin eine erstklassige Schriftstellerin zweiter Güte, hat sie einmal von sich behauptet: Vicki Baum, 1888 in Wien geboren und 1980 in Hollywood als weltberühmte Verfasserin von Unterhaltungsromanen gestorben. Diese trockene Selbstbeschreibung erklärt sich auch aus ihrer Biographie: Vicki Baums ursprünglicher Lebensentwurf zielte keineswegs in Richtung Literatur, die Musik war's, die sie gefangen nahm. Noch in den Jahren, da sie sich bereits einen Namen erschrieben hat, versteht sie sich

als Musikerin. Und auch in ihrer Autobiographie „Es war alles ganz anders...“ nimmt das Schreiben als Vorgang nur einen geringen Teil ein, den weit größeren Raum widmet sie der Musik.

Es wurmt mich, daß ich nicht Tänzerin geworden bin, hat sie später einmal geantwortet, als sie in einer Umfrage angegeben sollte, welche Ambitionen in ihrem Leben unerfüllt geblieben seien. Und da sie recht früh in diesem Milieu eingetaucht war – vor dem Ballettunterricht allerdings lag ein intensives Harterstudium – kommt es nicht von ungefähr, daß die Welt des Tanzes und der Tänzer sich wie ein roter Faden durch das literarische Schaffen Vicki Baums zieht. Von „Die Tränen der Ins Rafter“ (1921) über „Tanzpause“ (1925) und „Marion“ (1942) bis hin zu den „Goldenen Schuhen“ (1958). Auch in ihrem sensationserfolg „Menschen im Hotel“ (1929) steht im Mittelpunkt eine alternde Primaballerina, die

KRITIK Viel mehr ist nicht zu erwarten

Der Schauspieler und TV-Moderner Ernst Stankowski sagte einmal, Showbusiness sei nur mit drei Dingen menschlich zu ertragen: mit Dummheit, Demut oder Zynismus. Der Schauspieler und TV-Spielmacher Joachim Fuchsberger, dem alle drei Möglichkeiten nicht fremd sind, setzt eine neue hinzu: Qualität. Er holt sich Szenen aus „Cats“, die in Wien am Theater an der Wien zur Zeit Furore machen, läßt das „Rondo Veneziano“ auftreten, spricht mit anscheinlichen Leuten, mit der lieben Lil-li Palmer, mit dem Cats-Initiator, dem Wiener Intendanten Peter Weck. Es ist nicht alles Gold, was der Grauschimmel (Fuchsberger über Fuchsberger und Weck) aus seinem Claim holt, aber, mit Verlaub, wo gibt es noch Unterhalter? Selbst der Dau-

STUDIO

Der Haushaltsplan des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) für 1984 ist vom Fernsehrat einstimmig genehmigt worden. Derzeit in Mainz verabschiedete Etat sieht Ausgaben von rund 1,34 Milliarden Mark vor und weist rund 1,4 Milliarden Mark Erträge aus Gebühren und Werbung aus. Das Aufsichtsgremium unter Vorsitz des Mainzer Oberbürgermeisters Jockel Fuchs gab Intendant Prof. Dieter Stolte gleichzeitig grünes Licht für den Antrag an die Ministerpräsidenten der Länder und die Deutsche Bundespost, dem ZDF für die Übertragung seiner Programmbeiträge (ZDF 2) in die künftigen Kabelversorgungsgebiete einen Kanal auf dem Fernmeldesatelliten (ECS) zur Verfügung zu stellen. Mit den verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten für das ZDF im Satellitenbereich will sich der Fernsehrat während seiner nächsten Sitzung am 2. März befassen.

Die Kosten für die Beteiligung des ZDF an den beiden ersten Kabelprojekten 1984 in Ludwigshafen und in München ist im Haushalt mit insgesamt 23 Millionen Mark veranschlagt. Auf der Einnahmeseite schlagen die am 1. Januar 1984 um durchschnittlich 8,6 Prozent angehobenen Preise des Werbefernsehens mit einem Anstieg um 39 Millionen auf 523 Millionen Mark zu Buche. Da das ZDF im kommenden Jahr voll in den Genuß der Gebührenerhöhung kommt, können 80 Millionen Mark an Rücklagen vorgesehen werden. Sie sollen die für den zweiten Teil der Gebührenperiode bis 1986 zu erwartenden Kostensteigerungen und Fehlbeträge ausgleichen. Finanziert werden das ZDF 1984 insgesamt 254 171 Sendeminuten, das sind durchschnittlich elftehalb Stunden täglich.

Einen „massiven Kommerz-Einbruch in das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem“ hat die bayerische SPD im Zusammenhang mit der ARD-Märchenshow „Wunderland“ vom ersten Advent scharf kritisiert. Erstmals in der ARD-Geschichte sei eine Sendung zur Hälfte indirekt – auf dem Weg über einen Musik-Manager – von einem Kaufhauskonzern (Hertie) finanziert und damit „natürlich auch inhaltlich bestimmt“ worden, kritisierte der mediopolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Böddrich, im Pressedienst seiner Partei. Er sprach von einer kaschierten Ausbeutung des öffentlich-rechtlichen Systems.

Den öffentlich-rechtlichen Anstalten sollte es nach Einschätzung des Rundfunkrats mitglied beim Bayerischen Rundfunk (BR) jedoch nicht grundsätzlich unterzogen werden, sich neue Finanzquellen zu erschließen. „Wir brauchen ein finanziell starkes, zum herabziehenden Privat-TV konkurrenzfähiges System.“ (dpa)

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sessamstraße 10.00 heute 10.05 Der Mann von Sorex 11.25 Umschau	11.55 Die schönsten Lieder der Welt 12.05 Proselesch 13.00 heute
14.30 Tagesschau 14.35 Die lustige Mutter Preisgekröntes Emporenstück über eine Mutter-Sohn-Beziehung von Joop Admiraal	15.05 ZDF – Ihr Programm 15.10 Bild(er) der Chemie 15.40 Spacelab aktuell Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl sprechen mit den Astronauten Ansch. heute-Schlagzeilen 16.35 Ein Affe im Haus Ohne Alice geht es nicht 17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Tele-Interviews Zu Gast: Mr. Acker Bilk und Trio 17.50 Die Straßen von San Francisco Jimmys Beweise Dazu: heute-Schlagzeilen 19.00 heute 19.30 No, sowas! Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk Zu Gast: Reinhold May, Marius Müller-Westernhagen, Tina Turner u. a.
20.00 Tagesschau 20.15 Die Welt der Vicki Baum Die Goldenen Schuhe (1) Stellige Fernsehserie von Helmut Pigge nach dem Roman von Vicki Baum Mit Claudia Auger, Lucie Schurkova u. a. Regie: Dietrich Haugk	21.15 Europa im Vergleich Nationale Interessen contra EG 21.45 Bitte einbitten Michael Douglas, der Sohn des Hollywood-Seniors Kirk Douglas, macht in jüngster Zeit wieder viel von sich reden: als Produzent und Schauspieler / Lorient, gerade 60 Jahre alt geworden, benutzt „Bitte einbitten“ zur Geburtsnachtsfeier und holt zudem eine Festsche auf das Fernsehen / Willy Bogner, Skifispezialist, liefert für zwei James-Bond-Filme außergewöhnliche Szenen ab / Der „Krieg der Sterne“ kommt ein drittes Mal in die Kinos / Der Deutsch-Argentinier Hans Hopfer ist für den Einrichtungsmagazin „Schöner wohnen“ der erfolgreichste deutsche Möbeldesigner.
22.30 Tagesschau 22.50 Das Nacht-Studio Spätherbst Japanischer Spielfilm, 1940 Regie: Yasujiro Ozu 01.00 Tagesschau	22.55 Das Nacht-Studio Spätherbst Japanischer Spielfilm, 1940 Regie: Yasujiro Ozu 01.00 Tagesschau



Weickert (Wolfgang Kelling) erstattet bei der Polizei (Michael Weickert) Selbstzeugnisse wegen unterlassener Hilfeleistung – „Strafungs- zeige gegen Unbeteiligten“, ZDF, 21.20 Uhr
FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST 18.00 Telekolleg Chemie (6) 18.20 Sessamstraße 19.00 Aktuelle Stunde 20.00 Tagesschau 20.15 Auslandsschau Treffpunkt: Straßburg 21.45 Landesspiegel Portrait: Klaus Matthiesen Der neue Landwirtschafts-Minister von Nordrhein-Westfalen 22.15 Sport-Plus Ando 77 – ein türkischer Fußballclub in Gelsenkirchen 23.00 Wie was die Nachbarn sehen Die deutsche Friedensbewegung aus österreichischer Sicht 24.00 Letzte Nachrichten	NORD 18.00 Sessamstraße 19.00 Nach dem Schillerberg (4) 19.00 Filmfestival 19.15 Naturwissenschaftliches Feature Der Mensch – das Maß aller Dinge? 20.00 Tagesschau 20.15 Berliner Fenster 21.00 Für Leser und Liebhaber 21.15 Leske 22.00 heute 22.25 Letzte Nachrichten	HESSEN 18.00 Sessamstraße 18.30 Sport im Dritten mit Bild Klimatexte 19.00 Das internationale TV-Kochbuch (Tafelberg) 19.15 Situationskomik 20.00 Tagesschau 20.15 Horstmann 21.00 Der aktuelle 21.15 Tank Force Police Irgendwas Plötz 22.00 Bicher-Report 22.25 Thema offen	SÜDWEST 18.00 Sessamstraße 18.30 Sport im Dritten mit Bild Klimatexte 19.00 Das internationale TV-Kochbuch (Tafelberg) 19.15 Situationskomik 20.00 Tagesschau 20.15 Horstmann 21.00 Der aktuelle 21.15 Tank Force Police Irgendwas Plötz 22.00 Bicher-Report 22.25 Thema offen	BAYERN 18.15 Da schau her! 18.45 Rundschau 19.00 Der letzte Schneiderstein 19.10 Die letzten Vogelschauer Dr. Spielmann, 1940 20.45 Rundschau 21.00 Blickpunkt Sport 22.00 E. H. 22.05 Auszeichnung und Lehre 22.50 Mord mit der linken Hand Amerik. Kriminalfilm 00.05 Rundschau
--	--	--	---	---

Mein lieber Mann, mein lieber Vater

Horst Mittag

wurde am 30. November 1983 im 55. Lebensjahr von einer langen, schweren Krankheit erlöst.

In tiefer Trauer
Hildegard Mittag geb. Hagensieker
und Susette

2000 Hamburg 63
Hollbek 12

Die Beisetzung findet im engsten Kreise und in aller Stille statt.

Es macht Spaß zu helfen...

Frau Brigitte B., 46, Hausfrau, schrieb kürzlich: „Seit einem halben Jahr ist auch unsere Jüngste aus dem Haus. Es war plötzlich so leer... Ich hatte soviel Zeit. Das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, bedrängte mich immer mehr... Aber dann, beinahe zufällig, erzählte mir eine Bekannte von ihrer Tätigkeit im Altenclub. Sie sei dort „ehrenamtlich“ stundenweise an einigen Wochentagen oder am Wochenende. Und bald darauf arbeitete ich auch „ehrenamtlich“ in einer Begegnungsstätte mit. Aber von wegen Ehre! Doch ich merkte, die älteren Menschen brauchen mich. Übrigens: Ich profitiere auch davon. Es ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Aber vor allem: es macht auch Spaß zu helfen.“

Übrigens: Wenn Sie uns schreiben, helfen wir Ihnen gerne, erste Kontakte zu finden.

Deutscher Evangelischer Verband für Altenhilfe
im Diakonischen Werk der EKD
Postfach 476, 7000 Stuttgart 1.

Das neue SkiMagazin ist da: viel Service und noch mehr Information - damit Ihr Ski-Winter Spitze wird.

Joseph Stiller
Dezember Heft
57 Norway-Ski im Langlaufrennen

Wichtige Tipps für den Ski-Stiefel-Kauf... So sollte die perfekte Ski-Ausstattung aussehen... Sieben ausgesuchte Skigebiete und ihre Spezialitäten... Acht Seiten Geschenkideen für Skifahrer... Neue Stretching-Übungen gegen den Muskelkater... Alle Rollergelände auf einen Blick.

IM TEST
Die neuen Langlauf-Ski
OLYMPIA 84
Was Sarajevo seinen Gästen bietet
Wie Sie durch Stretching locker werden

Geschenke rund um den Wintersport

Holen Sie sich jetzt das neue SkiMagazin bei Ihrem Zeitschriften-Handler für DM 5,-

PREISRÄTSEL
Wer wird Schneekönig
10000 DM zu gewinnen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden
Redaktion: Axel Springer, Matthias Walden
Chefredakteur: Axel Springer, Matthias Walden
Verleger: Axel Springer, Matthias Walden
Vertrieb: Axel Springer, Matthias Walden

Export in Europa
1. Test tubes, Microscope slides, Disposable polystyrene transparent flat bottom blood collecting tubes, Sterilized petri dishes, Sterile plastic containers for culture

2. Teppiche, Gardinenstoffe, Bettdecken u. Kopfkissen in Weiß, Fa. Zaki, Tel. 0 39 / 3 32 65 84, Fax 1 83 555 Fax 1 Berlin 20, Berlin 20

VORGEFERTIGTER INDUSTRIEBAU
mit Dach, Glas, Türen und Kran
CHRISTMANN & PFEIFFER
3065 Breidenbach-Wiesbaden
Postfach 40

Vertriebsstellen: 1800 Bonn 2, Godesberger Allee 88, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 88 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 80 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 28 51 29 21/22, Telex 1 84 611
3000 Hamburg 20, Kalten-Wilhelm-Strasse 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb: (0 40) 34 71 21/22, Telex 1 84 611, Fax: (0 40) 34 71 21/22, Telex 1 84 611
6000 Frankfurt 1, Lange Laube 2, Tel. (0 69) 1 11 11, Telex 9 22 919, Fax: (0 69) 1 11 11 48 22 91
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (0 21 1) 37 30 43/44, Telex: (0 21 1) 37 30 41, Telex 8 297 785
6000 Frankfurt (Main), Wassermühlstr. 8, Tel. (0 69) 1 71 71 11, Telex: 4 12 448, Anzeigen: (0 69) 1 71 71 11 - 12, Telex: 4 12 448
7000 Stuttgart, Gutenbergplatz 20a, Tel. (0 71 41) 1 11 11, Telex: (0 71 41) 1 11 11 11
8000 München 40, Schellingstraße 28-42, Tel. (0 89) 3 13 13 01, Telex: (0 89) 3 13 13 01/30, Telex 3 13 13 01
Montagsausgabe bei Bestellung durch die Post oder durch Träger DM 2,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnenten DM 5,- einschließlich Porto. Der Preis des Leserservice-Angebots wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im Voraus zahlbar.
Bei Wettbewerbsangelegenheiten des Verlegers oder anderer von ihm beauftragter Stellen besteht keine Anspruch gegen den Verlag. Abbestellungsgebühren können nur nach Ausweis eines entsprechenden Beschlusses der zuständigen Wettbewerbsbehörde geltend gemacht werden.
Gültige Anzeigenpreise für die Deutschland-Anzeigen: DM 5,- einschließlich Porto. Für die Auslandsanzeigen: DM 6,-.
Äußerliche Publikationsangaben der Berliner Botschaft, der Bremer Werksgruppe, der Rheinischen Werksgruppe, der Hamburger Werksgruppe, der Bayerischen Botschaft, München, und der Baden-Württembergischen Werksgruppe.
Für unversandte eingekaufte Material keine Gewähr.
Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsgruppe WELT-REPORT.
Verlag Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 20, Kalten-Wilhelm-Str. 12, Norddeutsches Pressehaus, Richard Precht
Herstellung: Werner Kunkel
Anzeigen: Dietrich Wittenberg
Vertrieb: Gerd Dietrich Adler
Verlagsgesellschaft: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck: in 6000 Bonn 18, im Teichweg 100, 2000 Hamburg 20, Kalten-Wilhelm-Str. 12, Norddeutsches Pressehaus, Richard Precht

Hoppe bereit, für Lambsdorff einzuspringen

STEFAN HEYDECK, Bonn
Die Freien Demokraten wollen auch bei einem Rücktritt von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff an den Bundesministerien für Auswärtiges, Justiz und Wirtschaft festhalten. Sie lehnen selbst bei einer möglichen größeren Kabinettsumbildung einen bereits von der Union ins Gespräch gebrachten Amtserhalt ab. Denn die FDP geht davon aus, daß bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU die Aufteilung der Ministerien vereinbart worden sei und jede Partei, wie in der Vergangenheit, über deren Leitung allein entscheidet.

Sollte es zu einer Amtsniederlegung von Lambsdorff kommen, so soll aller Voraussicht nach der Haushaltsexperte und stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Hans-Günter Hoppe die Nachfolge antreten. Der ehemalige Berliner Senator hatte es nach den Neuwahlen am 6. März genauso wie der Rechtsexperte Detlef Kleinert abgelehnt, das Bundesjustizministerium zu übernehmen. Damals spielten unter anderem gesundheitliche Gründe eine Rolle. Jetzt könnte Hoppe sich jedoch angesichts der personellen Situation der FDP kaum entziehen. Er selbst hat am Wochenende auf Journalistenfragen in Berlin zu verstehen gegeben, daß er bereit sei, das Ministerium im Falle der Eröffnung der Hauptverhandlung gegen Lambsdorff - voraussichtlich nur bis zu dem von den Liberalen erwarteten Freispruch - zu leiten. Hoppes Platz im Haushaltsausschuß des Bundestages könnte dann vom stellvertretenden baden-württembergischen Landesvorsitzenden Helmut Haussmann übernommen werden. Haussmann leitet gegenwärtig den wichtigen Arbeitskreis Wirtschaft, Finanz- und Agrarpolitik der Fraktion.

Neben Hoppe ist der Unternehmer Dieter Julius Cronenberg, ebenfalls stellvertretender Fraktionsvorsitzender, im Gespräch. Für ihn gibt es insbesondere bei den nordrhein-westfälischen Liberalen gewisse Präferenzen. Darüber hinaus wird in der Partei darüber nachgedacht, eventuell auf einen Professor der Wirtschaftswissenschaften zurückzugreifen. Derartige Fachleute sind zum Beispiel im Kronsberger Kreis zusammengeschlossen.

Kohl und Lambsdorff über „Fahrplan“ einig

Heute werden Anklageschriften in der Flick-Affäre ausgehändigt / Harte Kritik Tandler am bisherigen Verfahren

STEFAN HEYDECK, Bonn
Heute, Montag, erhalten die in der Flick-Affäre Beschuldigten Kenntnis vom Inhalt der Anklageschriften. Wie gestern in Bonn verlautete, hat der Vorsitzende der zuständigen Kammer beim Bonner Landgericht die Betroffenen benachrichtigt, daß die Anklageschriften abgeholt werden können. Dieses Verfahren gilt als korrekt; es hat den Zweck, mögliche Pannen bei einer Zustellung auf dem Postweg zu vermeiden. Allerdings war Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff nach WELT-Informationen bis gestern mittag darüber noch nicht unterrichtet worden.

Graf Lambsdorff, gegen den die Staatsanwaltschaft wegen Bestechung Anklage erhebt, hat am Wochenende auf FDP-Veranstaltungen seine Unschuld bekräftigt. Er kündigte an, daß er um sein Recht kämpfen werde. Für den Minister bleibt es bei dem „Fahrplan“, der am vergangenen Mittwoch vor der Kabinettsitzung besprochen worden war. Nach WELT-Informationen hat das Inter-

view von Bundeskanzler Helmut Kohl mit der „New York Times“, das in Bonn zunächst Überraschung und Irritation ausgelöst hatte, für Lambsdorff an dieser Sachlage nichts geändert. Der Kanzler hatte den Minister nach dem Bekanntwerden des Textes noch am Freitag in einem Hotel in Baden-Baden angerufen und ihm seine Äußerungen erläutert. Beide hatten sich darauf verständigt, daß die getroffenen Absprachen weiter gültig bleiben.

Das bedeutet, daß Lambsdorff die nach wie vor ausstehende Anklageschrift zunächst sorgfältig mit seinem Anwalt Egon Müller prüfen und sich dann mit dem Bundeskanzler und dem FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher beraten wird. Erst dann will er öffentlich mitteilen, ob er politische und persönliche Konsequenzen ziehen wird.

In einer Klausursitzung der nordrhein-westfälischen FDP-Führung hatte der Landesvorsitzende Jürgen Mülleman in Leichlingen die „Vorverurteilung“ von Lambsdorff als un-

erträglich bezeichnet. Er äußerte den Verdacht, daß es sich auch um eine von „interessierter Seite“ betriebene, gegen die gesamte FDP gerichtete, Kampagne handele.

Auch im Immunitätsausschuß des Bundestages hatte es Unmut über das Verhalten der Ermittlungsbehörden gegeben. Noch am Mittwochabend hatte ein SPD-Mitglied in diesem Gremium sich gegenüber einem FDP-Vertreter dafür eingesetzt, wegen der „Dürftigkeit“ des staatsanwaltschaftlichen Antrags die Immunitätsaufhebung abzulehnen. Die Freien Demokraten widersprachen jedoch, weil sie Negativwirkungen in der Öffentlichkeit befürchteten. Sie wollten auch das Verfahren beschleunigt abgewickelt sehen. Lambsdorff selbst hatte zu keinem Zeitpunkt daran gedacht, sich der Aufhebung zu widersetzen.

Die vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel erhobenen Rücktrittsforderungen werden in der Umgebung des Ministers als eine Art Pflichterfüllung des Oppositionsfüh-

lers bewertet. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Jürgen Schmude kritisierte gestern jegliche „Justizschelte“. Im Fall Flick gebe es ein öffentliches Interesse an der Berichterstattung. Das müßten sich die Angeeschuldigten gefallen lassen, und die damit verbundene Belastung ertragen. Schmude fügte jedoch hinzu: „In der Erwartung, daß sich letztlich ihre Unschuld ergeben wird, stehen die Betroffenen bekanntlich nicht allein.“

Die CSU will sich zum weiteren Vorgehen im Fall Lambsdorff vorerst nicht öffentlich äußern. „Zu diesem Thema gibt es in München weder einen Erklärungs- noch einen Handlungsbedarf“, meinte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler am Samstag vor Journalisten. Dies seien Entscheidungen, die allein in Bonn getroffen werden müßten.

Zu den Umständen des Ermittlungsverfahrens erklärte Tandler jedoch, es handle sich um einen „Ju-

stizskandal erster Größenordnung“. Er fuhr fort: „Diese Art der Vorverurteilung, die offensichtlich auch durch Fehlleistungen des Justizapparats von Nordrhein-Westfalen durchgesiekt sind, bis hin zu der gesamten Verfahrensweise - ich möchte einmal ein sehr hartes Wort sagen - nötigen mir fast den Verdacht auf, daß hier bewußt oder unbewußt in einem anderen Bereich so gehandelt wird, wie es andere mit der Exekution von Ponto und Schleyer vorgenommen haben.“ Für ein echtes Verfahren bestehe überhaupt keine Chance mehr.

Dies wies, laut dpa, der leitende Kölner Oberstaatsanwalt und stellvertretende Generalstaatsanwalt, Bernward Schmitz, mit den Worten zurück: „Die Äußerung einer derartigen Ungeheuerlichkeit über die Tätigkeit einer deutschen Justizbehörde, wie man sie in Deutschland seit den Tagen des NS-Kampfplatzes „Der Stürmer“ nicht mehr gehört hat, ist in einem Rechtsstaat unerträglich und kann nicht ohne Folgen bleiben.“

ÖTV will „kein Lohndiktat hinnehmen“

dpa, Bonn
Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies hat die von der Bundesregierung für 1984 beschlossene „Nullrunde“ für den öffentlichen Dienst als „völlig indiskutabel“ bezeichnet. Im sozialdemokratischen „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst“ erinnerte sie daran, daß die ÖTV schon in der Tarifrunde 1983 bewiesen habe, daß sie „Lohndiktate nicht hinnimmt“. Wenn für 1984 im Haushalt kein Geld für Lohn- und Gehaltserhöhungen eingeplant sei, müsse die Regierung eben einen Nachtragshaushalt beschließen.

Häftlinge danken für Freikauf

W. K. Bonn
Sie knieten nieder und küßten die Erde: Mit dieser Geste dankten 83 politische Gefangene nach ihrer Ankunft im Notaufnahmelager Gießen für den Freikauf aus „DDR“-Haft. „Unsere Schmerzen, unseren Dank und unsere Hoffnung bringen wir zum Ausdruck, indem wir uns verneigen und den Boden der neuen Heimat berühren“, sagte der ehemalige Jenaer Medizinalrat Friedrich Wilhelm Koch. Der 51-jährige Fachlehrer war wegen einer Spendenaktion für die polnische Gewerkschaft „Solidarnosc“ 1980 mit Zuchthaus bestraft worden. Am 1. Februar dieses Jahres wurde er - zusammen mit seinem Sohn - erneut verhaftet und wegen aktiver Beteiligung an der kirchlichen Friedensarbeit zu zwölf Monaten Haft in Bautzen verurteilt.

Anschlag auf US-Einrichtung

dpa, Schwäbisch Gmünd
Vier Nachrüstungsgegner sind gestern auf das Gelände einer amerikanischen Kaserne in Schwäbisch Gmünd eingedrungen und haben ein Militärflugzeug schwer beschädigt. Bei der Aktion soll Sachschaden in Höhe von etwa 100 000 Mark entstanden sein. Die vier Angehörigen der sogenannten „Flugschlaggruppe“, die bereits an der Blockade von US-Einrichtungen in Nordham teilgenommen hatten, wurden festgenommen.

Washington: Unklug, Sowjets mit Konzessionen zu belohnen

Fortsetzung von Seite 1

TO-Ministerratsgesprächen eine große Rolle spielen.

Die amerikanische Seite hat zu den von Genscher aufgeworfenen Fragen noch keine einheitliche Antwort formuliert. Grundsätzlich herrscht aber aus zwei Gründen Skepsis vor:

● Man schreckt vor einer „Dynamisierung“ der alten Grundsätze von 1967 (deren Gültigkeit für Europa nicht angefochten wird) zurück, solange damit nur eine Befriedung der europäischen Szene, aber kein Verhaltenskodex in der übrigen Welt angestrebt wird, an dem man die sowjetische Politik messen kann. Bekanntlich stürzte der Entspannungs-Überbau ein, als die Sowjets ihre Expansionsbestrebungen in der Dritten Welt nach 1975 (Angola) unverhüllt zu erkennen gaben.

● Westliche Überlegungen über neue Strategien zur Beilegung einvernehmlicher Ost-West-Beziehungen bleiben müßig, solange keine Klarheit über die Führungsautorität im Kreml herrscht. Die Spekulationen um den Gesundheitszustand Andropows haben das Fragezeichen nur noch deutlicher gesetzt. An weiteren

Erkenntnissen über die Zusammenfassung der sowjetischen Führung ist die Reagan-Administration dringend interessiert. Daher ist damit zu rechnen, daß Außenminister Shultz am 17. Januar 1984 zur Eröffnung der europäischen Sicherheitskonferenz nach Stockholm reisen wird und vielleicht mit Außenminister Gromyko zusammentrifft.

In der Zwischenzeit wird die Bonner Diplomatie ihre Anstrengungen verdoppeln, den amerikanischen Partner mit der durch die Nachrüstung gewachsenen Sensitivität der deutschen politischen Szene bekanntzumachen und ihm die Einhaltung gewisser Spielregeln nahelegen, damit Bonn sicherer durch die kommenden Stromschnellen steuern kann. Das amerikanische Publikum wurde am Freitag durch eine Zeitungskolumne des angesehenen CIA-Veteranen Cord Meyer von diesen deutschen Sorgen in Kenntnis gesetzt. Der vielgelesene Kolumnist hatte offenbar zusammenfassend mit der Initiative Genschers und dem Besuch Meyer-Landrats in Washington, eine umfassende Unternehmung aus beider Munde erhalten. Sein

Aufsatz nennt unter anderem folgenden Bonner Anliegen:

1. Die Reagan-Administration möge unbedingt ihre rhetorischen Exzesse in Richtung Moskau zügeln, wie auch ihre öffentlichen Aussagen zu Fragen der Allianz und der nuklearen Strategie besser abwägen.

2. Die USA dürften keine Gelegenheit auslassen, ihre unverrückliche Verpflichtung zu Abrüstungsverhandlungen, auf allen Ebenen, deutlich zu machen. Bonn warne eindringlich vor der Einführung neuer Waffen wie Neutronengefechtsköpfe oder binarischen C-Systemen (chemische Waffen) in Europa.

3. Die Alliierten wünschten sich eine stetige Bündnispolitik der Amerikaner, vor allem „keine plötzlichen Überraschungen mehr“. Mit Blick auf die demokratischen Präsidentenkandidaten wird empfohlen, das Prinzip der Überparteilichkeit von Bündnisvereinbarungen zu achten und nicht etwa von der einmal gefüllten Nachrüstungsentscheidung abzurücken.

Bei der Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen Pershing 2 und

Cruise Missiles wird es entgegen anderslautenden Berichten keine neunmonatige Pause geben. Dies wurde in Brüssel aus hochrangigen Kreisen amerikanischer Diplomaten bekannt. Mit der Ankunft neuer Cruise Missiles und ihrer nuklearen Sprengköpfe in Europa sei „schon in den nächsten Tagen und Wochen“ zu rechnen. Spekulationen, Washington wolle das Stationierungstempo bremsen, um so die Sowjetunion rascher an den Verhandlungstisch zurückzubringen, wurden von den amerikanischen Beamten als abwegig bezeichnet.

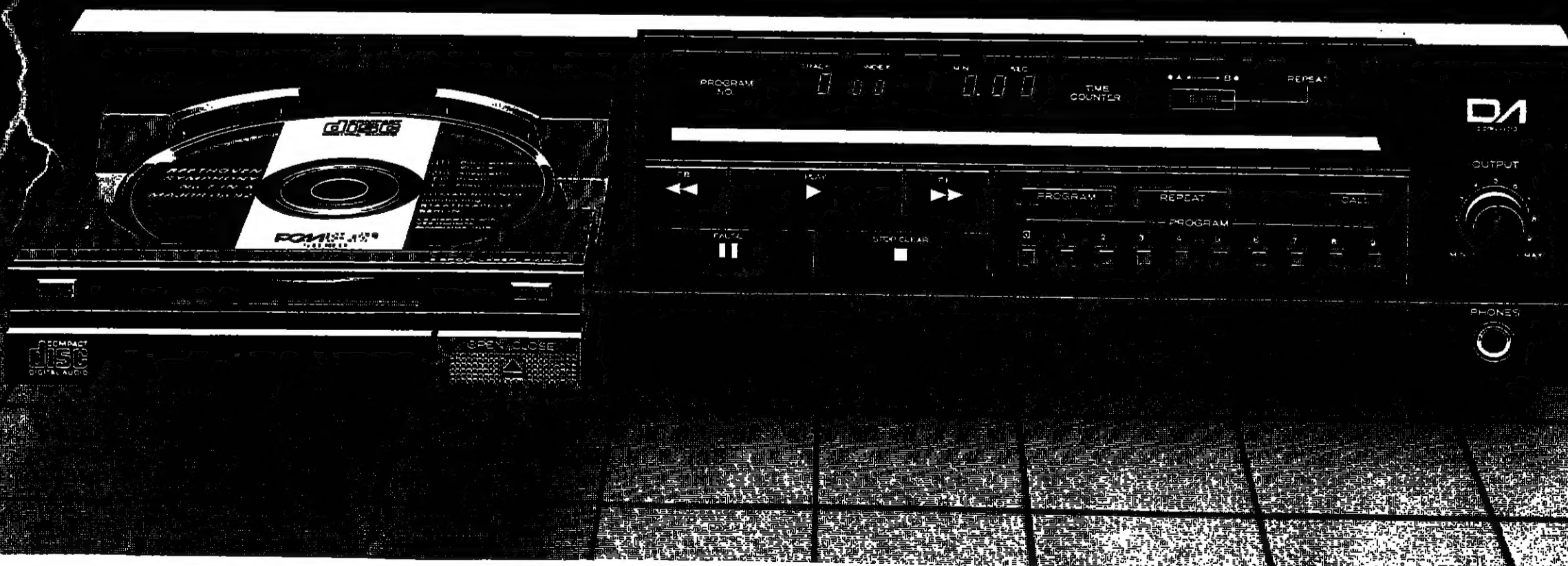
In diesem Zusammenhang reagierten US-Diplomaten auch auf die Frage, ob die Wiederaufnahme der Verhandlungen dadurch leichter be werkstelligt werden könne, indem man die INF-Mittelstreckenrunde mit den START-Verhandlungen zusammenlege. Dies sei bisher von der Sowjetunion nie angesprochen worden. Einem möglichen Vorschlag stehe man auf amerikanischer Seite schon aus rein praktischen Erwägungen wenig positiv gegenüber. Eine Zusammenlegung erfordere wahrscheinlich zwei oder drei Untergruppen und einen „Oberverhandlungs-

fürher“ auf jeder Seite, der alle Gesichtspunkte der komplexen Materie übersehe.

Die ablehnende Haltung der USA zu besonderen Initiativen des Westens schien Beobachtern anzudeuten, daß die Washingtoner Regierung möglichen Plänen des französischen Staatspräsidenten Mitterrand zu solchen Schritten mit kaum verhüllter Abneigung gegenübersteht. Nach Brüsseler Informationen soll auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher aus innenpolitischen Gründen nach einer westlichen Initiative suchen. Bei dem geplanten Zusammentreffen mit US-Außenminister George Shultz wird erwartet, daß Shultz versuchen wird, Genscher zu bremsen, falls dieser in Richtung auf westliche Initiativen drängen sollte.

Wie aus amerikanischen Kreisen betont wurde, habe man bei der Stationierung eine künstliche Verzögerung in Kauf genommen, weil der Deutsche Bundestag erst am 22. November die Abstimmung über die Nachrüstungsfrage vorgenommen habe. Bis zu diesem Zeitpunkt habe Washington seiner Verpflichtung gemäß gewartet. (SAD)

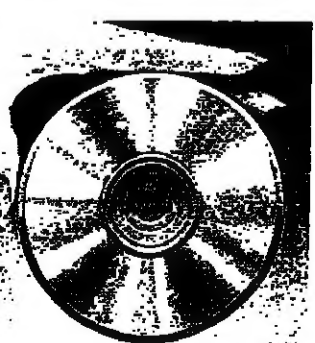
DIE MODERNE ART, EIN ORCHESTER ZU DIRIGIEREN



Sie können die langsamen Passagen überspringen. Mit dem Finale beginnen. Oder das Hornsolo sechs Mal wiederholen. CD-Player haben dies ermöglicht, und der DA-800 von Hitachi macht es Ihnen besonders leicht.

Die Vorzüge des DA-800 fallen gleich ins Auge: Alle seine Programmierfunktionen können mit den wenigen, überlegt angeordneten Reglern auf der Frontseite bedient werden. Der DA-800 ist ein horizontaler Schubladen- und läßt sich deshalb bequem mit anderen Bausteinen kombinieren.

Ein weiterer Vorteil befindet sich direkt über dem Netzschalter: der Markenname Hitachi. Hitachi stellte bereits 1977 Prototypen von digitalen Tonsystemen vor und entwickelte auch einen der ersten CD-Player für den



HiFi-Enthusiasten - den DA-1000.

Selbstverständlich besticht der DA-800 auch durch ohrbetörende Technik: Weder Rauschen noch Gleichlaufschwankungen. 0,003% Klirrfaktor. Ein Dynamikbereich - 95 dB - der an das Niveau von Live-Darbietungen heranreicht.

Dieser Player bietet ebenfalls vielseitigen Komfort. Sie können beispielsweise die einzelnen Stücke in der gewünschten

Reihenfolge hören, einzelne Abschnitte, Stücke oder auch die ganze Platte wiederholen. Mit der Skip-Einrichtung können Sie schnell - vorwärts oder rückwärts - eine besonders schöne Passage anspielen.

Machen Sie einmal eine Hörprobe mit dem Hitachi

DA-800, und erleben Sie, wie leicht es sein kann, ein Orchester zu dirigieren. Oder eine Rock-Band zu leiten. Oder mit einem Trio zu improvisieren. Auf die moderne Art.

Hitachi
Compact Disc
Digital Audio Spieler
DA-800

HITACHI
ZUKUNFTWEISEND

Anfragen an: HITACHI SALES EUROPA GmbH, Rungestraße 2, 2050 Hamburg 80, Tel. (040) 734 11-0
HITACHI SALES WARENHANDELS-GmbH, Kreuzgasse 27, 1180 Wien, Tel. 0 22 244 93 67

AUTO / Hahn: Branche bleibt Konjunkturmotor

Absatz kräftig gestiegen

DOMINIK SCHMIDT, Hannover
Die Automobilindustrie dürfte innerhalb der Europäischen Gemeinschaft auch künftig die Schlüsselbranche bleiben. Diese Ansicht vertritt der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG, Carl H. Hahn, im Rahmen eines Wirtschaftsempfangs der Stadt Hannover. Ausdruck dafür sei der Automobilabsatz in der Bundesrepublik Deutschland, der in diesem Jahr um 13 Prozent zunehmen dürfte. Demgegenüber wachse das Sozialprodukt nur um ein Prozent.

Die Bedeutung der Kraftfahrzeugindustrie werde auch an anderen Kennzahlen deutlich. Zwar beschäftigte die Branche in Europa mit zwei Millionen Menschen nur zwei Prozent aller Erwerbstätigen; berücksichtigt man aber die vielfältigen Lieferbeziehungen und Folgegeschäfte, so bleibe festzuhalten, daß rund zehn Prozent der Erwerbstätigen direkt oder indirekt von der Automobilindustrie abhängen.

Die derzeitigen Schwierigkeiten des VW-Konzerns führt Hahn im wesentlichen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise in Lateinamerika zurück, einer Region, in der VW besonders stark präsent sei. Als größtem Automobilhersteller Lateinamerikas schlugen die gegenwärtigen Lasten bei ihm besonders zu Buche. Dennoch halte VW an diesen Ländern fest und glaube unverändert an die „mittelfristig wieder positive Entwicklung“ dieses Kontinents.

Die Beschäftigungsprobleme im hannoverschen Transporterwerk führt Hahn auf die im Vergleich zu früheren Jahren geringeren Absatzzahlen im Inland und in den USA zurück. Die Voraussetzungen für eine Besserung indes seien günstig. In den letzten zehn Jahren seien in Hannover 14 Milliarden Mark investiert worden; bis 1987 sollen weitere 750 Millionen Mark hinzukommen.

Seine Zuversicht für die Branche, so Hahn, basiere auf Prognosen, die für die Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 eine Erhöhung des PKW-Bestands von 24,6 Millionen auf 30 Millionen Fahrzeuge voraussagen.

GETREIDE / US-Ernte ging nach Kürzung der Anbaufläche erheblich zurück

Scharfer Wettbewerb auf Weltmärkten

H.-A. SIEBERT, Washington
Der Welt-Weizenhandel nimmt 1983/84 (Juni/Juli) zwar um mehr als eine auf 100,7 Millionen Tonnen zu, erheblich verschärft wird sich aber der Preis- und Kreditwettbewerb unter den Anbietern. Das sagt das über den besten Informationsdienst verfügbare Landwirtschaftsministerium in Washington voraus. Die Weizenexporten der USA sinken vermutlich von 39,9 (1981/82: 48,8) auf 38,1 Millionen Tonnen, während die kanadischen Lieferungen von 21,2 auf 21,5 Millionen Tonnen steigen.

Australien erhöht seine Weizenexporte sogar von 8,1 auf 11,5 und Argentinien von 7,4 auf neun Millionen Tonnen; wie schon in den beiden Vorjahren sollen die Ausfuhren der EG wieder 15,5 Millionen Tonnen ausmachen. Die USA rechnen mit einem Preis von 164 (161) Dollar je Tonne. Nach Angaben des Ministeriums liefern Australien 1,5 (erstes Halbjahr 1984), Argentinien neun und die Vereinigten Staaten 2,1 Millionen Tonnen (in der Gesamtsaison) in die Sowjetunion. Im Kalenderjahr 1983 hat China, das 1,7 (fünf) Millionen Tonnen US-Weizen erhält, zwei Millionen Tonnen weniger abgenommen als vereinbart.

Auf der Basis des Finanzjahres 1984 (Oktober/September) exportierten die USA 37,5 (36,9) Millionen Tonnen Weizen; sie erlösen dafür 6,15 (5,91) Milliarden Dollar. Die Ausfuhr von Futtermitteln insgesamt erreichte 54,8 (53,5) Millionen Tonnen zu einem Preis von 156 (121) Dollar, so daß die Einnahmen mit 8,53 (8,5) zu Buche schlagen. Die Menge teilt sich auf in 47,2 (47,1) Millionen Tonnen Mais, 5,7 (5,4) Millionen Tonnen Sorghum und zwei (1) Millionen Tonnen Gerste, Hafer und Bogen. Die amerikanischen Reisesexporte erreichten wieder 2,2 Millionen Tonnen. Der Preis von 990 (874) Dollar je Tonne bringt 990 (874) Millionen Dollar.

Folgt man dem US-Landwirtschaftsministerium, dann hat Australien eine Verdrängungskampagne auf dem philippinischen Markt - bisher eine Domäne der amerikanischen Farmer - gestartet. Australischer Weizen wird zudem auf Kredit in Ägypten, China, Südkorea, Indien und Irak angeboten. Kritisiert werden die EG-Exportsubventionen für Weizen. Die Behörde hat den sowjetischen Importbedarf 1983/84 für Futtermittel um eine auf zehn Millionen Tonnen reduziert und für Weizen um eine auf 18 Millionen Tonnen heraufgesetzt.

Die US-Farmer haben in diesem Jahr erheblich weniger Getreide eingefahren als früher. Die Weizenproduktion auf Empfehlung Washingtons die Anbaufläche und erhielt dafür Getreide aus der Bundesreserve. Das kostenspielerische Programm „Payment in Kind“ (Pik) läuft nach dieser Saison teilweise aus. Gegenüber 1982 schrumpfte die Ernte bei Weizen um 14,3 Prozent auf 65,5, bei Mais um 50,9 Prozent auf 104,7, bei Sojabohnen (in den neuen Exportländern nicht enthalten) um 31,1 Prozent auf 41,8, bei Sorghum um 42,7 Prozent auf 12,2 und bei Reis um 33 auf 4,7 Millionen Tonnen.

Horst Sommer (Henkel-Geschäftsleitung) geht davon aus, daß die Zeit der weißen Ware eigentlich schon vorüber und ein Aufholen der Markenartikel zu erwarten ist. Wie Dieter Bader (Oetker-Zentralverwaltung) setzte er sich für größere Kreativität der Produkte und für mehr und bessere Werbung ein, die aus der Philosophie der Marke die Vorteile für den Verbraucher klarmacht. Und Bader: „Wir müssen zur Reklame zurück, um nicht keine Preise in Cannes, sondern mehr Verkäufe.“ Sommer mag selbst Preisreduzierungen bei Markenartikeln nicht ausschließen, wenn der Preisunterschied zur Qualität des No-Name-Produkts nicht mehr gerechtfertigt ist.

Horst Sommer (Henkel-Geschäftsleitung) geht davon aus, daß die Zeit der weißen Ware eigentlich schon vorüber und ein Aufholen der Markenartikel zu erwarten ist. Wie Dieter Bader (Oetker-Zentralverwaltung) setzte er sich für größere Kreativität der Produkte und für mehr und bessere Werbung ein, die aus der Philosophie der Marke die Vorteile für den Verbraucher klarmacht. Und Bader: „Wir müssen zur Reklame zurück, um nicht keine Preise in Cannes, sondern mehr Verkäufe.“ Sommer mag selbst Preisreduzierungen bei Markenartikeln nicht ausschließen, wenn der Preisunterschied zur Qualität des No-Name-Produkts nicht mehr gerechtfertigt ist.

Horst Sommer (Henkel-Geschäftsleitung) geht davon aus, daß die Zeit der weißen Ware eigentlich schon vorüber und ein Aufholen der Markenartikel zu erwarten ist. Wie Dieter Bader (Oetker-Zentralverwaltung) setzte er sich für größere Kreativität der Produkte und für mehr und bessere Werbung ein, die aus der Philosophie der Marke die Vorteile für den Verbraucher klarmacht. Und Bader: „Wir müssen zur Reklame zurück, um nicht keine Preise in Cannes, sondern mehr Verkäufe.“ Sommer mag selbst Preisreduzierungen bei Markenartikeln nicht ausschließen, wenn der Preisunterschied zur Qualität des No-Name-Produkts nicht mehr gerechtfertigt ist.

EINZELHANDEL / Namenlose Ware gegen Markenartikel auf dem Rückzug

„Leistungsvorteile deutlich machen“

HARALD POSNY, Düsseldorf
Von der Bedeutung her sollten No Names, jene „weißen“, „gelben“ und namenlosen Waren, für den Einzelhandel eigentlich gar kein Thema sein. Ihr Marktanteil liegt bei 4,5 Prozent. Dennoch: In einer Podiumsdiskussion „Markenartikel und No Names - Lediglich Waffen des Handels im Preiskampf?“ - veranstaltet vom Fachbereich Wirtschaft der Fachhochschule Düsseldorf (Prof. Thorwald Weiler) und des Verbandes Deutscher Betriebswirte - legten sich die Diskutanten vor allem mit jenen an, die am Tische fehlten: No-Name-Anbieter im Handel und Verbraucher.

Daß Hans-Jürgen Klusmann (Edeka-Vorstand), Gerhard Ackermann (Alkauf-Mitglied) und Siegfried Arnoldt (Kaufhof-Direktor) keine No Names führen, begründen sie allesamt nicht mit „Nebenbühnentreue zur Markenware“ (Klusmann). Sie brähten eben keinen echten Mehrumsatz, sondern eher Handelsspan-

nenverlust, blockierten Regalfächchen und begründeten keine Kundenbindung. Außerdem sei zu befürchten, daß mit dem härteren Wettbewerb der Namenlosen untereinander auch die Qualität auf der Strecke bleibe. Für Ackermann, der Handelsmarken im Sortiment hat, sind Umsätze, die nur Kosten und keine Erträge bringen, uninteressant. Das gelte auch für Markenartikel, die mit der Zeit aus den Regalen verschwinden müßten.

Klusmann, der mit dem Hinweis, daß auch Markenartikel No Names herstellten, entschiedenen Widerspruch erntete, brachte die Diskussion auf den Punkt: „Preisunterschiede von bis zu 50 Prozent zwischen Marken und Namenlosen reichen allein nicht, der Leistungsvorteil der Marke muß für den Verbraucher erkennbar gemacht werden.“ Gerhard Rüschgen, Chef von Nestlé Deutschland, räumte Preisdifferenzen von 20 Prozent als normal ein, darüber seien unberechtigte Spekulationen von Herstellern und Han-

del zu vermuten. Im übrigen gehe es ihnen etwas an, wer die No Names herstelle. „Sie haben eben keinen Namen“, hätten schließlich auch keine Qualitätsgarantie wie ein Markenartikel.

Horst Sommer (Henkel-Geschäftsleitung) geht davon aus, daß die Zeit der weißen Ware eigentlich schon vorüber und ein Aufholen der Markenartikel zu erwarten ist. Wie Dieter Bader (Oetker-Zentralverwaltung) setzte er sich für größere Kreativität der Produkte und für mehr und bessere Werbung ein, die aus der Philosophie der Marke die Vorteile für den Verbraucher klarmacht. Und Bader: „Wir müssen zur Reklame zurück, um nicht keine Preise in Cannes, sondern mehr Verkäufe.“ Sommer mag selbst Preisreduzierungen bei Markenartikeln nicht ausschließen, wenn der Preisunterschied zur Qualität des No-Name-Produkts nicht mehr gerechtfertigt ist.

FRANKREICH / Haushaltssanierung bestätigt

Staatsanleihe angekündigt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die französische Regierung begibt sich in diesem Jahr mit einem einzigen Nachtragshaushalt, um Einnahmeausfälle gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan für 1983 durch Ausgabenkürzungen praktisch voll zum Ausgleich zu bringen. Außerdem wurde eine dritte Staatsanleihe zur teilweisen Finanzierung des Budgetdefizits angekündigt.

Sie lautet auf 12 Milliarden Franc. Wie bei der vorangegangenen und mehrfach bis auf 25 Milliarden Franc aufgestockten Anleihe ist eine Tranche mit variablen Zinssätzen ausgestattet. Für die festverzinsliche Tranche werden nur noch 13,4 (13,7) Prozent geboten, nachdem sich inzwischen der Kapitalmarktzins ermäßigt hat.

Einschließlich der neuen Anleihe beschafft sich der Staat dieses Jahr 47 Milliarden Franc. Demgegenüber wurde das Budgetdefizit durch den Nachtragshaushalt von 117,8 auf 118,7 Milliarden Franc leicht erhöht. Der Nachtragshaushalt, der noch der parlamentarischen Genehmigung bedarf, sieht neue Kredite von rund 15 Milliarden Franc und Ausgabenreduzierungen von rund 14 Milliarden Franc vor. Die zusätzlichen Ausgaben wurden aufgrund entsprechender Einnahmeausfälle erforderlich.

Allein die Steuereinnahmen sind um 13,4 Milliarden Franc geringer ausgefallen als geplant, und zwar um 11,5 Milliarden Franc bei den Unternehmenssteuern (wegen der Rezession), um 4,8 Milliarden Franc bei der Einkommensteuer und um 0,7 Milliarden Franc bei der Vermögenssteuer.

Dagegen fiel der Mehrwertsteuertrag um vier Milliarden Franc höher als erwartet aus, weil das eingeplante Preisstabilisierungsgesetz (acht Prozent) wesentlich überschritten wurde. Bereits in den ersten 10 Monaten erreichte der Preisanstieg 8,5 Prozent. Wie sich jetzt herausgestellt hat, betrug die zunächst mit 0,7 Prozent angegebene Oktober-Teuerung tatsächlich 0,8 Prozent.

ARBEITSZEIT / Blüm legt Fraktion neues Papier vor

Rechtliche Basis ändern

KAREN SÖHLER, Bonn
„Aktuelle Fragen und Perspektiven unserer Sozialpolitik“ lautet der Titel eines Papiers, das Arbeitsminister Norbert Blüm heute der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorlegen wird. Dies erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziales“ der Fraktion, Heimo George, auf einer Tagung des Bundesverbandes Zeit-Arbeit (BZA) in Maybach. Die Ausarbeitung versuche, Wege aufzuzeigen, die Gewerkschaften und Unternehmen gemeinsam beschreiten könnten, um das Beschäftigungsproblem zu lösen.

Unter anderem werde von der Bundesregierung ein Gesetz zur Förderung der Beschäftigung erzwungen. Ziel dieses Gesetzes sei es vor allem, das Arbeitsrecht „geleitet“ zu machen. Denn der Schutz vor Entlassung besitze nicht mehr absolute Priorität, wie in Zeiten der Vollbeschäftigung. Heute liege ein mindestens ebenso großes Risiko darin, nicht wieder oder überhaupt nicht eingestellt zu werden.

USA / 9,4 Millionen Bürger sind arbeitslos

Niedrigster Stand seit 1981

H.-A. SIEBERT, Washington
Das wirtschaftliche Wachstum in den USA - der Verband der Verarbeitungsindustrie rechnet nun auch für das vierte Quartal 1983 mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts, die real sieben Prozent übersteigt -, schlägt stärker auf den Arbeitsmarkt durch. Nach Angaben des Labor Department in Washington erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten im November um 740 000 auf 102,7 Millionen. Damit haben seit vergangener November, als die letzte Rezession ihren tiefsten Punkt erreichte, 2,7 Millionen Amerikaner einen Job gefunden.

Die Arbeitslosenrate sank im November um weitere 0,4 auf 8,4 Prozent, verglichen mit 10,7 Prozent vor einem Jahr und 7,8 Prozent bei Präsident Reagans Amtsantritt im Januar 1981. Trotz des deutlichen Aufwärtstrends sind die Sorgen aber längst nicht ausgeräumt: Ohne Arbeitsplatz sind immer noch 9,4 Millionen US-Bürger; zählt man Kurzarbeiter und

Aussteiger hinzu, nehmen nach Berechnungen des Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO 16,7 Millionen Amerikaner nicht am normalen Erwerbsleben teil. Schlimm sieht es nach wie vor bei den schwarzen Teenagern aus. Hier beträgt die Arbeitslosenquote 46,2 Prozent.

In der Weiterverarbeitung hat sich die Zahl der Beschäftigten seit Dezember um fast eine Million erhöht. Sie liegt aber noch um 1,2 Millionen unter dem Stand zu Beginn der Rezession im Juli 1981 und um zwei Millionen unter dem bisherigen Beschäftigungsrekord im Jahre 1979. In der US-Hauptstadt stieg die Arbeitslosigkeit sogar von 11,1 auf 11,3 Prozent. Die Statistiken werden insofern in Frage gestellt, als im November das US-Arbeitsheer nur um 200 000 zugenommen haben soll. Ermittelt werden sie durch Umfragen bei 60 000 Haushalten. In jedem Fall ist noch viel „Luft“ im US-Arbeitsmarkt, die Normalisierung ist also noch lange nicht abgeschlossen.

„Die WGZ-Bank ist die Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank.“



Fast 700 Volksbanken, Raiffeisenbanken sowie Spar- und Darlehnskassen an 3.500 Bankstellen im Rheinland und in Westfalen bedienen sich der WGZ-Bank als regionales Spitzeninstitut. WGZ-Bank steht für Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank. Sie gehört zu den großen Kreditinstituten in Deutschland und ist nicht nur Knotenpunkt im Geldverkehr, sondern ergänzt in vielen Bereichen das

Geschäft der Genossenschaftsbanken vor Ort. Z.B. im Zahlungsverkehr mit dem In- und Ausland, bei der Verwaltung von Wertpapieren oder der Abwicklung öffentlicher Finanzierungshilfen.

Damit jede Genossenschaftsbank ein starker Partner ihrer Kunden ist.



WESTDEUTSCHE GENOSSENSCHAFTS-ZENTRALBANK EG BANK
DÜSSELDORF · KOBLENZ · KÖLN · MÜNSTER

NAMEN

Klaus Flachmann wird Ende 1983 aus dem Vorstand der Rheinische Hypothekendarlehenbank AG im gegenseitigen Einvernehmen ausscheiden.

Ministerialrat Dr. Gerhard Lessmann aus dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen wurde zum fünften Direktor der Landwirtschaftskammer Rheinland gewählt. Er löst am 1. April 1984 Kammerdirektor Dr. Peter Klünter ab, der dann aus dem aktiven Dienst ausscheidet.

Dr. Ernst Joachim Press, Leiter der Hauptabteilung Elektrotechnik bei der NWK Hamburg, wird ab 1985 neues Vorstandsmitglied der Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG, Esslingen.

Dr. Gerhard Kaiser, bisher stellvertretendes Vorstandsmitglied der Wiesentrot-Bank AG, Ludwigsburg, ist zum ordentlichen Vorstandsmitglied ernannt worden.

Dr. Günther Letschert ist in Anerkennung seiner Verdienste um den Realcredit zum Ehrenmitglied des Ausschusses des Gemeinschaftsdienstes der Boden- und Kommunalkreditinstitute ernannt worden.

Die Wirtschaftspolitik Südkoreas haben drei vorrangige Ziele im Visier: fortgesetztes hohes Wachstum, Preisstabilität und eine verbesserte Einkommensverteilung. Die erste Vergabe ließ sich mit einer realen Zuwachsrate von 9,9 Prozent in den ersten neun Monaten dieses Jahres erreichen. 1982 hatte das Wachstum 5,8 Prozent betragen. Für die Aufwärtsentwicklung in diesem Jahr waren vor allem die steigenden Exporte und der inländische Bauboom, aber auch ein noch kräftiger Privatkonsument verantwortlich.

RENTENMARKT / Mit Neuemissionen überfüllt

Zinsen steigen weiter an

Von Markt konnte im Rentengeschäft in der letzten Woche eigentlich nur am Mittwoch gesprochen werden, als etwas mehr Nachfrage aus Mitteln gespeist wurde, die zum Kupontermin freirudern. Ansonsten haben die meisten potentiellen Investoren die Taschen zu. So ist es nicht ganz leicht, die jetzt anstehenden Neuemissionen unterzubringen.

Zu den in der Vorwoche emittierten 800 Millionen Nordrhein-Westfälens kommen in dieser Woche noch 1,6 Milliarden vom Bund und innerhalb der Zeichnungsfrist für die Bundesanleihe weitere 400 Millionen der KfW. Der Markt wird also überfüllt, und das in einer Zeit, in der die Auslandsnachfrage minimal ist. Da muß man sich über einen Zinsanstieg nicht wundern. (ed.)

Emissionen	2.12.83	25.11.83	30.12.83	30.12.82	30.12.81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	82	82	82	81	80
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,82	7,75	7,45	10,05	9,90
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,84	7,75	7,04	10,85	9,88
Schuldverschreibungen der Industrie	7,95	7,84	7,81	10,28	9,43
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	8,28	8,12	7,94	11,52	9,35
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,99	7,90	7,85	10,12	9,37
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,75	7,65	7,43	10,50	9,70
Inländische Emittenten insgesamt	8,39	8,30	7,94	9,75	9,05
DM-Auslandsanleihen	7,98	7,88	7,83	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,06	8,14	8,45	10,32	9,32

SÜDKOREA / Hauptsorge in Seoul ist eine mögliche Konjunkturüberhitzung

Auslandsschulden zuverlässig bedient

FRED de LA TROBE, Seoul
Die Wirtschaftspolitik Südkoreas haben drei vorrangige Ziele im Visier: fortgesetztes hohes Wachstum, Preisstabilität und eine verbesserte Einkommensverteilung. Die erste Vergabe ließ sich mit einer realen Zuwachsrate von 9,9 Prozent in den ersten neun Monaten dieses Jahres erreichen. 1982 hatte das Wachstum 5,8 Prozent betragen. Für die Aufwärtsentwicklung in diesem Jahr waren vor allem die steigenden Exporte und der inländische Bauboom, aber auch ein noch kräftiger Privatkonsument verantwortlich.

Auch die zweite Zielsetzung hat sich bisher verwirklicht lassen: Die Wirtschaftspolitik bekamen die Preisentwicklungen gut in den Griff. Die Verbraucherpreise lagen im September um nur 2,3 Prozent über dem Stand des gleichen Vorjahresmonats, die Großhandelspreise sogar um 0,4 Prozent niedriger. Die Nominallöhne haben sich im ersten Halbjahr 1983 um durchschnittlich zwölf Prozent erhöht, nach wie vor ist aber die Einkommensverteilung durch außerordentlich große Unterschiede gekennzeichnet. Die Arbeitsbevölkerung unter den 40 Millionen Südkoreanern belief sich im Juni dieses Jahres auf 14,9 Millionen. Die Erwerbslosenquote lag nach den offiziellen Statistiken bei 4,8 Prozent, würde nach deutscher Rechnung aber eher auf sieben Prozent kommen.

Entsprechend dem hohen wirtschaftlichen Wachstum lag die Industrieproduktion im Juli um 16 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Der Umsatz der Hersteller war um zehn Prozent höher. Gleichzeitig haben die Lagerbestände abgenommen, und die Kapazitätsausnutzung der meisten Betriebe hat sich verbessert. Die Kapitalinvestitionen erhöht sich im ersten Halbjahr um neun Prozent.

Die Exporte waren 1982 nur um knapp zwei Prozent gestiegen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres erhöhten sie sich aber um fast sieben Prozent, während gleichzeitig die Einfuhren um 4,2 Prozent zunahmen. Das Defizit der Handelsbilanz kam in dieser Periode auf 3,1 Milliarden Mark, ein Fünftel weniger als in der gleichen Vorjahreszeit.

Die wichtigsten Exportprodukte Südkoreas sind Bekleidung, Schiffe, synthetische Garne, Stahl, Schuhe, Spielwaren, Elektroerzeugnisse, Fernseher, Nachrichtengeräte und Meeresprodukte. Knapp ein Drittel der Ausfuhren geht in die Vereinigten Staaten und etwa 13 Prozent nach Japan. In die Bundesrepublik Deutschland lieferte Korea im ersten Halbjahr 1983 Produkte im Werte von 1,04 Milliarden Mark, etwa fünf Prozent weniger als in der Vorjahresperiode. Die wichtigsten Lieferländer Südkoreas sind ebenfalls die USA und Japan. Aus der Bundesrepublik bezog die Republik im ersten Halbjahr 1983 Erzeugnisse im Wert von 987 Millionen Mark, 3,6 Prozent weniger als in der Vorjahreszeit.

Die sinkenden Ölpreise und eine gute Ernte, die zu geringeren Getreideimporten führte, verhinderten eine Zunahme des Defizits der Handelsbilanz. Den Exporten kam die Preisstabilität im Lande und eine De-Facto-Abwertung des gleitenden Won um etwa fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr zugute. So hat sich auch die Wettbewerbsstärke der südkoreanischen Exportindustrie gegenüber Taiwan, Singapur und Hongkong wieder erhöht.

Mit dem sinkenden Fehlbetrag der Handelsbilanz ist in den ersten neun Monaten 1983 auch das Leistungsbilanz um 29 Prozent auf 3,5 Milliarden Mark zurückgegangen. Um eine Konjunkturüberhitzung und eine Verschlechterung der Leistungsbilanz zu verhindern, will die Regierung versuchen, den Privatkonsument zu drosseln und die Staatsausgaben einschränken. Durch Einwirkung auf die Tarifpartner soll ferner erreicht werden, daß die Lohnsteigerungen im nächsten Jahr auf fünf Prozent begrenzt bleiben. Regierungsbankrott und angestrebte Mißstände 1984 einen Gehaltsstopp hinnehmen.

Südkorea ist gegenüber der viertgrößten Schuldensumme der Welt, in internationalen Bankkrediten ist die Republik aber als zuverlässiger Zahler bekannt. Die gesamten Auslandsschulden des Landes belaufen sich auf 101 Milliarden Mark, die Schuldendienstquote (Zinsen und langfristig) beträgt 15,3 Prozent. (SAD)

Montag, 5. Dezember 1983 - Nr. 283 - DIE WELT

DIAG / Gießerei in Berlin aufgegeben

Produktprogramm gestrafft

PETER WEERTZ, Berlin
Der bundeseigene Maschinenbaukonzern Deutsche Industriefabrik (Diag) GmbH, Berlin, will sich diesmal auf eigene Kraft sanieren. Zur Straffung der Organisation und des Produktprogramms hat der Aufsichtsrat inzwischen entsprechende Maßnahmen beschlossen. Der Maßnahmenkatalog der Geschäftsleitung, den der Aufsichtsrat jetzt billigt, ist umfangreich. Im Mittelpunkt steht die Anpassung an den zukünftigen Geschäftsumfang und die Konzentration auf ein modernes computergesteuertes Werkzeugmaschinenprogramm. Mit den Schwerpunkten Bohr- und Fräsmaschinen wurde für die Tochtergesellschaften Fritz Werner und Hermann Kolb ein modernes Werkzeugmaschinenprogramm entwickelt, das nach eigenen Angaben zur Weltspitze der Branche gehört. In Zukunft wird die Diag zur Holdinggesellschaft umgewandelt. Die Firmen Fritz Werner, Berlin, und Hermann Kolb, Köln, werden zur Werner/Kolb GmbH zusammengelegt. Bei Werner müssen 30 Prozent des technisch verarbeiteten Produktionsprogramms und bei Kolb sogar die Hälfte aufgegeben werden. Verbunden ist dies mit einem Abbau der Arbeitskräfte bei Werner um 180 (jetzt 695) und bei Kolb um 100 (jetzt 280). Außerdem wird die Gießerei der Diag in Berlin im März 1984 geschlossen. Von dieser Schließung sind 65 Mitarbeiter betroffen. Die Konzentration auf moderne Werkzeugmaschinen war notwendig, weil nach Angaben des Vorsitzenden der Geschäftsführung, Helmut Hammer, die Produktvielfalt zu hohen Verlusten geführt hat. Unverändert wird hingegen die Diag-Tochtergesellschaft Honsberg GmbH, Remscheid, mit der Herstellung von Transferstrassen für die Automobilindustrie ihre Tätigkeit fortsetzen. Zur Diag gehört außerdem das Fritz Werner Werk in Geisenheim/Rheingau für Industriemaschinen. Nach der Neuordnung rechnet die Diag 1984 mit einem Umsatz von 580 (1983: 703) Mill. DM und einer Beschäftigtenzahl von noch 3250 (3810). Bei konsequenter Umsetzung aller Maßnahmen rechnet die Diag 1985 oder spätestens 1986 mit einem Abschluss ohne Verluste.

VERSICHERUNGAUFSICHT / Schadenversicherer mit erhöhten Rückstellungen - Verlust bei Einbruch/Diebstahl

Kapitalerträge bringen bescheidene Überschüsse

HARALD POSNY, Düsseldorf
Bei den deutschen Kompositversicherern stand 1982 ein wenig höherer versicherungstechnischer Verlust ein ganz deutlich gestiegenes Ergebnis aus den Kapitalanlagen der Versicherer gegenüber, die letztendlich zum besten Jahresüberschuss vor Steuern seit 1979 geführt haben. Dies stellt das Bundesamt für die Versicherungswesen (BAV) in seinem Geschäftsbericht 1982 fest. Anhand von 21 untersuchten Unternehmen, die alle Schaden- und Unfallsparten betreiben und etwa zwei Drittel des Gesamtmarktes repräsentieren, wird nach einem technischen Nettoverlust von 0,8 (0,5) Prozent der verdienten Nettoprämie und einem allgemeinen Ergebnis von 7,5 (6,1) Prozent der Jahresüberschuss vor Steuern mit 7 (5,6) Prozent der Nettobeiträge beziffert. Nach Steuern verblieben den Unternehmen 3,3 (2,6) Prozent, davon wurden 51,5 (45,1) Prozent vorab den Rücklagen zugewiesen, so daß der Bilanzgewinn der Unternehmen mit 280 Mill. DM nur 1,65 (1,4) Prozent der verdienten Nettobeiträge ausmacht. Immerhin: keines der 21 Unternehmen wies einen Bilanzverlust aus. Das BAV hebt in seinem Bericht hervor, daß sich die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaften nach dem leichten Rückgang im Vorjahr 1982 wieder gebessert hat. Sie wird vom BAV als „durchaus zufriedenstellend“ bezeichnet. Im Berichtsjahr haben sich vor allem die Vorjahres-Schadenrückstellungen sowie die sonstigen technischen Rückstellungen erhöht. Hier dürften sich nach Auffassung des BAV verstärkte Rückstellungen für drohende Verluste ausgewirkt haben, auf deren Notwendigkeit das Amt wiederholt hingewiesen hatte. Die bessere Ertragslage 1982 hat die Unternehmen in die Lage versetzt, so wohl der Schwankungsrückstellung als auch der Rückstellung für Beitragsrückerstattung erhebliche Beiträge zuzuführen. Bei der Analyse der Einzelsparten kommt zum Ausdruck, daß zum Teil über Jahre bereits, da bei allen Gesellschaften die Sparten Einbruch/Diebstahl (26 Prozent der Bruttobeiträge) Kredit (15), Rechtsschutz (11), Feuer mit dem höchsten absoluten Verlust (8), Hausrat und Wohngebäude (jeweils 10) die größten Verlustbringer sind. Die gewinnträchtigsten unter den bedeutenden Sparten ist die Allgemeine Unfallversicherung (17 Prozent der Beiträge), die Kraftfahrtversicherung (3). Bei der Allgemeinen Haftpflicht fiel das Ergebnis auf 3,5 (5,2) Prozent zurück. Die stärkste Verbesserung des Ergebnisses ist bei Transport (0,1 plus nach minus 8,3 Prozent) eingetreten. Bei den Lebensversicherern sind die Rohüberschüsse Jahresüberschuss plus Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung 1982 erneut kräftig gestiegen. Sie erreichen im Branchenmittel 41,8 (36,7) Prozent der Bruttobeiträge. Dabei wird jedoch angemerkt, daß die Ergebnisse einzelner Gesellschaften infolge der Struktur und des Alters der Versicherungsbestände erheblich voneinander abweichen. Vom Rohüberschuss nach Steuern flossen im Durchschnitt 98,3 (98,3) Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugunsten der Versicherten. Im Verhältnis zur Bruttoprämie ist sie nochmals gestiegen, von 36,1 auf 41,1 Prozent. Mit den Eigenkapitalaufbauten nach den künftigen EG-Richtlinien, die demnach in einer Kapitalausstattungsverordnung der Bundesregierung geregelt werden, kommen die Lebensversicherer nicht in Konflikt. Dennoch hat sich der langfristige Trend zur Verschlechterung der Relation von Eigenkapital und Deckungsrückstellung mit 1,13 nach 1,14 (1978: 1,3) Prozent als Maßzahl für den Geschäftsumfang fortgesetzt.

ROLINCO / Höhere Aktienkäufe in Deutschland
Gesamtrendite zu sehenden Ausschüttung als Folge hoher Kurssteigerungen und der betriebenen Anlagepolitik auf Vorjahreshöhe, unter Berücksichtigung der Kosten sogar etwas unter dem Vorjahr geblieben. Der Kurs der Rolinco-Aktie stieg um 46,3 Prozent auf 303,50 hfl. Einschließlich der Ausschüttung vom Dezember letzten Jahres erhöhte sich der Kurs um 50 Prozent auf 311,30 hfl. Die hohen Aktienkurssteigerungen ließen das Rolinco-Vermögen (nach Gewinnverteilung) um 36,1 Prozent auf 3,78 Mrd. hfl. wachsen. Davon entfielen immer noch 39,4 (44,8) Prozent auf US-Werte, 18 (15,8) Prozent auf japanische Aktien und 11,8 (8,7) Prozent auf niederländische Papiere. Die Bundesrepublik hat sich durch die Zukäufe vom 9. auf den 7. Platz (4,2 nach 2,1 Prozent) der wichtigsten Anlageländer vorgearbeitet. Entgegen früheren Jahren war der Anteil der Dividenden und Zins-einnahmen (108,8 Mill. hfl.) an der als

VAL. MEHLER

Wieder in den schwarzen Zahlen

INGE ADHAM, Frankfurt
Die Rückkehr in „gesicherte Ertragsverhältnisse“ wird der Val Mehler AG, Fulda, nach den Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Josef Briemaier im Geschäftsbericht 1983/84 (30. 6.) endgültig gelingen. Die neue Unternehmensstrategie habe gegriffen, betonte Briemaier bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1982/83. Die Gliederung der AG in drei Sparten und die Vernetzung der Produktionskonfektion in Tochterunternehmen sorgte für mehr Flexibilität und Marktnähe, mit innovativen Produkten – die AG hat sich verstärkt auf technische Textilien konzentriert – sei die Wettbewerbsfähigkeit erhöht worden.

Abonnieren Sie Informationsfülle

Es gibt dickere Zeitungen als die WELT. Kaum ein Blatt aber bietet eine größere Vielfalt an Meldungen und Berichten: komprimiert, konzentriert, übersichtlich geordnet. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich schnell und umfassend informiert.

DIE WELT

Hinweis für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende-Datum gemäß) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30530, 2000 Hamburg 30.

Name: _____
Stimme-Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____ Datum: _____
Unterschrift: _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende-Datum gemäß) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30530, 2000 Hamburg 30.

Die „gezielte, ertragsorientierte Straffung der Angebote“ führte zu einem Rückgang des Konzernumsatzes um 9 Prozent auf 339 Mill. DM. Davon entfielen auf die AG mit den Sparten technische Zwirne, industrielle Gewebe und technische Konfektion rund 200 (208) Mill. DM bei einer Exportquote von 46 (44) Prozent. Die Bekleidungsbranche Valmolin, Fulda und Trend-Text brachten 139 (165) Mill. DM. Entscheidend jedoch ist die im Gefolge der Umstrukturierung erzielte Ertragsverbesserung in „allen tragenden Sparten des Unternehmens“. Der in der Konzern-Gewinn- und Verlust-Rechnung ausgewiesene Jahresüberschuss von 0,9 Mill. DM (0,8 Mill. DM Verlust) stammt freilich noch aus a. o. Erträgen. In diesem Jahr werde man aber bei wieder steigenden Umsätzen auch beim Betriebsergebnis deutlich schwarze Zahlen erreichen. Dahinter stehen weiter verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen, die mit der Anpassung der Kapazitäten an die Nachfrage im vergangenen Jahr die Beschäftigtenzahl um 8,3 Prozent auf 2410 Mitarbeiter sinken ließen.

LBS BAYERN / Zuteilungen normalisiert

Wachstum im Neugeschäft

DANKWARD SEITZ, München
Ein gutes Baugeschäft verzeichnete die Bayerische Landesbausparkasse, München, im bisherigen Verlauf des Jahres 1983. Nach zwei Jahren mit Minderungen im Neugeschäft, so der Sprecher der Geschäftsleitung, Konrad Müller, schreibe man nun wieder schwarze Zahlen. Ungenügt er sich auf eine Prognose fest, gibt jedoch zu erkennen, daß das Jahresende eine Zuwachse von 10 bis 15 Prozent auf rund 4 Mrd. DM im Bereich des Möglichen liegt. In den ersten zehn Monaten 1983 konnte die LBS Bayern in ihrem Neugeschäft rund 190 000 Bausparverträge mit rund 3,3 Mrd. DM Bausparsumme abschließen. In der Summe ist dies eine Steigerung um 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahresniveau und in der Stückzahl um ebenfalls überdurchschnittliche 15 Prozent. Per Ende Oktober hatte die Landesbausparkasse einen Vertragsbestand von 1,3 Mill. mit einer Bausparsumme von 44 Mrd. DM.

BMW OF NORTH AMERICA / Absatz vervierfacht

Weiter auf Expansionskurs

E.-A. SIEBERT, Washington
Als goldrichtig hat sich die 1974 getroffene Entscheidung der BMW AG erwiesen, die Hoffman Motor Corp. auszuwählen und die Belieferung des amerikanischen Marktes durch die Gründung einer 100prozentigen US-Tochter mit Sitz in Montvale, New Jersey, selbst zu übernehmen. Seitdem hat sich der Absatz in den USA von 15 000 auf 52 400 Autos (1982) nahezu vervierfacht. In diesem Jahr erreichten die Verkäufe bereits 53 300 Wagen; gegenüber 1982 steigt der Umsatz – ohne Motorräder und Bootsmotoren – von rund 0,9 auf über 1,2 Milliarden Dollar. Wie der Präsident der BMW of North America Inc., Gunter Kramer, in einem Gespräch in Washington erklärte, bleibt das Unternehmen in den USA auf Expansionskurs. Ge-schaffen werden neue Filialen in der amerikanischen Hauptstadt und San Francisco, so daß sich die Zahl der regionalen Niederlassungen auf sieben (bisher: New York, New Jersey, Chicago, Dallas, Los Angeles und Atlanta) erhöht. Ausgeweitet wird die bisher auf ein Modell je Serie beschränkte Lieferpalette. In Amerika schon angeboten wird der 533i; im nächsten Jahr stößt der Sechszylinder aus der Dreier-Reihe und der Turbodiesel der Fünfer-Serie dazu. In den USA besteht das BMW-Netz aus 414 Händlern, ein Viertel sind exklusiv. Für 1984 sagte Kramer den Absatz von 69 000 Wagen, also plus 19 Prozent, voraus. Dabei hat er den lukrativen Luxusmarkt fast im Visier. Ohne Steuern kostet der 318i etwa 16 400, der 528e 24 800, der 533i 30 300, der 633CSI 40 700 und der 733i 38 300 Dollar.

Nordmende mit starkem Plus

dos. Bremen
Die Nordmende Vertriebs-GmbH & Co. KG, Bremen, die zur französischen Thomson-Brandt-Gruppe gehört, verzeichnete seit dem 2. Halbjahr 1983 kräftige Zuwachsraten. Gegenüber der gleichen Vorjahreszeit stieg der Umsatz im 3. Quartal um 9 Prozent. Bei Farbfernsehgeräten allein ist nach den Worten von Dieter Kunkel, Vorsitzender der Nordmende-Geschäftsführung, sogar ein Plus von 33 Prozent erzielt worden. Kunkel, der von einem unverändert starken Absatz von Videorecordern spricht, rechnet mit einem guten Weihnachtsgeschäft. Im Jahre 1982 war der Umsatz um 91 Mill. DM auf 648 Mill. DM zurückgegangen.

An dem seit 1980 bestehenden „einstufigen Vertriebssystem“ will Nordmende weiter festhalten. Das System zielt auf die direkte und ausschließliche Belieferung des Fachvertriebs unter Ausschluss des Großhandels ab. Inzwischen seien mit rund 1500 Einzelhändlern Verträge abgeschlossen worden.

ESSO / Studie zum Energieverbrauch - Anstieg bis zur Jahrtausendwende

Seit 1979 wurde kräftig gespart

JAN BRECH, Hamburg
Der Energiebedarf ist nach dem zweiten Ölchock 1979 weltweit stark zurückgegangen. Im Vergleich zu 1979 sind im vergangenen Jahr 250 Mill. Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) weniger verbraucht worden; das entspricht etwa der Menge, die Kanada als sechstgrößter Energiekonsument der Welt jährlich verbrennt. Am stärksten war der Rückgang in Nordamerika und Westeuropa. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie liegt in diesen Regionen unter dem Niveau von 1970. Einen höheren Verbrauch in der Welt erreichte lediglich Afrika, während der in Osteuropa, der UdSSR und der VR China unverändert blieb. Wie aus einer internationalen Statistik der Esso AG hervorgeht, wurden im vergangenen Jahr insgesamt 8600 Mill. Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) in der Welt verbraucht. Zur Deckung dieses Bedarfs trug Erdöl nur noch 43 Prozent bei, nachdem es 1973 noch 48 Prozent waren. Der Anteil von Kohle sank ebenfalls von knapp 33 auf 31 Prozent. Einen höheren Beitrag leisteten dagegen Erdgas mit 22 Prozent, Wasserkraft mit 2,6 und Kernenergie mit 1,9 Prozent.

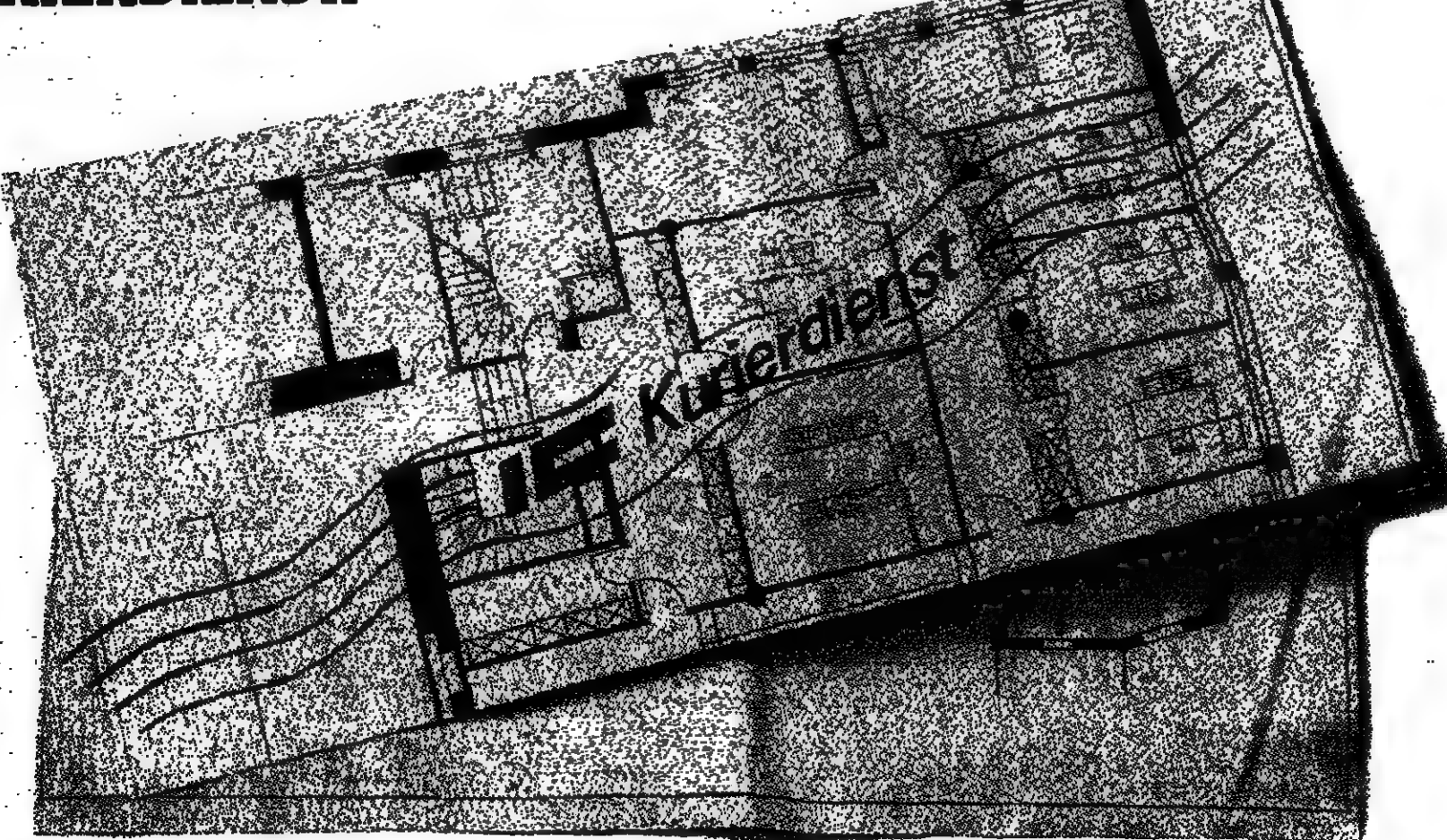
In der Bundesrepublik, dem fünftgrößten Verbraucher der Welt, ging der Energiebedarf seit 1979 um 11 Prozent auf 348,2 Mill. Tonnen SKE zurück. Dieser Trend wird nach Meinung der Esso langfristig nicht anhalten. Nach Schätzungen des Mineralölverbands wird der Energieverbrauch bis zum Jahr 2000 um 15 Prozent auf 415 Mill. Tonnen SKE ansteigen. Dabei werden sich die Verschiebungen in der Struktur der Bedarfsdeckung und des Verbrauchs ebenso fortsetzen wie die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Zunahme des Energieverbrauchs. Mehr als zwei Drittel des Verbrauchs zwischens von Primärenergie ergeben sich allein aus dem Anstieg der Umwandlungsverluste und dem Verbrauch im Energiesektor selbst. Zur Deckung des Bedarfs werden nach Schätzungen der Esso künftig

Mineralöl rund 31 Prozent beisteuern, Steinkohle 25 Prozent, Erdgas 10, Kernenergie 14, Braunkohle 10 und regenerative Energie wie Sonnen- und Wasserkraft 4 Prozent. Die bis zum Jahr 2000 anhaltende Dominanz des Mineralöls führt die Esso darauf zurück, daß Mineralöl in den Bereichen Verkehr und Chemie technisch und wirtschaftlich nur schwer ersetzt werden kann. Der Anteil von Kraftstoffen am gesamten Mineralölabsatz wird von derzeit etwa 25 Prozent auf mehr als 50 Prozent im Jahr 2000 steigen, während der Anteil von leichtem und schwerem Heizöl, der Anfang der siebziger Jahre noch fast 75 Prozent betrug, auf weniger als 50 Prozent zurückgehen wird. Der hochbleibende Beitrag des Mineralöls zum Energieverbrauch spricht nach Meinung der Esso ferner dafür, daß langfristig mit einem Aufwärtstrend der realen Rohölpreise gerechnet werden muß. Bei wiederanziehender Weltkonjunktur werde die Mineralölnachfrage steigen.

BUCHER DER WIRTSCHAFT

Wolfgang Michael Reiter/Sainer Karpenfeld (Hrsg.): **Media heute**. Verlag Media Dienst Frankfurt. 360 Seiten, 46 Mark.
Dreizehn Milliarden Mark wurden im Jahre 1982 in die Werbung investiert, und das trotz rezessiver wirtschaftlicher Entwicklung. Das Marketing hat seine Bedeutung nicht verloren, und insbesondere der Media-Planung kommt eine wachsende Bedeutung zu, denn mehr als zuvor kommt es darauf an, die reduzierten Etats sinnvoll einzusetzen. Doch zu wenig ist über die Wirkungsmechanismen der Werbung bekannt, immer noch verteilt die Wirtschaft ihren Etat zu sehr nach tradierten Usancen. Die Autoren dieses Buches, 27 an der Zahl, von Hans-Jürgen Becker bis Eberhard Wiele, haben die Media-Planung im Marketing analysiert, geben Antworten zur Werbung in Zeitungen, Publikumszeitschriften, Spezialtitel, Supplements, Fachzeitschriften, Funk, Kino und Fernsehen. Auch dem Bildschirmtext ist ein Kapitel gewidmet. Die Analyse der Media praxis liefert eine fundierte Handreichung, die Werbemittel sinnvoll einzusetzen.
Bremser-Kalender 1984; Herausg. Dr. Max Beck; Verlag Dr. Max Beck, Hagen, 578 Seiten, 28 Mark plus Versandkosten und 7 Prozent Mehrwertsteuer.
Das Handbuch für die Brenner- und Alkoholkonsum liegt nun im 31. Jahrgang vor. Die Informationen beziehen sich nicht nur auf die Daten der deutschen Branche, sondern auch die der EG.

JE SCHNELLER IHRE SENDUNG GEBRAUCHT WIRD, DESTO MEHR SPRICHT FÜR DEN IC-KURIERDIENST.



Wenn Pläne planmäßig ankommen sollen, dann baut man am besten gleich auf den IC-Kurierdienst der Bahn. Das geht ganz einfach. Sobald Sie am Gepäckschalter eines der 34 IC-Bahnhöfe eine Kuriergutharte ausgefüllt und die Sendung aufgegeben haben, ist alles auf dem richtigen Weg. In dringenden Fällen bringen Sie Ihr Päckchen bis 1 Minute vor Abfahrt direkt an den Zug. Und schon saust der Intercity zum Bestimmungsort.

Was letztlich heißt, daß Ihre Pläne rechtzeitig vorgelegt werden können. Damit empfiehlt sich die Bahn allen, die zügig etwas unter Dach und Fach bringen möchten. IC-Kurierdienst: Im Einstundentakt, Güter bis 10 kg. Maximale Länge 1 m. Abholung auch direkt am Intercity. Für 100 Mark. Weitere Informationen: IC-Kurierdienst, Postfach 16 09, 6500 Mainz 1.



ERGEBNISSE

Stuttgart - Bremen	3:0 (0:0)
Frankfurt - Hamburg	0:0
München - Dortmund	1:0 (0:0)
Nürnberg - K'lautern	3:4 (0:2)
Braunschweig - Offenbach	4:4 (3:2)
Mannheim - Düsseldorf	1:1 (1:1)
Köln - Uerdingen	3:0 (0:0)
M'gladbach - Leverkusen	3:1 (1:0)
Bochum - Bielefeld	2:3 (2:1)

DIE SPIELE

München - Dortmund 1:0 (0:0)
München: Platt - Augenthaler - Dremler, Beierlorzer - Nachtweh (46, Del'Haye), Kraus, Lerby, Pfiffner, Dürrenberger - M. Rummenigge, Hoenes - Dortmund: Imme - Zorc - Rüfenacht, Konopka - Storck (80, Lusch), Tenhagen, Blücher, Radu, Koch - Kaser (37, Reich), Dreßel - Schiedsrichter: Theobald (Wiesbaden). - Tore: 1:0 Lerby (52). - Zuschauer: 13 000. - Gelbe Karte: Storck (2).

Braunschweig - Offenbach 4:4 (3:2)
Braunschweig: Franke - Hollmann - Geiger, Pahl, Kindermann - Puspel, Trippacher, Geyer - Zavisic, Bruns, Worm - Offenbach: Herr - Kutzop - Paulus, Demuth, Grünwald - Trapp, Riedl (82, Franusch), Martin, Michelberger - Krause (87, Bein), Hofeditz, Schiedsrichter: Stäglich (Wuppertal). - Tore: 1:0 Bruns (19), 1:1 Grünwald (21), 2:1 Puspel (30), 3:1 Worm (40), 3:2 Trapp (43), 3:3 Hofeditz (53), 4:3 Zavisic (84), 4:4 Bein (89). - Zuschauer: 10 454. - Gelbe Karte: Zavisic (2), Martin, Trapp (4).

Bochum - Bielefeld 2:3 (2:1)
Bochum: Zunduck - Knöwe - Züglic, Gerland - Krell, Lameck, Schulz, Woelk, Kühn (70, Grünberger) - Kuntz, Schreier - Bielefeld: Kneib - Klugth - Schmier, Hupe, Pohl - Meier, Büscher (78, Westerwinter), Fagel, Butz (46, Kühhorn) - Grillemeier, Oszek - Schiedsrichter: Neuner (Leimen). - Tore: 0:1 Fagel (12), 1:1 Schulz (25), 2:1 Hupe (38, Eigentor), 2:2 Pohl (85), 2:3 Fagel (85). - Zuschauer: 13 000. - Gelbe Karte: Schulz, Kühn, Butz (2).

Frankfurt - Hamburg 0:0
Frankfurt: Pahl - Bruch - Kriebel, Kraus, Schwab, Borchers (82, Müller), Kroth, Falkenmayer, Trieb - Svensson, Toboik - Hamburg: Stein - Hieronymus - Wehmeyer, Jakobs - Hartwig, Rott, Groh, Magath, Schröder (80, Wuttke) - Schiedsrichter: Ahlenfelder (Oberhausen). - Zuschauer: 30 000. - Gelbe Karte: Schwab (4/2), Hartwig (4/2).

Köln - Uerdingen 3:0 (0:0)
Köln: Schumacher - Strack - Prestin, Steiner, Hünnerbach - Hartmann (84, Menzies), Haas (70, Zimmermann), Engels - Litzbarski, Fischer, Alofs - Uerdingen: Vollack - Herget - Hofmann, van de Loo, Buttgerit - Rasch, Klinger (83, Sackewitz), Thomas (78, Felzer), Funkel - Gülich, Loontjens - Schiedsrichter: Ermer (Weiden). - Tore: 1:0 Litzbarski (46), 2:0 Strack (61), 3:0 Fischer (84). - Zuschauer: 13 000. - Gelbe Karte: Steiner (4), Funkel (2).

Mannheim - Düsseldorf 1:1 (1:1)
Mannheim: Zimmermann - Sebert - Knapp, Dinitz, Tolonakis, Dickel - Qualzer, Hein, Scholz, Willkomm (81, Schön) - Düsseldorf: Kneib - Zewe - Kneib, Theis, Kneib - Bonner, Fack, Dusch, Weik - Thiele (78, Ormal v), Wenzel - Schiedsrichter: Retzmann (Hamburg). - Tore: 0:1 Fack (9), 1:1 Wenzel (14). - Zuschauer: 20 000. - Gelbe Karte: Thiele.

M'gladbach - Leverkusen 3:1 (1:0)
M'gladbach: Süde - Bruns - Ringels, Herjovics (75, Borowits) - Kraus, Rahn, Matthäus, Schäfer, Froitzek - Mill, Lienen (85, Orlens) - Leverkusen: Vollborn - Bast - Posser, Saborowski - Gelsdorf, Wojtowicz, Winkelhof (73, Vöge), Hörster, Röber - Tacha, Waas (86, Geszlecht) - Schiedsrichter: Cortell (Happenbach). - Tore: 1:0 Mill (1), 2:0 Froitzek (51), 3:1 Tacha (65), 3:1 Bruns (84). - Zuschauer: 18 000. - Gelbe Karte: Bast (2).

Nürnberg - K'lautern 3:4 (0:2)
Nürnberg: Kargus - Weyerlich - Tücher, Grabmann - Wöhrle, Lieberwirth, Ciske - Brunner, Elgert, Hiltner, Heidenreich - Abbramczak - Hecker - K'lautern: Hellström - Dusek - Wolf, Brigel - Rehme, Melzer, Ellenfeld, Gey, Kitzmann (84, Höbner) - Nürnberg: Alofs - Schiedsrichter: Roth (Salzgitter). - Tore: 0:1 Nilsson (16), 0:2 Ellenfeld (38), 0:3 Nilsson (48), 0:4 Nilsson (48), 1:4 Burgmüller (58), 2:4 Brigel (80, Eigentor), 3:4 Abbramczak (87). - Zuschauer: 10 500.

Stuttgart - Bremen 3:0 (0:0)
Stuttgart: Roleder - Mäkan - Buchwald, K.-H. Förster, B. Förster - Wiedemeyer, Ohlicher, Allgöwer, Sigurvinsson - Kelsch, Cornelissen (89, Reichert) - Bremen: Burdinski - Pezay - Schaaf, Gruber, Otten - Sidka, Möhlmann, Okudera - Reinders, Voller, Meier - Schiedsrichter: Niebergall (Rammelsbach). - Tore: 1:0 Kelsch (72), 2:0 Allgöwer (89), 3:0 Reichert (89). - Zuschauer: 35 000. - Gelbe Karte: K.-H. Förster (4), Gruber (4), Otten (2).

VORSCHAU

Mittwoch, 7. 12., 20.00 Uhr:
Hamburg - Stuttgart (2:0)

Freitag, 9. 12., 20.00 Uhr:
Leverkusen - Köln (0:0)

Samstag, 10. 12., 15.30 Uhr:
Offenbach - Mannheim (2:0)
Düsseldorf - Bochum (2:0)
Bielefeld - M'gladbach (4:2)
Dortmund - Nürnberg (4:0)
K'lautern - Frankfurt (3:0)
Bremen - Braunschweig (6:0)
Uerdingen - München (1:1)
In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

FUSSBALL / VfB Stuttgart begeisterte beim 3:0 über Werder Bremen - Schon Mittwoch Spitzenspiel gegen Hamburg

Trainer Benthau: „Die Liga braucht einen neuen Meister“

BERND WEBER, Stuttgart
Im schmucken Klubheim des VfB Stuttgart leuchteten am Samstagabend Kinderaugen. Gerhard Mayer-Vorfelder, der Präsident des Bundesligaführers, hatte sich zum diesjährigen Abschied seiner Mannschaft aus dem heimischen Neckarstadion etwas Besonderes einfallen lassen: 30 Waisen aus Schönaich, deren Eltern vor einhalb Jahren mit dem Bus verunglückt waren, durften zunächst selbstverständlich kostenlos, den Stuttgarter 3:0-Sieg über Werder Bremen von der Tribüne aus miterleben. Anschließend wurden sie von den strahlenden Siegern bewirtet. Und alle waren sich einig, daß die Einladung keine einmalige Geste bleiben, sondern in regelmäßigen Abständen wiederholt werden soll.

Daß der VfB Stuttgart jedes Mal die Stimmung durch eine solche Leistung wie am Samstag anheizen kann, ist unwahrscheinlich. Selbst Mayer-Vorfelder bezweifelt es: „Wir

dürfen um Gottes willen nicht die Übersicht verlieren und uns einbilden, daß es jetzt immer so optimal laufen wird“, meinte der Präsident. Gleichwohl, auch er ist - wie inzwischen so viele im Schwabenland - der Überzeugung, daß seine Mannschaft bei der Meisterschaftsvergabe „ein ganz ernstes Wort“ mitreden werde.

Nun ist es freilich überhaupt nichts Neues, daß die Stuttgarter vom Titelgewinn träumen. Das haben sie in den vergangenen Jahren mehrfach und zum Teil sehr intensiv getan. Am Ende jedoch standen sie stets mit leeren Händen da. „Weil die Spieler“, so sagte der Trainer Helmut Benthau gestern in einem Gespräch mit der WELT, „einfach noch nicht erwachsen und damit reif genug waren. Jetzt aber sind sie es.“

Trotz dieser selbstbewußten Standortbestimmung: Benthau will sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, nun hochgejubelt zu werden.

„Für mich“, erklärte er unmittelbar, „ist die Meisterschaft überhaupt kein Thema.“

Andere sprechen um so offener darüber. DFB-Trainer Erich Ribbeck zum Beispiel verfolgte den Spielbericht der Stuttgarter von der Tribüne aus, bezeichnete die Leistung der Schwaben als perfekt und kam sich nur schwerlich vorstellen, daß eine andere Mannschaft den Titel holt.

Bremens Trainer Otto Rehnhagel resümierte: „Wenn man mit 3:0 geschlagen wird, ist man normalerweise am Boden zerstört. Ich bin es nicht, weil die Stuttgarter optimal gespielt und unterstrichen haben, was ich schon seit langem behaupte - daß sie derzeit ganz eindeutig in Deutschland die Besten sind.“

Hermann Ohlicher, die gute Seele in der Stuttgarter Mannschaft, der Mann, der stets das größte Lauten-sum herunterspült, will Rehnhagels These im Ansatz nicht bestreiten,

aber er hält dagegen: „Wir wirken deswegen stärker, weil die anderen schwächer geworden sind. Das muß man einfach so sehen.“

Und auch Benthau glaubt, daß bei den Hauptkonkurrenten Bayern München und HSV „gewisse Abmattungserscheinungen“ erkennbar sind. Das sei einfach ein normaler Prozeß, wenn man so lange an der Spitze gestanden habe. Benthau wörtlich: „Wir wollen alles tun, um davon zu profitieren. Daß man derzeit in der gesamten Bundesliga und keineswegs nur in der Stuttgarter Region einen so hohen Grad von VFB-Sympathie zu spüren bekommt, verleiht uns die Hoffnung aller Fußball-Fans. Um das Bundesligaspiel wieder richtig anzukurbeln, braucht die Liga einfach mal wieder einen neuen Meister.“

Wer den VfB Stuttgart am Samstag hat wirbeln sehen, der kann sich durchaus vorstellen, daß die Stuttgarter diesmal am Ende der Saison da

stehen, wo sie sich im Moment befinden: ganz oben. Der Sport-Informationssendienst (sid) schreibt: „Benthau hat im zweiten Jahr seiner Tätigkeit aus einer wankelmütigen, oft unsicheren und zuweilen belächelten Truppe eine selbstbewußte Mannschaft geformt.“

Tatsächlich ist die Abwehr ein Bollwerk, in der Karl-Heinz Förster und sein Bruder Bernd so dazuschreiben, daß die gegnerischen Stürmer schon meist nach wenigen Minuten resignieren. Der Bremer Rudi Völler, normalerweise ein Mann, der seine Gegenspieler reihenweise nart, sah am Samstag gegen Karl-Heinz Förster überhaupt kein Land. Einziger Schönheitsfehler aus der Sicht des Stuttgarters in diesem Prestige-Duell: Einmal holte er seinen Nationalmannschafts-Kollegen, völlig unnötig, weil in gefährlicher Situation, fast an der Mittellinie so unsanft von den Beinen, daß Schiedsrichter Niebergall aus Rammelsbach keine

andere Möglichkeit blieb, als die gelbe Karte zu ziehen. Für Förster war es die vierte, und so kann er am Mittwoch, wenn es beim HSV darum geht, die Spitze zu verteidigen, nur zusehen.

Doch das können die Stuttgarter im Moment wahrscheinlich noch eher verkraften, als müßten sie auf die Leute verzichten, die ihr Spiel derzeit so meisterlich gestalten. Das sind Libero Hans-Peter Mäkan, der für die Offensive genauso viel tut wie für die Abwehrarbeit und der in vielen Szenen einen solchen Glanz entfachte, daß etliche Beobachter bereits Vergleiche mit dem großen Franz Beckenbauer anstellten.

Die 35 000 Zuschauer im Neckarstadion trampelten und klatschten nach dem Schlußpfiff vor Begeisterung. Daß es nur 35 000 waren, empfand Benthau als einzigen echten Makel eines Nachmittags, den auch er so schnell nicht vergessen werde.



Ein deprimierter Bruno Pezay (rechts), über Ohlicher und Kelsch fallen sich jubelnd in die Arme.

FOTO: TOP

16. Spieltag in der Statistik

	H	A	S	24:15	23:9	21:4	14:2	13:11	9:7
1. Stuttgart	16	9	5	2	34:15	23:9	19:4	14:2	10:10
2. München	16	10	3	3	29:14	23:9	19:4	14:2	10:10
3. Gladbach	16	9	4	3	34:18	20:10	22:6	15:1	12:13
4. Hamburg	16	9	4	3	30:17	22:10	24:7	14:2	9:10
5. Düsseldorf	16	8	4	4	38:21	20:12	27:6	13:3	11:15
6. Bremen	16	8	4	4	30:17	22:10	24:7	14:2	9:10
7. Leverkusen	16	7	4	5	29:21	18:14	19:4	14:2	10:17
8. Köln	16	7	4	5	29:21	18:14	19:4	14:2	10:17
9. Uerdingen	16	6	4	6	30:22	16:16	18:14	10:8	14:18
10. Bielefeld	16	6	3	7	30:22	16:16	18:14	10:8	14:18
11. Mannheim	16	4	5	6	19:27	13:17	17:12	9:7	16:24
12. K'lautern	16	5	3	8	33:36	13:19	17:12	9:7	16:24
13. Bochum	16	5	3	8	29:37	13:19	19:13	11:5	10:24
14. Braunschweig	16	6	1	9	28:36	10:22	22:14	11:5	6:22
15. Dortmund	16	3	4	9	18:34	10:22	9:10	8:8	9:24
16. Offenbach	16	4	2	10	24:51	10:22	17:15	9:5	7:38
17. Nürnberg	16	4	1	11	22:39	9:23	19:14	9:7	3:25
18. Frankfurt	16	1	7	8	18:35	9:23	10:11	8:10	8:24

Vier Klubs kämpfen um die Tabellenspitze

Noch vier Mannschaften haben vor dem letzten Spieltag der Hinserie die Chance, als Tabellenspitze in die Winterpause zu gehen: Der Hamburger SV, FC Bayern München, VfB Stuttgart und Borussia Mönchengladbach. Titelverteidiger Gladbach kann auf einen leichten Vorteil im Rennen um die Tabellenspitze setzen: Er genießt im Spitzenspiel gegen den derzeitigen Tabellenspitze Stuttgart als einzige der vier Mannschaften Heimrecht.

Bei einem möglichen Sieg braucht er dennoch die Unterstützung durch Bayer Uerdingen, das Bayern München mindestens einen Punkt abnehmen muß, wenn der HSV den ersten Platz aus dem Vorjahr bestätigen will.

Mit Ausnahme eines psychologischen Effektes ergibt sich jedoch kein Vorteil für die Mannschaft, die nach der Hälfte der Saison Tabellenspitze sein wird. Statistiker werden allerdings schon den kommenden deutschen Meister in ihr sehen, denn die Zahlen belegen, daß die Mannschaft, die zur Winterpause oben steht, mit 75prozentiger Sicherheit auch Meister wird.

In 15 von 20 Bundesliga-Spieltagen traf das zu. Von den momentan vier Anwärtern ist der VfB Stuttgart der einzige Klub, der bislang beides noch nicht erreichte: Er war noch nie nach der Hinrunde Tabellenspitze, noch Meister seit Bestehen der Bundesliga.

Torschützenliste: Acht Spieler gleichauf

Herausragender Torschütze des 16. Spieltags war der Schwede Torbjörn Nilsson, der für den 1. FC Kaiserslautern drei Tore erzielte. Ein überragender Torjäger dieser Saison zeichnet sich jedoch immer noch nicht ab. An der Spitze der Torschützenliste liegen jetzt acht Spieler mit je neun Treffern: Rudi Völler (Bremen), Dieter Schatzschneider (Hamburg), Torbjörn Nilsson (Kaiserslautern), Karl-Heinz Rummenigge (Bayern München), Herbert Waas (Bayer Leverkusen), Friedhelm Funkel (Bayer Uerdingen) sowie Manfred Burgmüller (Nürnberg) und Pierre Littbarski (Köln), die am Wochenende je ein Tor erzielten.

Nach der Elfmeter-Flut der vergangenen Wochen wurde am 16. Spieltag zum erstenmal in dieser Saison kein Strafstoß verhängt.

Auch von Platzverweisen blieb dieser Spieltag frei. Und obwohl Pahl, Steiner, Karl-Heinz Förster, Rüdiger Gruber und Wolfgang Trapp nach der vierten gelben Karte eine Zwangspause einlegen müssen, fiel auch die Zahl der Verwarnungen mit insgesamt 17 überdurchschnittlich niedrig aus.

Niedrig war auch die Zahl der Zuschauer. Zwar wurde die Grenze von drei Millionen Besuchern in dieser Spielzeit überschritten, doch wurden insgesamt nur 31 070 Zuschauer pro Spiel registriert. Das ist der schlechteste Saisonschnitt seit zehn Jahren.

WOLFGANG KLEFF

Jubiläum: 400. Einsatz

HEINZ STUMM, Düsseldorf
Wolfgang Kleff (37) genößt die Gratulationen. In Mannheim stand er zum 400. Male im Bundesligator. Damit begibt er ein Jubiläum, das nur wenigen Spielern (bisher 27) in der Bundesliga zuteil wird. Wie so eine stolze Zahl zu erreichen ist, wurde der Torwart von Borussia Mönchengladbach gefragt, den einst Hennes Weisweiler aus Schwerte in Westfalen zum Böhleberg nach Mönchengladbach holte. Kleffs Antwort: „Zum ersten braucht man ein bißchen Glück und wenig Verletzungen und dann einen Trainer, der einen mag.“

Den Trainer hat Wolfgang Kleff im fortgeschrittenen Fußball-Aber von 37 bei Borussia Mönchengladbach gefunden. Kleff schreibt den Aufschwung seiner Mannschaft auch der Verlässlichkeit seines Torwarts zu. Wäre es nach Kleff gegangen, würde er immer noch das Trikot des VfL Borussia Mönchengladbach tragen. Doch vor anderthalb Jahren plante Jupp Heynckes ohne ihn. Zu war hatte Udo Lattek ihn schon auf die Ersatzbank verbannt. Das veranlaßte Kleff, seinen Arbeitsplatz vorübergehend bei Borussia BSC zu suchen.

Dennoch kam er auf 400 Bundesligaspiele, was er ebenfalls recht plausibel erklärt: „Als Feldspieler wäre mir das nicht gelungen. Denn mit 37 wird man nur noch als Turlüter akzeptiert. Und zudem habe ich ja erst mit 21 Jahren als Profi angefangen.“

Die Vergangenheit belastet Kleff nicht. Ohne ihn enthält sie mehr freundliche Erinnerungen als negative Erfahrungen. „Was war das schön, als ich noch mit Sepp Meier um einen Platz in der Nationalmannschaft rangelte und Hennes Weisweiler sich für mich ins Zeug legte“, denkt er gern an die früheren 70er Jahre zurück.

In Düsseldorf erlebt Kleff noch einmal eine sportliche Spätblüte mit einer Mannschaft, die er für fähig hält, den UEFA-Pokal zu gewinnen. Trotz dem will er seiner Absicht treu bleiben und seine Karriere am Saisonende beenden: „Ich stehe bei meinem Freund im Wort, daß ich dann in mein Blumengeschäft einsteige.“

Nürnbergs Manager Klug kritisiert Präsident und Trainer - Zahlt Mast für Breitner 20 000 Mark im Monat?

Von ULRICH DOST

Ein Platz im UEFA-Cup müsse schon herauskommen, schließlich sei der 1. FC Nürnberg eine attraktive Mannschaft. In diese Richtung hat Michael A. Roth (47), Präsident des 1. FC Nürnberg, vor dieser Saison laut gedacht. Die Wirklichkeit aber sieht heute so aus: Nur 9:23 Punkte, nur der vorletzte Platz in der Tabelle. Wie es aussieht, werden sich die Nürnberger nach 1989 und 1979 zum dritten Mal mit dem Gedanken vertraut machen müssen, wieder Zweitklassigkeit zu sein. Die WELT sprach mit Nürnbergs Manager Udo Klug (56) über die Situation.

WELT: 3:4-Heimniederlage gegen Kaiserslautern am Wochenende, Nürnberg steht am Ende der Tabelle. Wird die Mannschaft auch am Ende der Saison dort stehen?

Klug: Für uns wird es immer schwerer. Aber eines steht fest: Wir müssen uns damit abfinden, daß wir bis zum Saisonende auf einem der letzten drei Plätze stehen werden. Orientieren sollten wir uns am drittletzten Platz, der zu den Entscheidungsspielen berechtigt.

WELT: Da schwingt ja schon sehr viel Resignation mit?

Klug: Das glaube ich nicht. Denn was ich sage, ist eine nüchterne und klare Feststellung. Alles andere wäre Augenwischerei.

WELT: Können Sie denn als Manager keine Wege aufzeichnen, die doch noch aus dem Dilemma führen könnten?

Klug: Sicherlich kann ich Vorschläge machen. Doch ein Allheilmittel gibt es nicht. Ich bin auch nicht der Zauberer, der nur in die Trickkiste zu greifen braucht.

WELT: Bis zum 22. Oktober waren Sie in Personalunion Manager und Trainer. Dann übernahm der arbeitstüchtige Rudi Krüner Ihre Trainerarbeit. Heute beklagt sich Krüner über die vielen Verletzungen. Ist das ein Grund für die Misere?

Klug: Das ist nur ein Teil der Misere. Sicherlich waren uns die Verletzungen von Hintermaier, Reinhardt oder Trunk zurück, doch mit solchen Problemen müssen alle fertig werden.

WELT: Es sei ein Fehler, so meinte Ihr neuer Trainer, daß von der Saison viele neue Spieler eingekauft wurden und dadurch keine eingetragene Mannschaft zustande kam. Das ist ein direkter Vorwurf gegen Sie...

Klug: Da muß ich deutlich widersprechen. Ich finde, das ist eine dürftige Entschuldigung. Herr Krüner hat doch vorher genau gewußt, welche Mannschaft er übernimmt, da kann er doch jetzt nicht jammern. Ich habe vor zwei Jahren die Mannschaft mit 6:10 Punkten und zehn Amateuren übernommen. Da weiß man doch vorher, worauf man sich einläßt. Da kann ich doch andere nicht später verantwortlich machen. Tatsache ist doch vielmehr, daß durch die personellen Verschiebungen im Oktober Unruhe in die Mannschaft gekommen ist. Eine kleine Gruppe wollte

damals unbedingt etwas verändern. Das war bestimmt nicht zum Vorteil für den Klub.

WELT: Hätten Sie denn gerne als Trainer-Manager weitergearbeitet?

Klug: Ich glaube, daß ich heute noch das Vertrauen der Mannschaft und der Nürnberger Bevölkerung besitzen würde.

WELT: Dann war es also Ihrer Meinung nach ein Fehler, den Trainerwechsel vorzunehmen?

Klug: Die entscheidenden Fehler sind bereits im Mai gemacht worden. Ich habe immer die Politik der kleinen Schritte verfolgt. Wir starteten, wie bereits erwähnt, mit 0:10 Punkten, kamen dennoch ins Pokalfinale.

Im letzten Jahr hatten wir sechs Spielstage vor dem Ende mit dem Abstieg nichts mehr zu tun. Ich habe ein neues Konzept für diese Saison vorgelegt, das Verstärkungen für höchstens 100 000 Mark vorsah. Doch das war zu wenig, plötzlich sprach das Präsidium von 500 000 Mark.

Plötzlich redete der Präsident davon, die Mannschaft müsse attraktiver gemacht werden, sie müsse in den

UEFA-Pokal. Plötzlich trat eine Wende ein, die ich bis heute nicht verstehen kann.

WELT: Was ist daran auszusagen, wenn ein Präsident, der das Geld gibt, große Pläne hat?

Klug: Im Prinzip nichts, man darf dabei nur keine Fehler machen. Was in Nürnberg leider passierte, Da wurde der Schweizer René Botteron abgegeben, obwohl die Sache mit Tschaba Bun noch gar nicht geregelt war.

Was passierte: Für Botteron und später Werner Dreßel wurden mit Manfred Burgmüller und Rüdiger Abramczik nur etwa gleich starke Spieler mit guten Namen geholt. So kann ich aber keine Mannschaft verstärken. Das schaffe ich nur, wenn ich zu den guten noch einen oder zwei gute Spieler dazu hole. Das hat doch alles nicht zusammengepaßt. Als dann Max Merkel in der „Bild“-Zeitung auch noch vom UEFA-Cup-Platz für Nürnberg schrieb, waren sie alle geblendet. Doch richtig ist, daß die Qualität der Mannschaft dazu einfach nicht ausreicht.

WELT: Was ist Ihre Aufgabe, den Präsidenten darüber aufzuklären?

Klug: Habe ich doch immer getan. Eine Mannschaft, so habe ich ihm gesagt, die ständig eine stabile Leistung zeigt, deshalb aber nicht absteigt, ist mir lieber als eine attraktive Mannschaft, die zweitklassig wird.

Derweil kursieren die wildsten Gerüchte in Braunschweig, wie Breitner denn nun bezahlt werde. Mast sagt: „Er wird bei uns einen Beratervertrag unterschreiben, wie er in der Industrie üblich ist.“ Breitner sagt, er arbeite zum „Null-Tarif“. Ich habe deshalb keinen Vertrag unterschrieben, weil ich aus privaten und beruflichen Gründen gar nicht aus München weg kam.“ Ab Januar 1984 übernimmt Breitner seine Tätigkeit bei adidas, die ihm jedoch lukrative Nebenjobs erlaubt. Mast, so wird in Braunschweig gemunkelt, lasse sich Breitners Nebenjob 20 000 Mark im Monat kosten. Aus eigener Tasche selbstverständlich. Deshalb, so Mast, „kann das dem Klub doch egal sein“.

Wer jetzt gedanklich nicht umschwenkt, ist ein Träumer.

WELT: Sie haben alle Kompetenzen eines Managers. Was werden Sie für die Mannschaft tun?

Klug: Ich habe dem Trainer im psychologischen Bereich meine Hilfe angeboten. Ich hoffe, daß er sie annimmt. Doch eines ist klar: Wenn mein Vertrag zum Saisonende ausläuft, lege ich keinen großen Wert darauf, daß er verlängert wird.

Von schönen Frauen war er ständig umgeben, getanz hat er wie ein Verrückter, auch den Entenanz ließ er nicht aus - so feierte Günter Mast (37), Likörfabrikant aus Wolfenbüttel und seit einer Woche Präsident von Eintracht Braunschweig, den Höhepunkt der Braunschweiger Ball-Saison, den „Winterball“. Das tat er aber nicht, ohne vorher noch einmal das frühere Braunschweiger Präsidium, das diesen Ball organisiert hatte, noch einmal lächerlich zu machen. Also lästerte er über den Ball, der als Stargast den Sänger Tony Marshall (41) zu bieten hatte: „Da sieht man doch, die Eintracht ist ein Popklub.“ Kleinkariertes, so Mast, soll es zukünftig in der Braunschweiger Provinz nicht mehr geben: „Demnächst werden auch die festlichen Veranstaltungen so gefeiert, wie ich es von meinem Unternehmen gewohnt bin.“ Mit dem Kleckern ist es nun vorbei, jetzt wird geklotzt. Mast hat versprochen, daß in drei Wochen von dem mit vier Millionen Mark verschuldeten Klub „kein Dritter mehr Geld von uns kriegt“. Mast zur WELT am SONNTAG: „Alle Gläubiger werden bezahlt sein, die Außenstände sind umgewandelt in einen einzigen Bankkredit, hinter dem ich stehe.“

Paul Breitner (30), das weiß Mast, steht auch entschlossen hinter dem neuen Präsidenten. Am Samstag war der frühere Nationalspieler in Braunschweig und sah das 4:4 gegen Offenbach. Kompetenzüberschreitungen mit dem Trainer Alexander Ristic (39), so Breitner, werde es nicht geben. Auch Ristic strahlt wieder, seitdem Mast in der Mannschaftsbesprechung festlegte, daß er allein im sportlichen Bereich die Verantwortung trage. Ristic begrüßte es sogar, Breitner als Berater zur Seite zu haben.

Derweil kursieren die wildsten Gerüchte in Braunschweig, wie Breitner denn nun bezahlt werde. Mast sagt: „Er wird bei uns einen Beratervertrag unterschreiben, wie er in der Industrie üblich ist.“ Breitner sagt, er arbeite zum „Null-Tarif“. Ich habe deshalb keinen Vertrag unterschrieben, weil ich aus privaten und beruflichen Gründen gar nicht aus München weg kam.“ Ab Januar 1984 übernimmt Breitner seine Tätigkeit bei adidas, die ihm jedoch lukrative Nebenjobs erlaubt. Mast, so wird in Braunschweig gemunkelt, lasse sich Breitners Nebenjob 20 000 Mark im Monat kosten. Aus eigener Tasche selbstverständlich. Deshalb, so Mast, „kann das dem Klub doch egal sein“.

Derweil kursieren die wildsten Gerüchte in Braunschweig, wie Breitner denn nun bezahlt werde. Mast sagt: „Er wird bei uns einen Beratervertrag unterschreiben, wie er in der Industrie üblich ist.“ Breitner sagt, er arbeite zum „Null-Tarif“. Ich habe deshalb keinen Vertrag unterschrieben, weil ich aus privaten und beruflichen Gründen gar nicht aus München weg kam.“ Ab Januar 1984 übernimmt Breitner seine Tätigkeit bei adidas, die ihm jedoch lukrative Nebenjobs erlaubt. Mast, so wird in Braunschweig gemunkelt, lasse sich Breitners Nebenjob 20 000 Mark im Monat kosten. Aus eigener Tasche selbstverständlich. Deshalb, so Mast, „kann das dem Klub doch egal sein“.

Derweil kursieren die wildsten Gerüchte in Braunschweig, wie Breitner denn nun bezahlt werde. Mast sagt: „Er wird bei uns einen Beratervertrag unterschreiben, wie er in der Industrie üblich ist.“ Breitner sagt, er arbeite zum „Null-Tarif“. Ich habe deshalb keinen Vertrag unterschrieben, weil ich aus privaten und beruflichen Gründen gar nicht aus München weg kam.“ Ab Januar 1984 übernimmt Breitner seine Tätigkeit bei adidas, die ihm jedoch lukrative Nebenjobs erlaubt. Mast, so wird in Braunschweig gemunkelt, lasse sich Breitners Nebenjob 20 000 Mark im Monat kosten. Aus eigener Tasche selbstverständlich. Deshalb, so Mast, „kann das dem Klub doch egal sein“.



Der Schnapshändler und sein Unterhändler: Günter Mast (links) und Paul Breitner auf der Tribüne im Braunschweiger Stadion.

FOTOS: DPA

Nur dürftige Entschuldigungen parat: Nürnbergs Trainer Klug.

Nur verhaltene Freude zeigt dagegen Schalkes Schatzmeister Ingo Westen: „Beim Aufstieg vor zwei Jahren haben wir uns saniert. Jetzt haben

Weyer: Eine Gesellschaft, die Kinderlachen nicht ertragen kann, ist eine tote Gesellschaft . . .

Weyer hätte dies dem Innenminister am liebsten selbst gesagt. Doch

Kämpferischer Willi Weyer: Vor dem DSB-Hauptausschuß hielt der Sportbund-Präsident eine vielbeachtete Rede.

Einmütig verabschiedete der Hauptausschuß eine Entschö-
nung zur „Grundsatzserklärung für den
Spitzensport“, mit der die 1977 ver-
kündeten Prinzipien unterstrichen
und verdeutlicht werden sollen. Da
die Dopinggefahr in den letzten sechs
Jahren eher zugenommen hat (Akti-
ven-Sprecher Michael Beckert er-
klärt: „Ein schlimmer hoher Anteil der in der
Bundesrepublik gegenwärtig geföhr-
deten 2700 Athleten dort sich“), so-
len für den Athleten nun vor allem
„dankierende Maßnahmen“ ergriffen
werden. Beckert: „Man kann Do-
ping nicht mit einem durch Kontrollen
bekämpften. Der Athlet muß viel-
mehr als bisher entlastet und aufge-
klärt werden.“ Der Aktiven-Sprecher
verspricht sich viel von einer geplan-
ten Aufklärungschrift, in der Neben-
und Spätschäden von Doping aufge-
listet werden sollen.

Schwache Männer, viel Lob für die Lohhofer Damen

Ähnlich erging es dem USC Gießen, der sich vor dem Spiel noch gute Chancen auf ein besseres Resultat ausgerechnet hatte. Die Spieler verschleierten den ersten Satz förmlich, wußten sich in den folgenden Abschnitten jedoch zu steigern. Die Leistungen reichten allerdings nicht für einen Satzgewinn, der dringend notwendig gewesen wäre, um eine bessere Ausgangsposition für das Rückspiel am 10. Dezember in Gießen zu schaffen.

Ganz anders die Situation bei den Frauen, die in den Europapokalspielen auf deutliche Siege verweisen können. Im Wettbewerb der Landesmeister gewann der SV Lohhof beim CSB-Vertreter Slavia Preßburg mit 3:1 und entlockte damit sogar Trainer Andrzej Niemczyk ungewohnt lobtöne. „Wir haben in den beiden letzten Sätzen gespielt, wie ich es mir immer wünsche“, Martin hat seine Mannschaft im vergangenen Jahr noch das Europapokal-Finale gegen dieselbe Mannschaft verloren. Nach diesem glatten Auswärtssieg, vor allem Terry Place-Brandel und Angela Liebelt zu verdanken war, scheint Lohhof die nächste Runde mühelos erreichen zu können. Eine ähnlich konzentrierte Leistung wie in Preßburg ist jedoch die Voraussetzung dafür.

Noch klarer als der SV Lohhof, allerdings gegen einen weitaus schwächeren Gegner, behielt Pokalsieger VfL Oythe die Oberhand. Die Damen aus Niedersachsen schickten den türkischen Vertreter Arcelite Istanbul mit einer 0:3-Niederlage auf die Heimreise.

BOZEN
Bundesliga 1. Wettkampftag: Siecht
St. - Leverkusen 11:12.
Internationaler Kampftag in Stutt-
gart: Halbschwer: Rocchigiani (Berlin)

Konsequenter René Weller

Und René Weller verliebte, das sagte er selbst, „einen gemächlichen Abend“. Es spielte keine Rolle, daß sein Gegner, der in Venezuela geborene Spanier Hugo Carizzo, schon gegen Welt- und Europameister sehr gut ausgesehen hatte – in der fünften Runde wurde für ihn das Handtuch geworfen. Danach sagte er: „Weller ist ein guter Boxer und war mein bisheriger bester Gegner. Aber er hat keinen Punch.“

Vom was also war Carlzen so eingeschlagen, daß ihm am Ende der vierten Runde nur der Gong vor dem K.o. retten konnte? Weder als Amateur noch in seinem nun 23 Profikämpfen erlebte man Weller so konsequent nach vorn marschieren. Es war die Vielzahl der Treffer, die den Spanier zermürbte – etwa 50 allein in der zweiten Runde. Weller: „Ich wollte nach den vielen Prüfen der Vergangenheit zeigen, daß ich auch anderen boxen kann. Doch ich spiele lieber herum, als so konsequent anzugehen. Ich boxe doch überhaupt nur deshalb noch, weil ich so selten geprüffert werde.“

Mit dieser sogenannten Kunst will er jetzt am 27. Januar in Frankfurt gegen den Italiener Lucio Cosma Europameister werden. Denn: „Wenn ich erst einmal Europameister bin, kann ich die Weltmeister Hector Camacho oder Roger Mayweather herausfordern.“

Auffällig, daß Weller selbst kaum
etwas von der ersten W.A. W.

och von der ominösen WAA-Weit-
meisterschaft spricht, die er am 7.
Oktober nach 2:38 Minuten gegen ei-
nen gewissen James Ortega gewon-
nen hatte. Doch da wird er jetzt von
einem Manager Wilfried Sauerland
unter Druck gesetzt. Der hat sich
nämlich verpflichtet, daß Weller die-
sen Titel innerhalb von 90 Tagen ver-
teidigt. Das soll nun am 6. April -
zum Ablauf der Frist - in Köln ge-
schehen. Pat O'Grady, der Gründer
des WAA, hat sich nicht

es WAA-Wellverbandes, hat in einem Brief an Wellers Manager sechs mögliche Gegner genannt. Darunter ist erneut jener Ortega, der selbst vom eigenen Verband in keiner Rangliste mehr geführt wird.

Nachricht am Rande der Stuttgarter Veranstaltung: Theo Wittenbrink, Präsident des Bundes Deutscher Befahrer will im Mai zurücktreten

Sie wollen etwas Besonderes verschenken?

Verschenken Sie aktuelles Weltgeschehen!

Das kostet ein Geschenk-Abonnement der WELT:

Bezugspreis	Inland frei Haus durch Träger oder Post	Ausland normaler Postversand	Ausland Luftpost-Versand
12 Monate	307,20	420,-	auf Anfrage
6 Monate	153,60	210,-	
1 Monat	25,60	35,-	

Hinweis: Sie haben das Recht, die Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei:
DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte ausfüllen und einsenden an:
DIE WELT, Vertriebsleitung,
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein für ein WELT-Geschenk-Abonnement

Mit den dazugehörigen Kommentaren, Hintergrundberichten und Analysen. Mit anregenden Diskussionsbeiträgen und vielfältigem Wissen. Verschenken Sie die WELT. Und Sie sagen dem Beschenkten jeden Tag wieder neu, daß Sie ihn als einen weltoffenen, vielseitig interessierten Menschen schätzen.

DIE ÖWE
BEWEISUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kohl: Die Deutschen haben die Kraft zur Wende

The Bureau
 Correspondence
 and other
 documents
 and other
 documents

[illegible]

Bezugspreis	Inland frei Haus durch Träger oder Post	Ausland normaler Post- versand	Ausland Luftpost- Versand
12 Monate	307,20	420,-	auf Anfrage
6 Monate	153,60	210,-	
1 Monat	25,60	35,-	

Hinweis: Sie haben das Recht, die Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei:
DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte ausfüllen und einsenden an:
DIE WELT, Vertriebsleitung,
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30

**Bestellschein für ein
WELT-Geschenk-Abonnement**

Lieferung
Bitte liefern Sie die WELT
ab 1. _____ 19__

☐ bis auf weiteres
☐ für die Dauer von _____ Monaten

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____
 Der Abonnements-Preis beträgt monatlich DM 25,00

(Ausland DM 35,-, Luftpostversand auf Anfrage).
anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer
eingeschlossen.

☐ direkt an die Anschrift des Geschenk-Abonnement-
Erscheinungsstellen

☐ an meine untenstehende Anschrift, damit ich ihn dem Beschenkten selbst übermitteln kann.

Bezahlung
Ich bezahle das obenstehend bestellte Geschenk-
Abonnement im voraus

☐ monatlich ☐ für die gesamte Lieferzeit
in einem Betrag
☐ vierteljährlich
☐ Ich ermächtige Sie, den Betrag abzubuchen von

Ich ermächtige Sie, den Betrag abzubuchen von
meinem
Konto Nr. _____
bei (Geldinstitut) _____

Bankleitzahl _____
☐ Ich bitte um Rechnungsstellung

Mein Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PL Z/Dst: _____

PLZ/Ort: _____
Telefon: _____ Datum: _____
Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: _____

Tanz zwischen Ehrung und Werbung

DW, Berlin
Michael Groß war diesmal da – aber als es darum ging, der Form dieses vielleicht veralteten Festes zu genügen, verdrückte er sich. Ulrike Meyfarth wurde zum dritten Mal geehrt – aber als es darum ging, ein paar nette Worte als Dank für die Ehrung zu sprechen, fiel ihr (berechtigte) Kritik ein: „Warum immer ich? Dieses Ereignis wirft ein bezeichnendes Licht auf den Freisport, der auch heute noch nicht frei ist von Diskriminierung. Es fängt damit an, daß es immer noch natürlich ist, wenn ein Mann Sport treibt. Aber es würde den Rahmen dieser Veranstaltung sprengen, wenn man dieses Thema vertiefen sollte.“

Die Veranstaltung: Proklamation der „Sportler des Jahres 1983“. Von den deutschen Sportjournalisten waren Weltrekord-Schwimmer Michael Groß, Hochspringerin Ulrike Meyfarth und die Mannschaft des VfL Gummersbach gewählt worden. Ulrike Meyfarth mit einer Stimmzahl übrigens, die höher war als die der zehn nächstplatzierten Damen zusammen.

Der Rahmen: Das Rias-Tanzorchester spielte im Palais am Funkturm zum Tanz auf. 1000 Gäste waren da.

Die Sportler, die von den Journalisten bei der Wahl genannt worden waren, konnte man an einer Hand abzählen, die Journalisten selbst, deren Votum die Voraussetzung für diese Veranstaltung schafft (bereits die 37. Auflage) erschienen im Dutzend (mehr nicht). Es war ein Abend, der letztlich von den Stars früherer Tage und der Anziehungskraft der Veranstaltung auf das Umfeld der Leistungssport-Szene lebte.

Vielleicht – Smoking und dunkler Anzug sind erwünscht – ist das alles etwas zu fein, ein wenig zu geworben. Da ist es geradezu wünschenswert, daß Michael Groß auch diesmal keine Verbeugung vor der Etikette machte. Seine Vorgänger erschienen in feinem Tuch, er gab sich sportlich: Weißes Hemd, blaue Jacke, graublaues Hemd, roter Pulli. Kritik daran gab es auch diesmal – tanzte wollte er ja auch nicht: „Was ich nicht kann, das tue ich auch nicht.“

Für alle, die ein solches Fest zum steifen Ball machen wollen, ein Zitat und eine Anmerkung.

Das Zitat stammt von Willi Daume. Er sagte zu Michael Groß: „In jungen Jahren treten Sie ein in die Reihe der ganz Großen. Vielen Dank für Ihre tadellose sportsmännische Haltung.“

Die Anmerkung: Willi Wülbeck, Weltmeister über 800 m und Zweiter der Wahl hinter Groß, sprang im dunklen Anzug und weißen Turnschuhen auf die Bühne. Die Schuhe waren Zeichen dafür, daß er gerade die Marke gewechselt, einen neuen Vertrag unterschrieben hat. Frühere Stars, die Olympiasieger Annegret Richter und Willi Hordorf zum Beispiel, hatten eine kabarettistische Nummer einstudiert – gesponsort von ihrer Firma, zu der auch Wülbeck gehörte. An den Proben durfte der Weltmeister noch teilnehmen, beim Auftritt fehlte er. Er gehört ja nicht mehr zum Firmenteam.

Auch das ist das Umfeld des Leistungssports, der sich manchmal im Frack zeigen will und doch nicht überdecken kann, daß Kommerz wichtiger ist als Schicksal und Kragen, die bei Michael Groß (warum auch nicht?) fehlten. Zwölf Minuten lang zum Beispiel durfte der Vertreter eines Cornflakes-Produkts die Bedeutung der gesunden Ernährung im Sport ansprechen.

Da ist es erlosam, einen wie Michael Groß zu haben, der sich vor dem Ehrenamt versteckt und sich um die geballte Ladung von Werbemaßnahmen nicht kümmert.



Gute Laune – einmal ohne Schlippe: Michael Groß, Ulrike Meyfarth, Gummersbachs Kapitän Helmut Brand. FOTO: RZEMKA

TURNEN

Eric Singer unter bösem Verdacht

maru/K.B. Bonn

Der Deutsche Turnbund (DTB) kommt nicht zur Ruhe. Nachdem der Fall Yvonne Haug (Verdacht auf Pubertätsmagersucht) noch nicht ausgestanden ist, gerät nun der seit 1978 beim Verband beschäftigte amerikanische Bundestrainer Eric Singer in die Schußlinie. Mannschaftsleiter Ulrich Maier teilte Bundestrainerturnwartin Ursula Hinz mit, daß Singer bei den Weltmeisterschaften in Budapest ohne Wissen der Ärzte an einige Turnrinnen Kalium-Kalzium-Aufbaupräparate in Überdosis verabreicht habe.

Bundessportwart Hans-Jürgen Zacharias zur WELT: „Eric Singer wird keine Turnhalle mehr betreten. Wir werden uns um die Verpflichtung eines Honorartrainers bemühen, der statt dessen Cheftrainer Vladimir Prok bei den Olympiavorbereitungen zur Hand geht.“

Zacharias weiter: „Was Singer gemacht hat, ist eine Schande. So etwas muß er dem Arzt überlassen. Das ist auch ein Vertrauensbruch gegenüber Cheftrainer Vladimir Prok. Denn er hatte den Mädchen noch zuvor gesagt, daß sie nur dann Medikamente einnehmen dürfen, wenn diese vom Arzt verordnet sind. Wir müssen nun den Deutschen Sportbund über den Fall Singer informieren.“

Eric Singer war bereits 1979 in den Verdacht geraten, Medikamente verabreicht zu haben, die nicht erlaubt sind. Doch dem Präsidium des Deutschen Turnbundes fehlte seinerzeit der Beweis, um gegen Singer etwas zu unternehmen. 1981 beschloß sich das Präsidium erneut mit dem Fall Eric Singer, doch auch damals waren ihm Verfehlungen nicht nachzuweisen.

Kalium-Kalzium-Aufbaupräparate in Überdosis werden leichtfertig an Turnerinnen verabreicht, die an Pubertätsmagersucht leiden, weil bei ihnen der Kreislauf mit diesen Medikamenten gestützt werden muß. Diese Präparate haben nach ärztlicher Erfahrung aber keinerlei positiven Effekt. Die Wirkung ist vorwiegend psychischer Natur, doch wird bei Erhöhung der Dosis die muskuläre Erregbarkeit gestört, die Ermüdungserscheinung nimmt ab, gleichzeitig wird die Gefahr des Herzkammerflimmerns hervorgerufen.

Bekannt wurde der Fall Singer beim Deutschland-Pokal der Kunstturnerinnen in Meinerzhagen, den die Wölfsburgerin Anja Wilhelm (38,1 Punkte) vor der Hannoveranerin Elke Heine (38,1) gewann. Doch Tagesgespräch in Meinerzhagen war der Fall Yvonne Haug (Berlin) seit Jahren der Verdacht auf Pubertätsmagersucht besteht, sagte Bundessportwart Hans-Jürgen Zacharias. Yvonne Haug bleibt nur dann in der deutschen Olympia-Riege, wenn sie im nächsten Jahr die letzten Vorbereitungen ohne ihren Heimtrainer in Frankfurt bei Vladimir Prok vornimmt. „Das heißt, Yvonne Haug soll – falls sie gesund sein sollte – beim entscheidenden Training nicht von ihrem Berliner Heimtrainer Jupp Hinz und auch nicht von ihren Eltern beeinflusst werden.“

SARAJEWO

Schlechte Bahn Bobfahrer drohten mit Abreise

sid, Sarajewo

Nur haarscharf an einer Piste schrammte der Internationale Sarajewo-Cup im Zweier- und Viererbob als olympische Generalprobe vorbei. Mit der Drohung, alle Teilnehmer der 16 anwesenden Landesverbände würden abreisen, ging der Präsident der internationalen Jury, der Schweizer Erwin Brunzel, gegen den Veranstalter vor. Daraufhin wurden die Löhne der zuvor desinteressierten Bahnarbeiter erhöht. Dadurch wiederum wurde die ordnungsgemäße Präparierung des 1200 m langen Eiskanals am Trebevic für die Zweierkonkurrenz heute und morgen gesichert.

„Der Grundzustand der Bahn war zwar besser als im Vorjahr, aber durch die Schneefälle ist sie jetzt in einem miserablen Zustand“, sagte Bundestrainer Wolfgang Zimmerer. Bei der Europameisterschaft vor elf Monaten hatte Zimmerer nach dem schweren Trainingssturz von Anton Fischer, der dabei seinen Klüppelknebel Walter Vorderwille (Obstdorf) verletzt hatte, noch selbst bei der Bahnpräparierung geholfen.

„Diesmal wollten wir ganz auf den Viererbob verzichten und das Rennen irgendwo anders austragen, zum Beispiel in Innsbruck-Igls“, verdeutlichte der deutsche Sportwart Siegfried Radandt die Boykottdrohung der in Sarajewo anwesenden Verbände. Wie chaotisch die Zustände waren, läßt sich am besten am Freitagstraining beschreiben. Die 60 Schlitten wurden für 8 Uhr zum Training bestellt, gefahren wurde aber um 13 Uhr bei irregulären Verhältnissen. Zimmerer: „Erst am Samstag fanden zwei normale Läufe statt.“ Da streikte aber die Zeitnehmeranlage.

SKI ALPIN / Österreichischer Doppelsieg bei der ersten Weltcup-Abfahrt

Weirathers Comeback: „Ich bin selig, ich hatte mich schon abgeschrieben“

O. BROCKMANN/DW, Schladming
Mit einem österreichischen Doppelsieg endete in Schladming die erste Weltcup-Abfahrt der Herren in diesem Winter. Es siegte Erwin Resch vor Weltmeister Harti Weirather und dem Kanadier Steve Podborski. Bester Deutscher war Peter Dürr (Germeringen) als 21. „Ich habe nie, nie damit gerechnet“, staunte Erwin Resch nach seinem Sieg. Der 23-Jährige war vielmehr geschockt, als er am Samstag bei der Auslosung die Startnummer eins gezogen hatte.

Resch: „Als ich dann ins Ziel gekommen war und auf der Anzeigetafel meine Zeit sah, wußte ich freilich, daß ich sehr schnell gewesen bin. Da wußte ich vor Freude lautlos jubeln, doch wenn man als erster den Hang hinuntergekommen ist, dann gehört sich so etwas nicht.“

Vor zwei Jahren, bei den alpinen Ski-Weltmeisterschaften in Schladming, war Resch Dritter gewesen. Damals schon hätte er gewinnen können, hätte er nicht unterwegs einen Skistock verloren. Ein Mißgeschick, das ihm übrigens auch schon während einer Weltcup-Abfahrt widerfahren ist. Resch gehört freilich nach seinem Sieg in Schladming zu den Olympia-Favoriten für Sarajewo, weil dort eine ähnliche Piste befahren wird.

Weltmeister Harti Weirather, im vorigen Jahr überhaupt nicht in Schwung, war überglücklich nach seinem zweiten Platz. Weirather: „Dieses Comeback ist schöner als der WM-Sieg vor zwei Jahren. Ich bin selig, denn ich hatte mich schon selbst abgeschrieben.“ Nach dem dem Training hatte der Freund der Liechtensteiner Olympiasiegerin Hanni Wenzel geklagt: „Ich habe überhaupt kein Selbstvertrauen mehr. Ich weiß nicht, wo ich die Zeit verliere, vielleicht liegt es an dem

neuen Material.“ Vor dem Rennen war sich Weirather nicht im klaren, ob er mit dem Trainings- oder einem wärmeren Ski fahren sollte. Denn gestern war es in Schladming nicht mehr so kalt wie in den Tagen zuvor. Am Start null Grad, im Ziel fünf Grad plus. Somit war die Piste also wärmer und damit schneller geworden.

Das bekam auch der Dritte des Rennens, der kleine Kanadier Steve Podborski, zu spüren. Unterwegs passierte ihm ein entscheidender Fehler, als ihm ein Ski wegzuglitt. Podborski: „Ich dachte schon, jetzt geht's in Richtung Restaurant und nicht mehr ins Ziel.“

Österreichs Ski-Idol Franz Klammer war am Samstag 30 Jahre alt geworden, damit ist er unter den besten Abfahrts-Spezialisten der Ältesten. Nach dem Training am Samstag sagte der frühere Olympiasieger: „Ich bin nicht hierher gekommen, um zu feiern, sondern um Ski zu fahren.“ So wurde nur bei Kaffee und Kuchen gefeiert, obwohl der ehemalige Automobil-Weltmeister Jackie Stewart einige Flaschen Champagner vorbeigebracht hatte. Im Rennen wurde Klammer Fünfter und war damit der drittbeste Österreicher. Klammer: „Es ist nicht gerade tragisch, aber ich hatte mir eigentlich etwas mehr vorgenommen. Und die Nummer eins zu sein, ist schließlich keine Frage des Alters. Ich bin kein alter Mann.“

Der Germeringer Peter Dürr, der in der vorigen Saison mit einem elften Platz in Val d'Isère und einem 17. Rang in Kitzbühel in das Vorderfeld der Abfahrts-Weltklasse gefahren war, klagte in Schladming nicht über seinen 21. Rang, sondern über die Benachteiligung der Fahrer der kleineren Ski-Nationen. „Das war erst meine vierte Fahrt auf dieser Hochgeschwindigkeitsstrecke, deshalb bin

auch zufrieden. Die nächsten Abfahrten in Val d'Isère und Gröden liegen mir mehr.“ In den letzten drei Wochen hatte Dürr nur für den Riesentorlauf trainiert, denn immer nur Abfahrt, das hängt dir zum Halse raus.“

Dürr ist sich sicher, daß er die Olympia-Qualifikation mit zwei Rängen unter den ersten 15 schaffen wird. Ebenso mit leicht angezogener Handbremse führen auch die anderen deutschen Läufer, von denen Sapp Wildgruber, der bereits die Olympia-Fahrräder sicher hat, auf Rang 24 kam. Wildgruber: „Ich habe drei Wochen lang praktisch keine Abfahrten mehr bestritten. Noch fehlt mir irgendwo die Beziehung zum Winter.“

Bundestrainer Klaus Mayr: „Unser jungen Talente ausgenommen Peter Dürr, brauchen noch zwei bis drei Jahre, bis sie den Anschluss geschafft haben.“

Die Verlierer auf der Piste in Schladming waren diesmal die Schweizer. Ihr bester Fahrer, Urs Reber, kam auf dem vierten Platz ein, Conradin Cantthomen wurde Achter, Peter Müller Neunter. Zuvor hatten die Schweizer gemeinsam mit den Österreichern dafür gesorgt, daß nach nur drei Trainingsfahrten bereits das Rennen stattfand. Der deutsche Bundestrainer Klaus Mayr schimpfte, daß durch ein solches Verhalten der Abstand der anderen Läufer gegenüber den Schweizern und Österreichern, die ohnehin viel weniger trainierten, noch größer würde. Auch der Elssässer Serge Lange, der Vorsitzende des Weltcup-Komitees, kritisierte dieses Vorgehen: „In einigen Jahren werden dann nur noch Österreicher und Schweizer Abfahrtsrennen bestreiten – vor 500 Zuschauern.“

SPORT-NACHRICHTEN

Rugby-Spieler in Berlin

Berlin (dpa) – Der am 6. November gefällte DDR-Rugby-Auswahlspieler Burt Weiß hat sich dem Berliner Bundesliga-Klub BRC angeschlossen. Weiß, der bei seiner Flucht die Spree durchtauchte, erhielt vom Berliner Verband sofort einen Spielerpaß.

Produktive Verhandlungen

Los Angeles (dpa) – „Hart, aber produktiv“ verliefen nach Einschätzung von Mitgliedern des amerikanischen Olympia-Komitees LAOC die ersten Verhandlungen mit der sowjetischen Sport-Delegation, die sich zu einem Informationsbesuch in Los Angeles aufhält. Eine Zusage, an den Sommerspielen mit Sicherheit teilzunehmen, haben die Sowjets dem LAOC gegenüber noch nicht abgegeben.

Silber für Gisela Lins

Mexiko-Stadt (sid) – Mit dem Gewinn der Silbermedaille beim Bowling-Weltcup in Mexiko-Stadt feierte die 34-jährige Dortmunderin Gisela Lins einen unerwarteten Erfolg.

Harte Strafen

Paris (sid) – Harte Strafen droht der Internationale Automobilsportverband (FISA) jenen Fahrern an, die sich an Rennen des nicht anerkannten amerikanischen Verbandes CART beteiligen, der eine Weltmeisterschaft mit Formel-1-ähnlichen Indy-Autos plant. Dem Italiener Teo Fabi wurde bereits die FISA-Lizenz entzogen, womit ihm die Rückkehr in die Formel 1 oder andere europäische Meisterschaften verweigert bleibt.

Ehrung für Lewis

Indianapolis (sid) – Weltmeister Carl Lewis wurde vom amerikanischen Fachmagazin „Track and Field News“ zum besten Leichtathleten des Jahres gewählt und erhielt die erstmals vergebene „Jim-Thorpe-Trophäe“, die künftig jährlich dem besten Leichtathleten überreicht werden soll.

Thunau/Fritz Dritte

Zürich (sid) – Mit dem dritten Platz beendeten Dietrich Thunau/Albert Fritz (Frankfurt/Jestetten) das 31. Zürcher Sechstages-Rennen. Vor 13 000 Zuschauern gewannen die Schweizer Urs Freuler und Daniel Gisiger von Dänen Gert Frank/Hans-Henrik Oersted.

China wieder unbesiegt

Göteborg (sid) – Beide Mannschaftswettbewerbe bei den internationalen Tischtennis-Meisterschaften von Schweden gewannen die Weltmeister-Teams aus China. Mit je 3:0 siegten die Herren über die CSSR und die Damen über Südkorea. Die deutschen Spieler scheiterten schon frühzeitig und sind auch in den Einzelwettbewerben nicht mehr vertreten.

Peru verzichtet

Lima (sid) – Der peruanische Fußball-Verband hat seine Nennung für das olympische Qualifikationsturnier der Südamerika-Gruppe zurückgezogen. Der Kostenaufwand von rund 50 000 Dollar sei in der momentanen wirtschaftlichen Situation zu hoch.

Zwölf Klubs bestraft

Warschau (sid) – Der Polnische Fußball-Verband hat zwölf von sechzehn Vereinen der ersten Division wegen illegaler finanzieller Zuwendungen an Spieler und Trainer bestraft. Die Vereine, darunter Meister Lech Posen, Tabellenführer Górnik Walbrzych und Widzew Łódź, dürfen im kommenden Jahr keine Freundschaftsspiele im Ausland bestreiten.

Wollek zu Lancia

Turin (sid) – Der 40-jährige Straßburger Privatfahrer Bob Wollek, amtierender Deutscher Rennsportmeister, Endurance-Europameister und fünfmaliger Porsche-Cup-Sieger, wird in der nächsten Saison Werksfahrer im Rallye-Team von Lancia. Außerdem verpflichtete Lancia nach dem Verlust des früheren Weltmeisters Walter Röhrl an Audi den Finnen Henri Toivonen.

Wer Was Wo

Ein Wegweiser für WELT-Leser

HAARAUSSCHNITT

4000 Dortmund, HAAR-PRAXIS, Deutschlands größte Praxis für Haar-Praktiken, West-Str. 20, Tel. 0231/527474

HOTEL MIT AUSGEZEICHNETER KÜCHE

5300 Bonn 2, Rheinhotel Draxen, Tel. 0228/364041, Telex 085417

HOTEL MIT LÄNDLICHEM CHARME

6460 Bad Nauheim, Hotel „Am Alten Markt“, Tel. 06234/1012

HOTEL FÜR IHRE GESCHÄFTSREISE

4000 Düsseldorf, Hotel Fairport, Nordstr. 102, Tel. 0211/450956

IHR HOTEL ZWISCHEN NORD UND SÜD

Hotel Götze, 7500 Achern, Sonnen-Eintracht Achen, Hauptstr. 112, Telefon 07841/9490, Telex 52277

IMMOBILIENMAKLER

5 Köln 1, Albert Walter RDM, Westring 9, Tel. 0221/235727, Telex 92022

INTERNETTSREISEN

Information, Beratung u. Buchung 0364 (24 Stunden) über die besten deutschen und Schweizer Internete erhalten Eltern von der Euro-Internete-Reise, Tel. 0364/445722

INTERNATE, GYMNASIEN, PRIVATSCHULEN

3423 Bad Seefeld, Internats-Gymnasium Pädagogikum, städt. anerk. ab Klasse 5, Tel. 0525/2101

3000 Bonn 2, Ernst-Kaufmann-Gymn.

4700 Hagen-Hausen, Internatsgymnasium, Tel. 05351/34048-43

3000 Hagen-Hausen, Internatsgymnasium

3000 Hagen-Hausen, Internatsgymnasium, Tel. 05351/34048-43

3000 Hagen-Hausen, Internatsgymnasium

3000 Hagen-Hausen, Internatsgymnasium, Tel. 05351/34048-43

3000 Hagen-Hausen, Internatsgymnasium

3000 Hagen-Hausen, Internatsgymnasium, Tel. 05351/34048-43

3000 Hagen-Hausen, Internatsgymnasium

3000 Hagen-Hausen, Internatsgymnasium, Tel. 05351/34048-43

3000 Hagen-Hausen, Internatsgymnasium

3000 Hagen-Hausen, Internatsgymnasium, Tel. 05351/34048-43

3000 Hagen-Hausen, Internatsgymnasium

3000 Hagen-Hausen, Internatsgymnasium, Tel. 05351/34048-43

INKASSOUNTERNEHMEN

Aachen/Wuppertal, CREDITREPOS, an 107 Orten in Deutschland und weltweit

KONGRESSE / TAGUNGEN

Frankfurt/Main, Statistische Zentrale für Tourismus und Kongresse, 6000

KRAFTBETRIEBTE TORANLAGENWOLLOTORE

6964 Hofmannsdorf, TD + W, Griefmann GmbH, Nord 0225/5222

LEASING

6964 Hofmannsdorf, TD + W, Griefmann GmbH, Nord 0225/5222

MOTORCARAVANS

7102 Weinberg, Karosseriebau Weinberg GmbH, Postl. 11 08, Tel. 07134-9031

MÜNZFACHGESHÄFTE / GROSS- UND EINZELHANDEL / AUKTIONEN

4 Düsseldorf, MÜNZHANDLUNG RITTER, Bestenstr. 10, Tel. 0211/325024, Telex 07034

ORIENTTEPPICHE

STAR-ORIENTTEPPICH-LEASING AG, 4300 Essen, Hagenstr. 66-64, Tel. 0201/22344-45

PSYCHOLOGISCHE-STATISTISCHE TEXT-AUSWERTUNG ZUR MEINUNGSFORSCHUNG U. PR

Dipl.-Psych. E. G. Keller, Forschung + Beratung, Max-Planck-Str. 76, 28 Bremen 33, Tel. 0421/252670

SAUNANLAGEN

FEINER – Sauna – Solarium, 7170 Schönbach Hall, Rattenstr. 7, Tel. 0714/2116

SEESTATTUNGEN

2000 Hamburg 1, ERSTE DEUTSCHE REISEN, A. d. Alster 11, Tel. 040/28050

SEMINARE

VH-Altenheim St. Pankratz, Hauptstr. 128, Tel. 06186/2701

SENIOREN-WOHNSITZE

6100 Garmisch-Partenkirchen, Rotes Kreuz-Sozialdienst, Tel. 08921/53048

SENKRECHT-LABELLEN

2000 Hamburg 18, auch gebastet gegen neu, Dr. Heller + Co, Hammer 38, Tel. 040/442227

SQUASH- UND FREIZEITANLAGENBAU

2100 Hamburg 95, SQUASH COURT SERVICE GmbH, Tel. 040/772745-46

SCHAUFENSTERFIGUREN

FOURSEN-JUNG KG, für Mode und Sport, Mäusen und Privat, von 80,- bis 1200,- DM, 6510 Fürth/By, Hainstr. 169-170, Tel. 0911/780767, Telex 622929

SCHWEIZER VERMÖGENSVERWALTUNG

CH-8004 Zürich, M&V Vermögensverwaltungs-Gesellschaft für den Mittelstand, Langstr. 25, Tel. 0041/1/24124-55, Telex 0404-13 085, spezialisiert auf langfristige qualitätsorientierte Anlagen; auch Anspargprogramme

TAGUNGS- UND KONFERENZHOTELS

5700 Bad Kissingen, Hotel KUR-CENTER, Tel. 0931/3111, Telex 0672557

TOUPETS / PERÜCKEN

Brüder Grimm, 2000 Bremen, Poststr. 116, Tel. 0421/343038, deutsche Modedesign, Brüder-Grimm-Top-Center im gesamten Bundesgebiet, Anzeigen im Fernsehen

VERMÖGENSVERWALTUNG IN DER SCHWEIZ

CH-8004 Zürich, M&V Vermögensverwaltungs-Gesellschaft für den Mittelstand, Langstr. 25, Tel. 0041/1/24124-55, Telex 0404-13 085, spezialisiert auf langfristige qualitätsorientierte Anlagen; auch Anspargprogramme

VERWALTUNG VON EIGENTUMSWOHNUNGEN UND HÄUSERN

82 Wiesbaden, Muno & Partner, Kell.-Friedr.-Ring 71, Tel. 06121/524047

ZEITUNGS-AUSCHUTTBÜRO

6300 Bonn, Hermes R. Severin, Weberstr. 92, Tel. 0228/216125

ZÜNDHOLZWERBUNG

2722 Visselhövede, von Deylen ZOCLAM GmbH, PF 2, Tel. 04202/3382-7, Telex 24301

erscheint wöchentlich

